

HERAUSGEGEBEN VOM GRENZFRIEDENSBUND

Anschrift:

Willi-Sander-Platz 6 • 24943 Flensburg

Geschäftsführerin:

Ingrid Schumann

Sprechzeit:

Dienstag und Donnerstag, 09.00-12.00 Uhr Mittwoch, 09.00-16.00

Uhr Telefon (04 61) 2 67 08 • Telefax (04 61) 2 67 09 E-Mail: grenz-friedensbund@foni.net Außerhalb der Geschäftszeit (04 61)5 05 40 97

Beitrag:

20 DM für Einzelmitglieder 40 DM für Verbände, Schulen usw.

Bankverbindungen:

Flensburger Sparkasse (BLZ 215 500 50) 2 001 020

Sparkasse NF Husum (BLZ 217 500 00) 13 862

Postbank: Hamburg (BLZ 200 100 20) 114 07-206

INHALT

	Seite
<i>Jöm-Peter Leppien</i>	
50 Jahre Grenzfriedensbund - das Jubiläumsheft.....	3
<i>Matthias Schartl</i>	
„Als Störfried nicht gern gesehen“ Der Grenzfriedensbund zwischen Kieler Erklärung und konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden.....	7
<i>Artur Thomsen</i>	
50 Jahre Grenzfriedensbund - Ein paar eher persönliche Erinnerungen -.....	26
<i>Siegfried Matlok u. Ulrich Kiisel</i>	
Beitrag zur Öffnung der Grenze	30
<i>Lars N. Henningsen</i>	
Die Grenzfriedenshefte - durch eine dänische Brille betrachtet.....	33
<i>Willy Diercks</i>	
„Für mich wäre es ein nicht unbeachtlicher Fortschritt.. Die Grenzverbände auf neuen Wegen.....	36
<i>Rolf Fischer</i>	
Neue Felder, neues Profil - Einige Vorschläge zur zukünftigen Arbeit des Grenzfriedensbundes.....	46
Umschau ab Seite 57	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich.
Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag des Grenzfriedensbundes enthalten.
Einzelheft 6,- DM.
Für die mit Autorennamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. *Redaktion der Grenzfriedenshefte:*
Dr. Ulf von Hielmcrone (V.i.S.d.P.), Süderstraße 14, 25813 Husum Dr. Jörn-Peter Leppien, Libellenring 15, 24955 Harrislee Dr. Matthias Scharl, Friedrichstal 55, 24939 Flensburg Redaktionsanschrift: Marientreppe 10, 24939 Flensburg
Satzerstellung: Satzkontor CICERO GmbH, Graf-Zeppelin-Straße 22, 24941 Flensburg Telefon 04 61 / 9 33 04 • Telefax 04 61 / 9 43 55 • E-mail: cicero-mc@t-online.de Druck: Druckzentrum Harry Jung, Am Sophienhof 9, 24941 Flensburg

50 Jahre Grenzfriedensbund - das Jubiläumsheft

von JÖRN-PETER LEPPHEN

Am 11. März 1950 fand die Gründungsversammlung des Grenzfriedensbundes statt. 15 Gründungsmitglieder bekräftigten die Satzung des neuen Vereins durch ihre Unterschrift.

Am 6. Mai 2000 begeht der Grenzfriedensbund im Rahmen der Jahresmitgliederversammlung sein 50-jähriges Jubiläum. Den Festvortrag hält die Ministerpräsidentin des Landes Schleswig-Holstein, Heide Simonis.

Das Grenzfriedensheft 1/2000 wird abweichend vom üblichen Erscheinungsrhythmus Ende April vorgelegt, im Vorfeld der Mitgliederversammlung. Was Umschau und Besprechungsteil betrifft, handelt es sich um eine ganz „normale“ Ausgabe, im Hauptteil aber konzentriert sich das Jubiläumsheft auf Geschichte, Gegenwart und Zukunft des Grenzfriedensbundes. Dabei wird auf die üblichen, mehr oder weniger unverbindlichen Grußworte verzichtet. Es wird eine Reihe von Beiträgen geboten, die den Grenzfriedensbund und die Grenzfriedenshefte aufgrund historischer Forschung, persönlichen Erlebens oder intensiver Beobachtung vor dem Hintergrund der Entwicklung im deutsch-dänischen Grenzland und in Europa aus unterschiedlichen Perspektiven orten.

Bereits 1990 hat der Grenzfriedensbund anlässlich seines 40-jährigen Bestehens eine grundlegende und nach wie vor relevante Aufarbeitung seiner Geschichte von 1950 bis 1990 publiziert. „Im Spannungsfeld von Nation und Europa“ analysiert der Kieler Historiker Tilman Eysholdt die wechselvolle und - was den Beitrag zur deutsch-dänischen Verständigung betrifft - auch durchaus geradlinige Vergangenheit des Grenzfriedensbundes.

Die Entstehungsgeschichte des Grenzfriedensbundes „zwischen Kieler Erklärung und konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden“ greift unser Redaktionsmitglied *Dr. Matthias Scharlt* im vorliegenden Jubiläumsheft nochmals auf. Auf der Basis neuen Quellenmaterials arbeitet der Leiter des Gemeinschaftsarchivs des Kreises Schleswig-Flensburg und der Stadt Schleswig detaillierter noch als Eysholdt heraus, wie es dem Grenzfriedensbund gelang, sich trotz Anfeindungen aus dem konservativen Lager als vierter, gleichsam alternativer, Grenzverband zu etablieren.

Matthias Scharlts Aufsatz stellt im übrigen einen (etwas verspäteten) Beitrag der Grenzfriedenshefte zum 50. Jahrestag der Kieler Erklärung vom 26. September 1949 dar, „mit der ein erster Rahmen für die Arbeit der Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze geschaffen wurde.“

Unser Ehrenvorsitzender *Artur Thomsen* steuert zum Jubiläumsheft „ein paar eher persönliche Erinnerungen“ an die Geschichte des Grenzfriedensbundes bei. Der Schwerpunkt seiner Ausführungen liegt auf den Jahren 1977 bis 1997, in denen er die Geschicke des Grenzfriedensbundes als Vorsitzender leitete. 1997 wurde Artur Thomsen in Würdigung seiner Verdienste um den Ausbau der deutsch-dänischen Beziehungen mit dem deutsch-dänischen Grenzlandpreis ausgezeichnet. Aus der Sicht der deutschen Volksgruppe nördlich der Grenze, speziell der deutschen Zeitung „Der Nordschleswiger“, beleuchteten ihr Chefredakteur *Siegfried Matlok* und sein Mitarbeiter *Ulrich Küsel* die Bedeutung von Grenzfriedensbund und Grenzfriedensheften. Es sei dem Beitrag an dieser Stelle hinzugefügt, dass „Der Nordschleswiger“ aufgrund seiner dichten Berichterstattung über wesentliche Ereignisse des Grenzlandes - und der anregenden Kommentare seines Chefredakteurs - eine der wichtigsten Quellen für die „Umschau“ unserer Zeitschrift darstellt. 1999 hielt Siegfried Matlok, zugleich Leiter des Sekretariats der deutschen Volksgruppe in Kopenhagen, bei der Mitgliederversammlung des Grenzfriedensbundes die zentrale Rede, die auch in den Grenzfriedensheften (2/1999) abgedruckt wurde.

Matlok und Küsel stellen in ihrem Beitrag realistisch fest, dass der Grenzfriedensbund einer breiteren Öffentlichkeit weniger durch seine wichtige Sozialarbeit als durch die Grenzfriedenshefte „ein Begriff“ sei. Dies gilt, auch hinsichtlich ihrer Interessenlage, ganz besonders für dänische Beobachter. *Dr. Lars N. Henningsen*, einer der profiliertesten Kenner der Grenzlandgeschichte, konzentriert seinen Beitrag zum Jubiläumsheft daher auf die Grenzfriedenshefte, die er „durch eine dänische Brille betrachtet“. Er hebt hervor, daß die Grenzfriedenshefte seit jeher - und in den letzten Jahren verstärkt - den Kontakt zu dänischen Forschungseinrichtungen pflegen. Nicht zuletzt die Wissenschaftler der von Lars N. Henningsen geleiteten Studienabteilung an der dänischen Zentralbibliothek in Flensburg zählen zu den regelmäßigen Mitarbeitern der Grenzfriedenshefte. Nationale Dissonanzen spielen bei der Zusammenarbeit von deutschen und dänischen Wissenschaftlern an den Grenzfriedensheften seit langem keine Rolle mehr. Entsprechendes gilt im übrigen für das Verhältnis zwischen dem Grenzfriedensbund und der von Lars N. Henningsen geleiteten Historisk Samfund for Sønderjylland.

An die von Matthias Schart] geschilderten Konflikte zwischen den deutschen Grenzverbänden während der Entstehungsphase des Grenzfriedensbundes knüpft der Beitrag von *Dr. Willy Diercks* an. Allein die Tatsache, dass mit Willy Diercks - erstmals seit 50 Jahren - ein Geschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes (SHHB) im Publikationsorgan des Grenzfriedensbundes das Wort nimmt, dokumentiert die Annäherung der Grenzverbände vor

dem Hintergrund des allgemeinen nationalen Entspannungsprozesses. Wenn Willy Diercks diesen Entspannungsprozess am Beispiel der SHHB-Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ und nicht an den Grenzfriedensheften belegt, so erscheint dies insofern sinnvoll, als der Grenzfriedensbund und seine Zeitschrift ja seit einem halben Jahrhundert im deutsch-dänischen Verhältnis eher das Verbindende als das Trennende hervorheben. Heute gehen, wie Willy Diercks betont, auch vom SHHB zukunftsorientierte grenzpolitische Initiativen aus. Gemeinsam mit Grenzverein, Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) und Grenzfriedensbund wird eine offenherzige historische und politische Standortbestimmung der deutschen Grenzverbände angestrebt, die auch die Zusammenarbeit mit den dänischen Verbänden erfolgreich sucht - unter Wahrung der Eigenständigkeit aller beteiligten Organisationen.

Die veränderte Situation im deutsch-dänischen Grenzland und im Europa des Jahres 2000 zieht *Rolf Fischer* ins Kalkül, wenn er für den Grenzfriedensbund - anknüpfend an dessen Tradition - eine Erweiterung und Neubestimmung der Aufgabenfelder vorschlägt. Rolf Fischer ist Vorstandsmitglied des Grenzfriedensbundes. Durch seine Tätigkeit im Büro des Landtagspräsidiums ist er mit Minderheiten- und Europaangelegenheiten seit langem vertraut. Er ist Mitglied des neuen Landtages und hat dort den Vorsitz des Europa-Ausschusses übernommen.

Das Jubiläumsheft 1/2000 dokumentiert alles in allem die Lebendigkeit des 50-jährigen Grenzfriedensbundes. Es zeigt ihn als einen eigenständigen Verband, der seine Vergangenheit kritisch beleuchtet, seinen gegenwärtigen Standort analysiert, sich neuen Perspektiven öffnet und sich dabei dem kritischen Urteil von außen stellt.

Das Jubiläumsheft steht also klar in der Tradition des Grenzfriedensbundes. Als „eine eigenartige Persönlichkeit“ (Henningsen) werden die Grenzfriedenshefte ihre Rolle als „Vorreiter“ (Matlok/Küsel) auch in Zukunft wahrnehmen.

GESCHICHTE DES GRENZFRIEDENSBUNDES 1950-1990

Anlässlich des 40-jährigen Jubiläums des Grenzfriedensbundes erschien in der Reihe unserer Sonderpublikationen eine umfängliche wissenschaftliche Untersuchung der Geschichte des Grenzfriedensbundes. Einige Exemplare sind in der Geschäftsstelle des Grenzfriedensbundes noch greifbar.

Der Kieler Historiker Tilman Eysholdt geht Arbeitsweisen und Perspektiven der Organisation, Gegnerschaften und Sympathien, Erfolgen und Misserfolgen in den stürmischen fünfziger Jahren und der Zeit des allmählichen Ausgleichs der nationalen Gegensätze bis 1990 nach. Dabei wird herausgearbeitet, wie es dem

Grenzfriedensbund stets gelungen ist, sein deutsches Bekenntnis mit grenzüberschreitendem europäischen Engagement zu verknüpfen. Insgesamt liefert der Verfasser einen exemplarischen Beitrag zur Geschichte des Nationalismus und der Zeitgeschichte, besonders des deutsch-dänischen Grenzraumes. Zahlreiche Abbildungen ergänzen den Text.

„Als Störenfried nicht gern gesehen“

Der Grenzfriedensbund zwischen Kieler Erklärung und konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden

von *MATTHIAS SCHARTL*

Angesichts der deprimierenden Weltkriegsfolgen und der damit verbundenen Flüchtlingswelle in das nördliche Schleswig-Holstein wandte sich im Juni 1945 ein Teil der einheimischen Bevölkerung in Südschleswig in einer Loyalitätsadresse an die dänische Regierung in Kopenhagen mit dem Ersuchen, „dass seit Arilds Zeiten zu Dänemark gehörende südschleswigsche Land“ dem Königreich einzugliedern oder ihm zumindest einen verwaltungsmäßigen Sonderstatus zuzubilligen „Wir erklären hiermit, dass wir loyale Bürger des dänischen Staates werden wollen und dass wir alles einzusetzen gewillt sind, unsere Nachkommen in diesem Sinne zu erziehen“.¹

Beinahe zeitgleich bat eine Gruppe führender Vertrauensleute von SPD und Gewerkschaften aus dem Umfeld des Anfang Mai 1945 gegründeten Antifaschistischen Komitees in einer Resolution den Parteivorstand der dänischen Schwesterorganisation darum, diese Bestrebungen zu unterstützen. Der Grundstein für die im Jahr darauf erfolgte Spaltung der Flensburger Sozialdemokratie war gelegt. Im September 1945 schließlich intervenierten Flensburger Repräsentanten unterschiedlicher sozialer, politischer und kultureller Herkunft mit derselben Zielsetzung beim britischen Hauptquartier in Bad Oeynhausen und forderten die Verwaltungstrennung für Schleswig-Holstein. Darüber hinaus wurde im ungebrochenen Stil nationalsozialistischer Sprachbilder verlangt, dass „unser Grenzland Süd-Schleswig so schnell wie möglich von Flüchtlingen befreit wird. Seit Monaten ergießt sich dieser Strom von Fremden über unsere Heimat und droht, unser erbliches nordisches Volkstum in Süd-Schleswig zu verdrängen oder es zumindest biologisch zu entfremden.“ Zu den Unterzeichnern gehörten neben Vertretern der dänischen Volksgruppe und der Kirchen auch die Präsidenten der Industrie- und Handels-, der Handwerkskammer sowie spätere Gründungsmitglieder der lokalen CDU und der SPD².

Im Hintergrund dieses Anschlusswunsches an Dänemark, der wohl mehr eine „Weg-von-Deutschland-Bewegung“ war, wirkte ein Bündel unterschiedlichster Motive. Dazu zählten neben der diffusen Überfremdungsangst vor den ins Land einströmenden Flüchtlingen und Heimatvertriebenen auch Wut, Scham und Enttäuschung über die vom nationalsozialistischen Deutschland begangenen Verbrechen. Eine Rolle spielte ebenso die Hoffnung auf Teilhabe an den Errungen-

schaften des demokratischen dänischen Verfassungsstaates. Andere wollten den Existenz bedrohenden Nöten des Nachkriegsalltags entfliehen oder von dänischen Hilfsangeboten profitieren. Auch familiäre Bezüge über die Grenze hinweg mögen dazu geführt haben, dass den Verlockungen der angeblich heilen und ungebrochenen Lebenswelten des skandinavischen Nachbarn nachgegeben wurde³.

Dem Sydslesvigsk Forening (SSF) als Hauptakteur der „schleswigschen Heimatbewegung unter dänischem Vorzeichen“, wie es der Vorsitzende des Schleswig- Holsteinischen Heimatbundes, Dr. Richard Schenck, einmal abfällig ausdrückte⁴, strömten die Mitglieder lawinenartig zu. Die separatistischen Südschleswiger avancierten sogar zur stärksten politischen Kraft in der Region. Bei den Kreistagswahlen 1946 stimmten ca. 80.000 Menschen in Südschleswig für die Kandidaten des SSF, bei den Landtagswahlen 1947 waren es ungefähr 99.500 Stimmen. Im letzten nationalpolitischen Kampf um Südschleswig drohten die vom Kriege zermürbten sozialen und kulturellen Gemeinschaften an der deutsch-dänischen Grenze vollständig voneinander entfremdet zu werden. Im Rückblick gesehen war es ein Jahrzehnt heftigster Turbulenzen und Irritationen, zerstörter Hoffnungen und herber Enttäuschungen auf beiden Seiten, ehe mit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen von 1955 das Fundament für den heute vorbildlichen und in der Region wie selbstverständlich wirkenden Interessenausgleich gelegt war. Am Anfang dieses schmerzlichen, letztlich jedoch unumgänglichen Weges zur Befriedung der Grenzregion stand die Kieler Erklärung vom 26. September 1949, mit der ein erster Rahmen für die Arbeit der Minderheiten an der deutsch-dänischen Grenze geschaffen wurde.

Die Kieler Erklärung war mehr als ein Regierungsprogramm

Der Zulauf zu den Organisationen der dänischen Volksgruppe, zunächst als Verrat und ernsthafte Bedrohung der schleswig-holsteinischen Identität empfunden, wurde von deutscher Seite auf verschiedenste Weise bekämpft. Der erste sozialdemokratische Ministerpräsident Hermann Lüdemann bestritt noch in seiner Regierungserklärung am 8. Mai 1947, „dass die deutsch sprechenden und bisher deutsch gesinnten Separatisten das Recht haben, ihrem Volke in der Stunde der Not den Rücken zu kehren“⁵. Die auf Kabinettsbeschluss erfolgte Gründung der „Landesstelle für Heimatdienst“ wenige Tage später hatte das eindeutige Ziel, deutsche Positionen in der Grenzregion zu festigen. Der von dänischer Seite erhobenen Forderung nach einer administrativen Teilung des Landes trat schon der erste Referentenentwurf zur Landesverfassung vom Oktober 1946 mit der unmissverständlichen Formulierung entgegen, dass „Schles-

wig-Holstein ein unteilbares Gebiet“ sei ⁶.

Die offizielle Haltung Dänemarks zu Südschleswig lag seit einer Verlautbarung von Staatsminister Vilhelm Buhl zwar schon seit dem 9. Mai 1945 fest, dennoch gab es immer wieder Anlässe, die auf deutscher Seite heftigste Irritationen auslösten. Buhls erst wenige Tage im Amt befindliche Regierung zog die bei der Volksabstimmung 1920 entstandene Grenze zur Enttäuschung der südschleswigschen Heimatbewegung im Grenzland jedoch nicht in Zweifel. Diese sollte sich, so Außenminister Christmas Möller in einer Wahlrede am 21. Oktober 1945, auf die kulturelle Arbeit einer nationalen Minderheit einstellen. In Nordschleswig sei es bisher nicht gelungen, „auch nur einen einzigen Deutschgesinnten zu bekehren. Ich kann nicht verstehen, wieso man eigentlich die beiden Dinge miteinander verbindet, dass die Deutschen in Nordschleswig bestraft werden sollen, weil sie so und so gegen uns Dänen handelten und gegen uns kämpften, während man in Südschleswig davon überzeugt ist, dass fast jeder einzelne Deutschgesinnte ein guter Däne werden würde.“⁷

Mit ihrer Haltung befand sich die sozialdemokratisch geführte dänische Regierung im Einklang mit der britischen Deutschlandpolitik, die frühzeitig auf die Gründung eines westdeutschen Staates zielte. An einer Schwächung des eigenen Besatzungsgebiets konnten die Briten also nicht interessiert sein. Rückgewinnungsabsichten auf Kosten Deutschlands könnten, so befürchteten Dänemarks regierende Sozialdemokraten, den Prozess des sich in absehbarer Zeit sicherlich wieder normalisierenden Verhältnisses zum südlichen Nachbarn empfindlich stören. Angesichts des ungebrochenen Wachstums der südschleswigschen Heimatbewegung war allerdings unklar, ob die dänische Regierung dem Druck lange würde Stand halten können. Obwohl deren Regierungshandeln in erster Linie darauf abzielte, die eigene nationale Minderheit politisch und kulturell abzusichern, flammte die Diskussion über eine mögliche Grenzverlegung in unterschiedlichster Form immer wieder auf.

Nach dem Regierungswechsel im Spätherbst 1945 war es vor allem der konservative Staatsminister Knud Kristensen, der bei zahlreichen offiziellen Auftritten der Wiedervereinigung Südschlewigs mit Dänemark das Wort redete. Zu Recht sah er sich damit dem hässlichen Vorwurf, mit „zwei Zungen“ zu sprechen, ausgesetzt. Ohne ihn und seinen aus innenpolitischem Kalkül gegen die dänische Sozialdemokratie gerichteten grenzpolitischen Kurs hätte sich der Wirbel um Südschleswig wohl leichter eindämmen lassen. So forderte er schon in seiner ersten Regierungserklärung nicht nur das nationale Selbstbestimmungsrecht, sondern vermied auch bewusst ein Bekenntnis zur Unverrückbarkeit der Grenze. Unterstützt von einer respektablen und die „südschleswigschen Brüder und Schwestern“ vor allem materiell unterstützenden Volksbewegung im eige-

nen Land agierte Kristensen weniger zurückhaltend als sein sozialdemokratischer Vorgänger und nutzte jede sich bietende Gelegenheit, um in London oder bei den britischen Besatzungsbehörden zugunsten der separatistischen Südschleswiger zu intervenieren⁸.

Nach der Regierungsübernahme des sozialdemokratischen Minderheitenkabinetts von Hans Hedtoft im Oktober 1947 beendete Kopenhagen jedoch alle weiteren Grenzspekulationen. Nachdem eine vom 18. bis zum 23. Oktober in London weilende Delegation mit Forderungen nach der rechtlichen Eigenständigkeit Südschleswigs gescheitert war, machte Kopenhagen den Weg zu einem friedlichen Interessenausgleich frei⁹. Der britische Unterstaatssekretär Lord Henderson hatte wenig Entgegenkommen gezeigt. Seine Haltung lässt sich nur vor dem Hintergrund der dramatischen Veränderung der politischen Großwetterlage erklären, des sich verschärfenden Ost-West-Konflikts beim Ausbruch der Korea-Krise, des kommunistischen Staatsstreiches in der Tschechoslowakei und der Berlin Blockade. Henderson ging es vornehmlich darum, gravierende Konfliktherde im Vorfeld der bevorstehenden Re-Integration des vom Krieg zerstörten und am Boden liegenden Deutschland in den Kreis der Völkergemeinschaft zu entschärfen. Deutsche und Dänen im Grenzland sollten sich stattdessen, so seine Idee, auf eine „Magna Charta“ der Minderheitenrechte einigen, in denen der Grundsatz des freien nationalen Bekenntnisses ebenso enthalten sein sollte wie die ungehinderte Pflege der dänischen Sprache und Kultur. Damit wurde allen Bestrebungen nach einer schleswigschen Eigenständigkeit ein Ende gesetzt, aber auch die Wende in der bis dahin so unfruchtbar verlaufenen Auseinandersetzung um Südschleswig eingeläutet¹⁰.

Im folgenden Annäherungsprozess ging es vor allem darum, vorhandene Spielräume auszuloten und die südschleswigsche Minderheit politisch und kulturell abzusichern. Dies erwies sich jedoch für alle Beteiligten als Schwerstarbeit. Auf dänischer Seite musste der Aufnahme von Verhandlungen die Aufgabe des zur Illusion gewordenen Kampfes für die Grenzrevision vorangehen. Die südschleswigsche Führung gab erst nach, nachdem die Regierung Hedtoft mit einer „Politik der harten Hand“ organisatorische Veränderungen bei den Hilfsmaßnahmen vorgenommen und darüber hinaus erwünschte zusätzliche Finanzmittel für den Ausbau des Minderheitenschulsystems zu verzögern gedroht hatte. Im Gegenzug versprach Hedtoft, wegen der bisher verweigerten Lizenzierung des SSW als politische Partei bei den Briten zu intervenieren. Ungeachtet aller Bemühungen versuchte im Mai 1949 jedoch nochmals eine Gruppe oppositioneller Minderheitenvertreter die Westalliierten für die Unterstützung des Selbstbestimmungsrechtes zu gewinnen. Dieser Vorstoß, der auf schleswig-holsteinischer Seite zu erheblicher Unruhe führte, konnte allerdings im Zusammenspiel der

Regierungen in

London und Kopenhagen abgewehrt werden. Eine weitere Unterschriftenaktion, mit der die dänische Regierung erneut unter Druck gesetzt werden sollte, verlief ein knappes Jahr später ebenso erfolglos

Auf schleswig-holsteinischer Seite bestand das Problem, dass zum Zeitpunkt der Henderson-Initiative dem besiegten Deutschland laut Besatzungsstatut die außenpolitische Interessenvertretung untersagt war. In diesem Vakuum hatten sich die auf jegliche Zugeständnisse überaus sensibel reagierenden konservativ-bürgerlichen Grenzverbände geschickt als ideenreiche und kompromisslose Wortführer etabliert. Der zunächst als „Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen“ gegründete Deutsche Grenzverein wurde zusammen mit dem Schleswig - Holsteinischen Heimatbund und der als Wahlbündnis im Grenzgebiet etablierten Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) Sprachrohr einer von wachsenden Emotionen belasteten Auseinandersetzung¹². Auch die seit 1947 allein regierenden schleswig-holsteinischen Sozialdemokraten scheuten sich anfänglich, den SSF als gleichberechtigten Verhandlungspartner zu akzeptieren. Wegen ihrer Fürsorgepflicht für die deutsche Volksgruppe in Nord-schleswig setzten sie auf direkte Kontakte zur dänischen Regierung. Letztlich war es dem Verhandlungsgeschick des Ministerpräsidenten Bruno Diekmann und des Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion und Kieler Oberbürgermeisters Andreas Gayk zu verdanken, dass die in allen politischen Lagern verwurzelten Skeptiker ihre Bedenken im Landtag fallen ließen.

Zwar vollzog die Kieler Erklärung den ersten Schritt zur Abkehr von der unfruchtbaren und alle Kräfte lähmenden nationalpolitischen Konfrontation. In ihrer Aussage war sie allerdings keineswegs neu. Parallelen zum „Stauning-Wels-Abkommen“ vom November 1923 sind unverkennbar. In diesem hatten die sozialdemokratischen Parteileitungen aus Deutschland und Dänemark die durch die Volksabstimmung 1920 getroffene Grenzregelung anerkannt und sich gemeinsam gegen eine beiderseitige irredentistische Agitation verwahrt. Auch der preußischen Minderheitenschulerlass von 1928 hatte unter Bezug auf das deutsch-polnische Abkommen über Oberschlesien von 1922 ähnlich festgehalten, dass „das Bekenntnis zur Minderheit zu gehören, weder nachgeprüft noch bestritten werden“ dürfe¹³.

Während die dänische Volksgruppe die Kieler Erklärung als förmliches Abkommen bewertete und daraus weitgehende kulturpolitische Förderungen ableitete, wurde sie von den nachfolgenden konservativ geprägten schleswig-holsteinischen Landesregierungen allenfalls als Verhandlungsergebnis akzeptiert. Gleichwohl kam der Kieler Erklärung erhebliche nationale Bedeutung zu, denn ihre zentralen Aussagen, die Bekenntnisfreiheit und die zugleich verbrieft

Freiheit zum Besuch der dänischen Schulen, fanden Aufnahme in die am 13. Dezember 1949 von allen Fraktionen gemeinsam verabschiedete Landessatzung. Diese haben auch heute, in der 1990 reformierten schleswig-holsteinischen Landesverfassung, Bestand¹⁴. Wenn ihr auch nicht das Privileg einer Initialzündung zukommt, so markierte die Kieler Erklärung dennoch einen herausragenden Wendepunkt im deutsch-dänischen Grenzkampf. Ihr maßgebliches Ziel, das zur Lösung eines lange schwelenden Konflikts erstmals nationale Minderheitenrechte anerkannte und schützte, kann heute als erreicht betrachtet werden. In der damaligen Situation allerdings stellte sich bald heraus, dass die Auseinandersetzung trotz guten Willens auf beiden Seiten nicht einfach durch Deklarationen oder Verfassungsartikel beizulegen war. Feierliche Worte und praktische Wirklichkeit klapften zunächst noch weit auseinander.

„Der Angriff auf den Bestand des deutschen Volkstums muss abgewendet werden.“

Ein Wermutstropfen z. B. war, dass mit dem Flensburger Landrat und wortgewandten Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins Friedrich Wilhelm Lübke und dem Flensburger Kreispräsidenten Peter Jensen (Ausacker) zwei wichtige konservative Meinungsträger des Grenzlandes sich bei der Landtagsabstimmung über die Kieler Erklärung ihrer Stimme enthalten hatten. Beide CDU-Parlamentarier wandten sich zwar offensichtlich nicht gegen den liberalen Tenor der Erklärung, doch hielten sie diese angesichts der damaligen Umstände für verfrüht und für politisch falsch. Ihr Protest richtete sich vor allem gegen die ihrer Meinung nach einseitige Ausrichtung. Außerdem vermissten sie eine Loyalitätserklärung des SSF, der damit zur Abkehr von seinen grenzpolitischen Zielen genötigt werden sollte. Die veröffentlichte Meinung im Grenzland, die das Geschehen in der Landeshauptstadt aus der Ferne registrierte, reagierte ebenso zurückhaltend und bezichtigte den Landtag sogar, seine Interessenverpflichtung gegenüber der deutschen Volksgruppe in Dänemark leichtfertig aufs Spiel gesetzt zu haben. Dort hatte die dänische Regierung nämlich wenig Entgegenkommen gezeigt und einer Delegation des Bundes der Nordschleswiger im Oktober 1949 nur zugesagt, dass die demokratischen Rechte der dänischen Verfassung selbstverständlich für alle gelten würden. Das schriftlich niedergelegte „Kopenhagener Protokoll“ entsprach zur Enttäuschung der deutschen Minderheit in seiner Substanz kaum der Kieler Erklärung und blieb vor allem in seiner rechtlichen Wirkung umstritten. Konservative schleswig-holsteinische Politiker im Umfeld der deutschen Grenzorganisationen sahen gerade darin eine

schwerwiegende Verletzung des Gegenseitigkeitsprinzips. Ihr politisches Ziel war und blieb die Wiedergewinnung der ins dänische Lager abgedrifteten und „irregeleiteten“ Menschen, wie es damals hieß. Der liberale Grundsatz der Kieler Erklärung, die „Nichtnachprüfbarkeit der Volkszugehörigkeit“, konnte den konservativen Widerstand da nur vertiefen.

Selbst die regierungsfreundliche Schleswig-Holsteinische Volkszeitung war anfangs nicht frei von Emotionen und schrieb in einem Kommentar am 27. September 1949: „Diese dänische Bewegung ist etwas Einmaliges und Sonderbares; sie hat alles getan und versucht, was keine echte nationale Bewegung bisher getan hat, nämlich Menschen anderen Blutes und anderen Volkes für sich zu gewinnen. Es war nicht leicht, eine Volksgruppe als Minderheit anzuerkennen, in die sich im buchstäblichen Sinne des Wortes Deutsche geflüchtet haben.“ Der Kommentar des bürgerlichen Flensburger Tageblattes hielt in gleichlautendem Tenor einen Tag später fest: „Bei allem Wohlwollen gegenüber der echten dänischen Minderheit halten wir es für abwegig, Sonderrechte einer Volksgruppe zu bewilligen, die sich als einzigen Vorzug nur ihrer dänischen Gesinnung, d.h. des Bestrebens der Vereinigung mit Dänemark rühmen kann.“ Zugleich beklagte die Zeitung die weitgehende Ausschaltung der Politiker aus der Grenzregion bei den Verhandlungen über die Kieler Erklärung, bemängelte deren Einseitigkeit und gab zu bedenken, dass die Landesregierung leichtfertig „nationale Interessen den außenpolitischen Rücksichten“ geopfert habe.

Friedrich Wilhelm Lübke bezeichnete die Erklärung noch 1951 als „Ausnahmegesetz zugunsten der Dänen“. Dem „dänischen Einfluss wird Tür und Tor geöffnet“ und die Dänen würden „durch ihre Kulturoffensive und ihre Millionen ungestört unsere Kinder entfremden können“¹⁵. Angesichts der vergleichsweise hohen dänischen Finanzmittel für die Kulturarbeit befürchtete er gar eine „Danisierung“ Südschleswigs und rief wiederholt zu parteiübergreifender Bündelung aller deutschen Kräfte auf. Im Rahmen einer Wahlgemeinschaft in den angeblich sicheren nördlichen CDU-Hochburgen war er sogar bereit, sozialdemokratische Gemeinschaftskandidaten zur Bundestagswahl 1949 zu unterstützen. In Betracht kam für ihn allerdings nur Dr. Richard Schenck, der als Mitbegründer des Schleswig-Holsteinischen Heimatbundes verlässlich schien¹⁶.

Vereinzelte positive Reaktionen zur Kieler Erklärung verblassten angesichts der lautstarken Kritikerschar. Selbst ein Misstrauensantrag der Flensburger SPD- und SSW-Kreistagfraktionen gegen Landrat Lübke, der sich ja im Landtag der Stimme enthalten hatte, scheiterte an der CDU-Kreistagsmehrheit¹⁷. Lübke, seit Mitte 1951 Ministerpräsident einer christdemokratisch geführten bürgerlichen Mehrheitskoalition, beobachtete die dänische Minderheit mit unvermindertem, ja übertriebenem Misstrauen. Bis zu seinem Ende sah er die Stabilität im Grenz-

land gefährdet. Seine, die dänische Volksgruppe heftig provozierende Politik trug maßgeblich zur Verschlechterung der Stimmung bei. Als Nachfolger Walter Bartrams versuchte er wiederholt, die Minderheit auf „ihren echten Kern“ zu reduzieren, wie es in der damaligen Terminologie hieß. Seine schon in der Zeit als Flensburger Landrat begonnene „Kulturoffensive“ und eine darüber hinaus von taktischen Winkelzügen geprägte „Nadelstichpolitik“ setzte er in immer neuen Variationen fort¹⁸.

Zwar kam auch für ihn eine Rücknahme der Kieler Erklärung aus außenpolitischen Erwägungen nicht in Betracht¹⁹. Dennoch ließ er sie im Verlaufe seiner Regierungszeit in zwei Gutachten auf ihre Rechtmäßigkeit prüfen. Wiederholt forderte er die Bundesregierung zudem auf, die Gelder für die deutschen Kulturarbeit zu erhöhen. In einem am 15. März 1952 an den Bundeskanzler gerichteten Brief wies er u. a. darauf hin, dass hinter dem mit hohem finanziellen Aufwand betriebenen kulturellen Engagement der dänischen Regierung weiterhin das eigentliche politische Ziel, die Vereinigung Südschleswigs mit Dänemark, stünde. „Der mit großen dänischen Staatszuschüssen vorgetragene Angriff auf den Bestand des deutschen Volkstums muss abgewendet werden. Er führt zu einer Gefährdung der europäischen Verständigung.“ Der über das Flensburger Tageblatt in die Öffentlichkeit lancierte Wortlaut des Briefes löste nicht nur in den dänischen südschleswigschen Kreisen Proteststürme aus, sondern führte auch zu einer kurzfristigen Verstimmung im deutsch-dänischen Verhältnis. In einer von der SPD im Landtag initiierten Generaldebatte sah sich Lübke heftigsten Angriffen ausgesetzt, die er mit dem lapidaren Hinweis konterte, dass es doch wohl die Minderheit und mit ihr die dänische Regierung sei, die mit massiven Finanzhilfen das kulturelle Gleichgewicht störe²⁰.

Ständig forderte er zudem die gleichen Rechte, die südlich der Grenze gewährt wurden, auch für die deutschen Nordschleswiger ein. Mit der Kürzung der Landesmittel für die dänischen Schulen und die per Erlass verkündete Aberkennung der Realabschlusszeugnisse erlebte die Konfrontation neue Höhepunkte. Ein direkter politischer Affront war die Einführung der diskriminierenden 7,5-prozentigen Sperrklausel für die Landtagswahlen, die den Südschleswigschen Wählerverein aus dem Landtag auszuschließen drohte. Dieses Vorgehen wurde übrigens vom Grenzfriedensbund, dessen Gründungsgeschichte anschließend präsentiert werden soll, mit Verweis auf die Kieler Erklärung im Vorfeld der Landtagsabstimmung schärfstens missbilligt²¹. Erst ein Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 1952 nötigte die Landesregierung zur Überarbeitung. Es war aber erst Lübkes Nachfolger Kai Uwe von Hassel, der zwei Monate nach Abschluss der Bonn-Kopenhagener Erklärung vom 29. März 1955 die Revision des schleswig-holsteinischen Wahlgesetzes in Angriff nahm und mit der Aufhebung

der bundesweit geltenden 5-Prozent-Sperrklausel zugunsten des SSW einen wichtigen Beitrag zur längst überfälligen Neuformulierung der Minderheitenpolitik leistete²².

„Wir haben eine Lücke in der Grenzarbeit geschlossen!“

Zu den maßgeblichen Befürwortern der Kieler Erklärung auf schleswig-holsteinischer Seite zählten neben den regierenden Sozialdemokraten vor allem die Gründungsmitglieder des am 11. März 1950 ins Leben gerufenen „Bundes für deutsche Friedensarbeit“, die in den Entstehungsprozess der Erklärung zum Teil direkt oder indirekt eingebunden waren. Darunter befand sich etwa der Landesbeauftragte für Schleswig, Jens Nydahl, der schon während der Verhandlungen zwischen Landesregierung und SSF über die Kieler Erklärung die Gründung einer weiteren, unabhängigen Grenzorganisation anregt hatte. Diese solle ihren „Schwerpunkt in der Arbeit für die schlechtgestellten Bevölkerungskreise“ suchen²³. Im Gegensatz zum starren Konfrontationskurs der konservativen schleswig-holsteinischen Koalitionsregierung setzte die seit der Landtagswahl 1950 in Opposition befindliche SPD auf mehr Toleranz im Umgang mit der dänischen Minderheit. Damit verband sie auch die Hoffnung, die dänische Staatsregierung zu freiwilligen Zugeständnissen gegenüber der deutschen Volksgruppe zu bewegen.

Im Grenzausschuss der SPD, 1947 unter dem Vorsitz von Paul Dölz (Tönning) gegründet, wurden unter maßgeblicher Beteiligung von Ministerpräsident Bruno Diekmann, Parteisekretär Walter Lurgenstein und Schulrat Detlef Hansen, beide aus Husum, dem Eckernförder Kreisdirektor Detlef Scheel und dem Vorsitzenden des sozialdemokratischen Kreisvereins Flensburg, Dr. Hermann Karl, erste Vorbereitungen getroffen. Die Diskussion über die Vereinsziele zog sich allerdings hin. Strittig war auch die Auswahl der für die Mitarbeit anzusprechenden Honoratioren. Erst als mit dem Bibliotheksdirektor Hans Peter Johannsen und dem Flensburger Sozialdemokraten, Gewerkschaftsvorsitzenden und Stadtrat Ernst Beier zwei weitere bekannte Persönlichkeiten des Grenzlandes Interesse bekundet hatten, schien die ideale Personenzusammensetzung im Vorstand gefunden²⁴. Den letzten Anstoß für die umgehende Arbeitsaufnahme des Grenzfriedensbundes im März 1950 gab wohl die wenige Monate zuvor erfolgte Gründung des „Deutschen Grenzausschusses“, einer Arbeitsgemeinschaft der bestehenden deutschen Grenzorganisationen unter Leitung des Vorsitzenden des Deutschen Grenzvereins, Landrat Friedrich Wilhelm Lübke.

In der ersten Sitzung des GFB wurde die Nähe zu den grenzpolitischen Auffassungen der Sozialdemokratie besonders deutlich. Zunächst sollte auf Ausgleich

zielende Kulturarbeit im „europäischen Geiste“ diesseits und jenseits der Grenze gefördert werden, um „die Aufmerksamkeit öffentlicher und privater Kreise Deutschlands auf die Aufgaben im nördlichen Grenzlande“ hinzulenken. Zum anderen ging es um die Unterstützung von sozial benachteiligten Personen und Familien. Programmatisch und in deutlicher Abkehr zu den konkurrierenden konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden schließlich war das Bekenntnis zur Kieler Erklärung. Seine Aufgabe sah der Grenzfriedensbund vor allem darin, „ein friedliches Nebeneinander von dänischem und deutschem Volkstum (zu) fördern und zur Verständigung mit dem dänischen Nachbarvolk“ beizutragen. Ohne Abstriche sollte jeder das Recht für sich in Anspruch nehmen können, „sich zur dänischen Minderheit zu bekennen und dänisches Volkstum zu pflegen“²⁵.

Mit seiner Tätigkeit wollte der Grenzfriedensbund einen Beitrag zur Versöhnung anscheinend unversöhnlicher Positionen im Grenzland leisten. Das auf friedlichem Interessenausgleich basierende Programm des GFB kam nicht nur in der seit 1953 erscheinenden Mitgliederzeitschrift, den Grenzfriedensheften, zum Ausdruck. Auch in den schon vorher an Mitglieder und Freunde versandten Grenzfriedensbriefen warb die Vereinsführung überall um Zustimmung. So hieß es im ersten Grenzfriedensbrief vom Januar 1951: „Wir sehen diese Aufgabe nicht als Kampf gegen irgendwen, sondern als deutsche Arbeit für den Frieden und lehnen darum trotz allen Ressentiments, das auf beiden Seiten mitspielt, jedes nationalistische Aufpeitschen der Gemüter ab und fragen nur: Was kann und muss geschehen, um die bedrohten und schwankenden Schichten in ihrem deutschen Volksbewusstsein zu stärken?“²⁶

Trotz seiner auf Ausgleich bedachten Zielsetzung hatte der Grenzfriedensbund selbst in dänischen Kreisen anfangs nur wenig Freunde. Der GFB lehnte zwar jegliche Zwangsmaßnahmen gegenüber der dänischen Minderheit kategorisch ab, ließ auf der anderen Seite jedoch nie einen Zweifel daran, dass er für deutsche Positionen in Schleswig arbeiten werde. Im zweiten Grenzfriedensbrief musste sich der Vorstand daher heftigster Anfeindungen durch Flensburg Avis erwehren, die ihn in einem Leitartikel als „viertes Glied in der Reihe derer, die das Vordringen des Nordens bekämpfen“ bezeichnet hatte. Besonders verübelte die Zeitung dem Grenzfriedensbund, „dass wir das Positive in der Arbeit der anderen Grenzverbände nicht verschweigen und die Lücke ausfüllen wollen, die sie offen gelassen haben“, wie es in einer späteren Rechtfertigung des Vorstandes hieß. Missbilligend betrachtete die dänische Seite auch, dass der GFB jeglicher Volksabstimmung entschieden entgegnetrat. Detlef Hansen jedoch wusste sich im Einklang mit seinem Vorstand und verwies auf das im Ergebnis nicht anzweifelbare Referendum von 1920²⁷.

Das Plädoyer des Grenzfriedensbundes, dass ein Miteinander von Deutschen und Dänen möglich sei, wenn es denn gegenseitig gewollt wäre, erzeugte ständig die alten Ressentiments. Derart zwischen die Mühlsteine geraten sah er sich trotz seines eindeutigen deutschen Kulturengagements gerade von den anderen deutschen Grenzorganisationen misstrauisch beobachtet und galt rasch als unliebsamer und unzuverlässiger Konkurrent. Schon im Vorfeld der Gründung traf das Verdikt der parteipolitischen Gebundenheit an die SPD besonders schwer. Doch auch die anderen Grenzorganisationen konnten kaum als parteipolitisch neutral gelten, zu sehr waren deren Vorstände und Mitglieder in die Arbeit der CDU involviert.

Der Konflikt entzündete sich besonders an der Haltung des Grenzfriedensbundes zur Kieler Erklärung. Nicht einmal die vom Vorsitzenden Detlef Hansen an die Vorstände der anderen Grenzverbände gerichtete Bitte zur öffentlichen Unterstützung des Gründungsaufufes fand Zustimmung. Stellvertretend für die Gegner sei Dr. Hanno Schmidt, Chefredakteur des Flensburger Tageblattes, zitiert, der eine objektive Berichterstattung über die Ziele des Grenzfriedensbundes in seiner Zeitung entschieden ablehnte. Er empfand den GFB als unerwünschte Konkurrenz und befürchtete eine „bedauerliche Aufspaltung des Deutschtums im Grenzland“. Er selbst betonte zwar ebenso wie seine Mitstreiter „zum Frieden mit einem fremden, aber wie das unsere hier durchaus heimatberechtigten Volkstum“ immer bereit zu sein, nicht jedoch „zur Versöhnung mit Separatisten“²⁸. Die konservativ-bürgerliche Konkurrenz beharrte also auf ihrer Eindämmungsstrategie und hielt den auf Ausgleich bedachten Weg des Grenzfriedensbundes für falsch. Im zuständigen Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen herrschte ebenfalls Skepsis. Bundesminister Jakob Kaiser erhob sogar schwerwiegende Einwände gegen den Grenzfriedensbund und erinnerte in einem Schreiben dessen Vorstand daran, dass die vom Grenzfriedensbund reklamierten Aufgaben schon von den anderen Organisationen hervorragend erledigt würden. Um eine Zersplitterung der deutschen Kräfte zu verhindern, schlug er eine sachliche Aufgabenteilung vor, ein Anliegen, das die sofortige Unterstützung des Grenzvereinsvorsitzenden Lübke fand. Dieser regte daraufhin ein überparteiliches Gremium zur Koordinierung der vielfältigen Grenzkulturarbeit an. Dahinter stand allerdings die Absicht, sich des lästigen Grenzfriedensbundes zu entledigen, dessen Aufgaben nun auf die anderen Organisationen aufgeteilt werden sollten. Voraussetzung dafür war aus Lübkes Sicht ein Zusammenschluss von Grenzverein und ADS, während der Heimatbund in alter Funktion erhalten bleiben sollte. Gleichzeitig, allerdings vergeblich, reklamierte Lübke eine Allzuständigkeit des Deutschen Grenzvereins für den Landesteil Schleswig, während sich der Heimatbund nach seinen Vorstellungen nur auf

den holsteinischen Bereich konzentrieren sollte²⁹.

„Bei den anderen deutschen Organisationen nicht gerne gesehen.“

Die Reserviertheit gegenüber der vom Grenzfriedensbund initiierten Kultur- und Sozialarbeit kommt in den Querelen um dessen Einbindung in den Deutschen Grenzausschuss deutlich zum Ausdruck, jener im Dezember 1949 im Einvernehmen von Heimatbund, Grenzverein und ADS gegründeten Arbeitsgemeinschaft aller deutschen Grenzverbände. Umstritten war vor allem die Zuweisung der Tätigkeitsfelder an die Mitgliedsverbände. Hier musste gerade der Grenzfriedensbund gegenüber seinen ursprünglichen Absichten erheblich zurückstecken.

Der Deutsche Grenzausschuss wurde mit Wissen des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Bruno Diekmann offiziell am 7. Dezember 1949 gegründet. Ein Vorläufer mit der Bezeichnung „Grenzkulturausschuss“ bestand jedoch schon seit dem 30. Oktober 1948. In diesem Gremium waren der Verein für Erwachsenenbildung und Büchereiwesen (Deutscher Grenzverein), der Schleswig-Holsteinische Heimatbund, der Landeskulturverband mit Sitz in Kiel sowie zwei Vertreter der deutsch-friesischen Heimatbewegung vertreten. Bei Bedarf konnten auch Delegierte anderer Kulturorganisationen und weitere Persönlichkeiten des Kulturlebens zu den Beratungen hinzugezogen werden. Der Grenzkulturausschuss unter Vorsitz von Friedrich Wilhelm Lübke hatte die Aufgabe, Kulturarbeit im Landesteil Schleswig zu fördern und programmatisch aufeinander abzustimmen³⁰. Die Vorüberlegungen für die Gründung eines Koordinierungsrates für die deutschen Grenzlandaktivitäten gehen auf eine schon im Dezember 1945 verfasste, fast visionär anmutende Denkschrift von Richard Schenck und dessen Vetter, den nordfriesischen Pastor Rudolf Muus, an Oberpräsident Theodor Steltzer zurück. Ihrer Ansicht nach konnte dem bedrohlichen schleswigschen Separatismus nur mit einer gemeinsamen Kulturinitiative entgegengetreten werden. Ein parteiübergreifender Burgfriede sei unerlässliche Voraussetzung. Schencks Pläne für einen „Interparteilichen Ausschuss für wirtschaftlichen Aufbau und deutsche Kulturarbeit im schleswigschen Grenzland“, wie er zunächst genannt wurde, ließen sich jedoch zunächst nicht verwirklichen. Zu unterschiedlich waren die Einzelinteressen unter den konservativ-bürgerlichen Grenzverbänden³¹. Da jedoch die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig angesichts des unverkennbaren dänischen Stimmenrückgangs als politisches Bündnis im Wahljahr 1950 überflüssig zu werden drohte, erwies sich eine inhaltliche Neupositionierung der bestehenden Grenzorganisationen als zwingend erforderlich. Der bestehende Grenzkulturausschuss wurde dafür ein-

vernehmlich in Deutscher Grenzausschuss umbenannt, der fortan als überparteiliches Gremium die Grenzkulturarbeit im Sinne der Mitgliedsverbände koordinieren sollte.

An der konstituierenden Sitzung am 7. Dezember 1949 im Dienstzimmer von Landrat Friedrich Wilhelm Lübke, der gemäß Vereinbarung für ein halbes Jahr den Vorsitz übernehmen sollte, nahmen neben Richard Schenck als neuem Vorsitzenden des Heimatbundes und Chr. C. Christiansen für die ADS auch Landesdirektor Jens Nydahl, Bibliotheksrat Franz Schriewer, der CDU-Landtagsabgeordnete und Glücksburger Bürgermeister Kai Uwe von Hassel, Rektor Paul Jessen und Amtmann Harald Hansen aus Nordfriesland, Oberregierungsrat Axel Henningsen vom Ministerium für Volksbildung, Friedrich Klaus für die Deutsche Kulturgesellschaft sowie Ernst Siegfried Hansen als Gast teil. Mit Ausnahme von Nydahl, der jedoch offiziell Ministerpräsident Diekmann vertrat, war von den späteren Gründungsmitgliedern des Grenzfriedensbundes niemand beteiligt worden³². Verbunden mit der Arbeitsaufnahme des Grenzausschusses sollte die Auflösung der von Nydahl geleiteten Dienststelle des „Landesbeauftragten für Schleswig“ sein, die erstmals von Diekmann erwogen und von Lübke dann im Juli 1951 trotz öffentlicher Proteste vollzogen wurde³³.

Bei der Gründungsversammlung erfolgten auch erste Zuweisungen der Aufgabenfelder. Demnach wurde dem Grenzverein u. a. das Büchereiwesen, die Volkshochschularbeit und die Beratungsstelle für Volkstumsarbeit übertragen. Zudem kümmerte er sich um die Jugendpflege, wirkte bei der Vergabe von Stipendien für Studierende aus Nord- und Südschleswig mit und erhielt erhebliche Finanzmittel für die eigene Öffentlichkeitsarbeit.

Dem Schleswig-Holsteinischen Heimatbund als Rechtsnachfolger des ehemaligen „Landesvereins für Heimat- und Denkmalspflege“ oblag als Dachorganisation aller regionalen Heimatvereine die allgemeine Heimatpflege. Hinzu kamen Patenschaften für nordschleswigsche Einrichtungen. Der Heimatbund gab die Zeitschrift „Der Schleswig-Holsteiner“ heraus, die bald unter dem Namen „Schleswig-Holstein“ erschien. Außerdem wirkte der SHHB bei der Unterbringung von Ferienkindern aus Nordschleswig mit. Der ADS als nunmehr vorwiegend sozial tätiger Organisation wurde die Betreuung von Kindergärten und Jugendeinrichtungen sowie die finanzielle Unterstützung der Gemeindegewerkschaften zugewiesen. Weiterhin baute die ADS das bestehende Korrespondenzbüro für die Sammlung und Weitergabe von Nachrichten aus der Grenzregion aus. Zudem wurde ihr zugestanden, sich in sämtliche „wirtschaftliche Fragen“ einzuschalten, u. a. mit der Maßgabe den Fremdenverkehr zu fördern³⁴.

Damit waren schon vor der Gründung des Grenzfriedensbundes die zukünftigen Arbeitsfelder im Wesentlichen verteilt. Konflikte schienen daher unvermeidbar,

wie auch Detlef Hansen in einem die Wellen in der Grenzregion hochschlagenden Interview in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung einräumen musste. Dabei wies er zusätzlich daraufhin, dass der Grenzfriedensbund „bei den anderen deutschen Organisationen nicht gerne gesehen“ sei³⁵. Die Verhandlungen über die Aufnahme des „Störenfriedes“ in den Deutschen Grenzausschuss erstreckten sich über fast zwei Jahre. Zunächst wurden Detlef Hansen als Vorsitzender des GFB und sein Nachfolger Bruno Diekmann nur zu Mitgliederversammlungen und einzelnen Vorstandssitzungen des Deutschen Grenzausschusses geladen. Beide besaßen dort kein Stimmrecht. Nachdem Diekmann dies mehrfach, allerdings vergeblich, eingefordert hatte, drängte er in einem Brief vom 10. Oktober 1950 an Lübke nochmals ultimativ auf eine entsprechende Satzungsänderung, ja, er stellte sogar jegliche Mitarbeit im Grenzausschuss zur Disposition³⁶. In die Vorstandsarbeit wurde der Grenzfriedensbund jedoch erst im März 1952 integriert. Er erhielt dort allerdings nur eine Vorstandsposition und blieb gegenüber den jeweils zwei Mandaten für die anderen Verbände unterrepräsentiert³⁷.

Beschleunigt wurde die Einbindung des GFB durch einen Vorstoß des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen. Dessen Staatssekretär Thediek mahnte angesichts der an die Bundesregierung herangetragenen vermehrten Geldwünsche für die Grenzkulturarbeit deren institutionelle und inhaltliche Neuordnung an. Ebenso hielt er in einem als „vertraulich“ bezeichneten Brief im Juli 1952 an den Vorsitzenden des Grenzausschusses Chr. Christiansen die für ihn undurchsichtigen und nicht nachvollziehbaren Kontrollmechanismen bei der Verwendung der Gelder für dringend überarbeitungsbedürftig³⁸. Auch Jakob Kaiser als zuständiger Bundesminister sprach sich gegenüber Lübke für einen festeren Zusammenschluss aller deutschen Grenzverbände aus. Ein unabhängiges, aus mit den Grenzverhältnissen vertrauten Persönlichkeiten zusammengesetztes Gremium sollte nach seinen Vorstellungen als Mittler zwischen Bonn, Kiel und den einzelnen Organisationen fungieren³⁹.

Dazu kam es zwar nicht, dennoch schienen gleichzeitige Drohungen, die für die Tätigkeit benötigten Bundesmittel gegebenenfalls zurückzuhalten, ihre Wirkung nicht verfehlt zu haben. Größte Probleme bereitete das ungeklärte Verhältnis zwischen der ADS und dem Grenzfriedensbund, die beide ähnliche Aufgabengebiete für sich beanspruchten. Ende August 1952 signalisierte der ADS-Vorsitzende Chr. Christiansen ein erstes Einlenken. In einem Brief an den sich zunächst heftig zierenden Friedrich Wilhelm Lübke schlug er als eine Aufgabe für den Grenzfriedensbund u.a. die Organisation „von internationalen Begegnungen auf dem Boden der Grenzfrage oder Mitwirkung an solchen Veranstaltungen (ohne Monopolstellung)“ vor⁴⁰. Lübke hingegen wollte wirksame Mecha-

nismen festschreiben, mit denen der Grenzfriedensbund inhaltlich kontrolliert werden könnte. Eine Lösung wurde wiederholt vertagt bis nach zähen Verhandlungen Grenzfriedensbund und ADS am 20. Oktober 1952 ihre Kontroversen beigelegt und eine von allen Seiten akzeptierte Aufgabenabgrenzung vorgenommen hatten⁴¹.

Dem Grenzfriedensbund wurden nun laut Protokoll folgende Bereiche übertragen: „Sozialbeihilfen an Einzelpersonen im Einvernehmen mit der ADS, wo deren Interessen berührt werden; Betreuung der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig in Angelegenheiten der Renteneempfänger, der Kriegsofopfer und in ähnlichen sozialpolitischen Fragen; Arbeitsgemeinschaft für Landes- und Volkstumsforschung; Vortragstätigkeit (über Veranstaltungen mit deutschen und dänischen Teilnehmern ist die Entscheidung des Vorstandes des Grenzausschusses einzuholen)“⁴².

Unter Beteiligung der vier Verbände wurde zudem der „Grenzpolitische Rat“ für die Erörterung von Grundsatzfragen und die Ausarbeitung von Empfehlungen und Gutachten ins Leben gerufen⁴³. Die Betreuung der AG für Landes- und Volkstumsforschung fiel im übrigen 1955 im gegenseitigen Einvernehmen wieder an den Schleswig-Holsteinischen Heimatbund zurück. Die umstrittene Förderung des „Erwachsenensports“, die auch der Deutsche Grenzverein kurzzeitig für sich reklamiert hatte, verblieb dagegen in der direkten ministeriellen Verantwortung. Weitere Problembereiche sollten zwischen den Einzelvorständen diskutiert werden, wobei weitere geringfügige Überschneidungen zwischen ADS und Grenzfriedensbund vor dem Hintergrund der stets knappen Finanzmittel zwischen den Geschäftsführungen erst nach einigen Wochen geklärt werden konnten⁴⁴. Beinahe zeitgleich lebte Lübkes alte Forderung nach einer Neuorganisationen der Grenzkulturarbeit unter einem Dach nochmals auf. Dafür war er sogar bereit, vom Vorsitz des Deutschen Grenzvereins zurückzutreten, beabsichtigte aber zugleich seine Position durch Mitarbeit im neuen Vorstand abzusichern. Seinen Plänen zufolge sollte das neue Gremium schlicht „Grenzverein“ heißen. Dies war unverkennbar ein letzter, aber gescheiterter Versuch, um die gesamte Grenzkulturarbeit in seinem Sinne zu beeinflussen. Die Diskussion darüber zog sich über Lübkes Tod im Oktober 1954 hin. Erst im Juli 1955 lehnte der Deutsche Grenzausschuss unter Hinweis darauf, dass die „Vielzahl der Grenzverbände auch ein bedeutsames Element der geistigen Stärke“ sei, die Vereinigungspläne endgültig ab. Allerdings wurde nochmals die Notwendigkeit der Kooperation beschworen, aus der sich als „zu erstrebendes Fernziel“ durchaus eine langsame Verschmelzung ergeben könne⁴⁵. Diese Zusammenarbeit wurde zwar in den Folgejahren durchaus praktiziert, das Fernziel geriet allerdings vollkommen in Vergessenheit. So bestand der Deutsche Grenzausschuss

als Koordinierungsgremium - von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt - bis zum 4. November 1997, bis er von den vier Partnern „als nicht mehr zeitgemäßes Instrument der Zusammenarbeit“ für aufgelöst erklärt wurde⁴⁶.

Erst nach Abschluss der komplizierten und langwierigen Verhandlungen konnte der Grenzfriedensbund seine vielfältige Tätigkeit also auf einem sicheren finanziellen Fundament gründen. Der für die alltägliche Arbeit wichtige Kompromiss bei der Verteilung der Finanzmittel integrierte den GFB nicht nur in den Schoß der deutschen Grenzorganisationen, sondern befreite ihn auch vom Verdikt des „unbeliebten Störenfriedes“. Darüber hinaus gelang es, gegenseitig lähmendes Misstrauen abzubauen und die Aufgaben neu zu koordinieren. Damit war eine wichtige Basis für die kommende, keinesfalls jedoch immer problemlose Verständigungspolitik geschaffen, die mit den Minderheitenerklärungen von 1955 ihren Anfang nahm. Gerade die von großer Verantwortung und Engagement gekennzeichnete Arbeit des Grenzfriedensbundes, der sich mehrfach kritisch zu den antidänischen Entscheidungen der Landesregierung etwa im Bereich der Schul- und Kulturpolitik oder bei der umstrittenen 5-Prozent-Sperrklausel für den SSW zu Wort gemeldet hatte, trug dazu erheblich bei⁴⁷. Freilich hing dies auch damit zusammen, dass Kai-Uwe von Hassel als enger Weggefährte und Wunschnachfolger Lübkes im Amt des Ministerpräsidenten das angebliche dänische Gefahrenpotential weitaus realistischer einschätzte und die erwünschte Verbesserung des deutsch-dänischen Verhältnisses in der Grenzregion zudem durch außenpolitische Erwägungen der Regierungen in Bonn und Kopenhagen forciert wurde⁴⁸.

Anmerkungen

- 1 Loyalitätsadresse dänisch gesinnter Südschleswiger vom 21.6. 1945, in: Quellen zur Geschichte Schleswig-Holsteins, Teil HI. Von 1920 bis zur staatlichen Neuordnung nach dem Zweiten Weltkrieg, Kiel 1986, S. 247. Im Wesentlichen basiert dieser Beitrag auf bekannten Forschungsergebnissen, etwa: Julius Feddersen, Die Grenzlandpolitik Friedrich Wilhelm Lübkes. Diss. Phil. Würzburg 1979; Martin Höffken, Die „Kielener Erklärung“ vom 26. September 1949 und die „Bonn-Kopenhagener Erklärungen“ vom 29. März 1955 im Spiegel deutscher und dänischer Zeitungen, Frankfurt 1994; Erich

Hoffmann, Grundzüge des grenzpolitischen Wirkens Dr. Richard Schencks, in: ZSHG 107 (1982), S. 155 ff.; Johan Peter Noack, Det sydslesvigske grænsespejls 1945- 1947, 2 Bände, Apenrade 1991; Ders., Det danske mindretal i Sydslesvig 1948-1945, 2 Bände, Apenrade 1997; zuletzt: Kurt Jürgensen, Die Gründung des Landes Schleswig-Holstein. Der Aufbau der demokratischen Ordnung in Schleswig-Holstein während der britischen Besatzungszeit 1945-1949, Neumünster 1998; Lars N. Hen-

- ningsen, Martin Klatt, Jørgen Kühl, SSW. Dansksindet politik i Sydslesvig 1945-1988, Flensburg 1998.
- 2 Claus Olsen, Die Flensburger Sozialdemokratie in den Jahren der Spaltung 1946-1954, in: 125 Jahre SPD in Flensburg, Flensburg 1993, S. 223 ff.; Detlef Siegfried, Zwischen Einheitspartei und Bruderkampf. SPD und KPD in Schleswig-Holstein 1945/46, Kiel 1992, S. 263 ff..
 - 3 Noack, Grænsespørgsmål, S. 199 ff, bes. S. 204 ff..
 - 4 Rede vor dem Chemnitz-Bellmann-Denkmal in Schleswig am 4. 9. 1949, zitiert in Schleswig-Holstein 10, 1949, S. 3 f., S. 4. Der Sozialdemokrat Dr. Richard Schenck wurde im Herbst 1949 Nachfolger seines Veters Rudolf Muuß im Vorsitz, hierzu auch: Thomas Steensen, Rudolf Muuß. Heimatpolitiker in Nordfriesland und Schleswig-Holstein, Husum 1997.
 - 5 Zitiert bei Ernst Siegfried Hansen, Kurier der Heimat. Bielefeld 1955, S. 162.
 - 6 Hansen, S. 186; Der Entwurf wurde allerdings kurz darauf zurückgezogen, weil er anscheinend die gleichzeitige Intention Lüdemanns zur Bildung eines norddeutschen Flächenstaates störte. Kurt Jürgensen, Das Werden des neuen Schleswig-Holstein und seine Bedeutung für Nordschleswig, in: GFH 4 (1979), S. 191 ff., S. 196.
 - 7 Quellen, Teil III, S. 248, dort auch die Erklärung von Staatsminister Vilhelm Buhl; zuletzt: Karl Christian Lammers, Britische Wegweisung zur Befriedung im Grenzland. Die Londoner britisch-dänische Parlamentarier-Konferenz im Oktober 1948, in: GFH 4, 1998, S. 257 ff..
 - 8 Beispielhaft die Erklärung von Knud Kristensen vor dem Folketing am 21. 11. 1945, der Folketingsbeschluss vom 9. 7. 1946 und die „Oktober-Note“ vom 19. 10. 1946, nach der die Bevölkerung Südschleswigs selbst die Entscheidung über alle Fragen der Selbstbestimmung treffen sollte. Quellen, Teil III, S. 249 ff.
 - 9 Dahinter verbarg sich unverkennbar die Absicht, der bevorstehenden Verabschiedung der Landessatzung zuvorzukommen, die Schleswig-Holstein als einheitliches Gebiet bezeichnete.
 - 10 Schon in der „September-Note“ vom 9. 9. 1946 hatte die britische Regierung Dänemark unmissverständlich davor gewarnt, politische Forderungen zugunsten der dänischen Volksgruppe zu erheben. Gleichwohl hatte sie eine Unterstützung jeglicher kultureller Initiativen zugesagt, aber auch die Prüfung von Vorschlägen für einen Bevölkerungsaustausch oder einer Volksabstimmung mit anschließender Grenzberichtigung, Quellen, Teil III, S. 251 f.; zur Londoner Konferenz: Lammers, S. 264 ff..
 - 11 Südschleswigsche Heimatzeitung 4. 11. 1949; vgl. auch Höffken, S. 47 f.; Noack, mindretal, Band 2, S. 145 ff..
 - 12 Z. B. Kommentar zur Verabschiedung der Kieler Erklärung, FT 24. 9. 1949, oder die Ausführungen von Richard Schenck auf der Großkundgebung der „Deutschen Grenzlandjugend“ im Oktober 1949 in Flensburg, FT 8. 10. 1949.
 - 13 Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912-1924, Apenrade 1970, S. 125 f. sowie Lorenz Rerup, Reimer Hansen, Europa in seinen Regionen. Schleswig - ein europäisches Beispiel für die Entstehung, den Verlauf und die Lösung nationaler Konflikte, in: GFH

- 2, 1993, S. 77 ff., S. 102 ff..
- 14 Zur staatsrechtlichen Bewertung der Kieler Erklärung vgl. Jan Lemke, Nationale Minderheiten und Volksgruppen im schleswig-holsteinischen und übrigen deutschen Verfassungsrecht. Lorenz-von-Stein-Institut für Verwaltungswissenschaften, Arbeitspapier Nr. 48, Kiel 1998, bes. S. 103 ff.; zur Einordnung der Kieler Erklärung auch Gerd Vaagt, Vor fünfundzwanzig Jahren: Kieler Erklärung. Die Kieler Erklärung und ihre Bedeutung für das Grenzland, in:GFH3,1974, S. 111 ff.; Reimer Hansen, Wandel und Überlieferung des Nationalstaatsprinzips, in: GFH 2, 1998, S. 71 ff, S. 89 f..
 - 15 Rede Lübkes auf einer „kommunalpolitischen“ Veranstaltung in Flensburg am 27. 1. 1951. Manuskript, GA SI-FI B 1.0/27
 - 16 Wahlrede Lübkes am 14. 8. 1949. Manuskript, GA SI-FI, B 1.0/27
 - 17 Feddersen, S. 254 ff.; Höffken, S. 201 ff..
 - 18 Etwa bei der Ablehnung des Standortes Sankelmark für eine geplante dänische Heimvolkshochschule. An gleicher Stelle wurde wenig später der Bau der deutschen „Grenzakademie Sankelmark“ verwirklicht während die dänische Einrichtung einen Platz im benachbarten Jarplund fand, Feddersen, S. 188 ff..
 - 19 So schon im Manuskript seiner Regierungserklärung vom 9.1. 1951, GA SI-FI B 1.0/27. Nach dem Wortprotokoll der Landtagssitzung ging er tatsächlich aber nicht darauf ein, Wortprotokoll über die 12. Tagung des 4. Schleswig-Holsteinischen Landtages, S. 16 f..
 - 20 FT 15. 3. 1952; FI Avis 16. 3. 1952; dazu: Claus Ove Struck, Die Politik der Landesregierung Friedrich Wilhelm Lübke in Schleswig-Holstein (1951-1954), Frankfurt 1997, S. 90 ff.
 - 21 Tilman Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa. Der Grenzfriedensbund 1950-1990, Flensburg 1990, S. 54 f.; zu den weiteren Protesten des GFB gegen den Kurs Lübkes vgl. ebd. S. 52 ff..
 - 22 Struck, S, 94 ff..
 - 23 Eysholdt. S. 15 ff..
 - 24 Eysholdt, S. 21 ff; vgl. dazu auch den Briefwechsel zwischen Gerhard Beier (Kronberg) und Tilmann Eysholdt in GFH 4, 1990, S. 274 ff..
 - 25 Programmpunkte des Grenzfriedensbundes von 1950, wieder abgedruckt in GFH 2 (1955) S. 23.
 - 26 Archiv Grenzfriedensbund A 4, Grenzfriedensbrief Nr. 1, S 2.
 - 27 FI-Avis 15. 2. 1951; Grenzfriedensbrief Nr. 2, S. 2.
 - 28 Eysholdt, S. 68.
 - 29 Feddersen, S. 225 f.
 - 30 Protokoll Grenzkulturausschuss, Gemeinschaftsarchiv Schleswig-Flensburg (GA SI-FI) - Deutscher Grenzausschuss Abt. G 7/1.
 - 31 Hoffmann, S. 177 ff.; Steensen, S. 85 ff..
 - 32 Axel Henningsen trat dem Grenzfriedensbund 1958 bei, Eysholdt, S. 33.
 - 33 Zur Beruhigung der Gemüter plante Lübke die Beschäftigung eines ihm zuarbeitenden parlamentarischen Verbindungsmannes, eine Position, die er mit seinem engen Vertrauten Kai Uwe von Hassel besetzen wollte. Die Aufgabe wurde nach Kabinetts-

- beschluss im Februar 1952 dann jedoch direkt von der Staatskanzlei wahrgenommen, Feddersen, S. 223 f..
- 34 Gründungsversammlung des Deutschen Grenzausschusses 7. 12. 1949, GA SI-FI Abt. G 7/1; zur späteren Aufgabenverteilung der Grenzverbände vgl. auch den Artikel: Deutsche Grenzlandorganisationen in Schleswig-Holstein, in: GFH 4, 1955, S. 58 ff.
 - 35 Schleswig-Holsteinische Volkszeitung 13. 11. 1950.
 - 36 Schreiben Diekmann an Lübke 10. 10. 1950, GA SI-FI Abt. G 7/63.
 - 37 Protokoll der Vorstandssitzung 25. 3. 1952, GA SI-FI Abt. G 7/1.
 - 38 Schreiben Staatssekretär Thediek 21. 7. 1952, GA SI-FI Abt. G 7/63.
 - 39 Feddersen, S. 227 f..
 - 40 Brief Christiansen vom 29. 8. 1952, GA SI-FI Abt. G 7/63.
 - 41 Protokoll der Vorstandssitzung 6. 11. 1950, GA SI-FI Abt G 7/63.
 - 42 Arbeitsverteilung vom 20. 10. 1952, GA SI-FI Abt. G 7/63.
 - 43 Feddersen, S. 229.
 - 44 Beschluss der Mitgliederversammlung vom 20. 10. 1952 und 16. 7. 1952, GA SI-FI Abt. G 7/63; Deutsche Grenzlandorganisationen, ebd., S. 55 ff.
 - 45 Protokoll der Vorstandssitzung vom 17.7. 1955, GA SI-FI G 7/1; auch Feddersen, S. 230.
 - 46 Erklärung in: GFH 4, 1997, S. 274.
 - 47 Vgl. hierzu Eysholdt, S. 52 ff..
 - 48 Kai Uwe von Hassel, 30 Jahre Bonn-Kopenhagener Erklärungen, in: Die Bonn- Kopenhagener Erklärungen von 1955. Zur Entstehung eines Modells für nationale Minderheiten, Flensburg 1985, S. 15 ff., S. 19.

50 Jahre Grenzfriedensbund

- Ein paar eher persönliche Erinnerungen -

von *ARTUR THOMSEN*

Die Zeit seit Gründung des Grenzfriedensbundes bis heute hat - was mich betrifft - aus einem 22-jährigen jungen Mann, der alles, Familie, Beruf, politische Arbeit mit vielfältigen Aufgaben, noch vor sich hatte, einen 72-jährigen, nun alten Mann werden lassen, der zurückblicken kann auf das, was sich in seiner Lebenszeit ereignet hat, und auf das, was er vielleicht ein wenig mitgestaltet hat. Meinerseits Bilanz zu ziehen ist nicht nötig. Aber vielleicht sind ein paar Erinnerungen interessant, besonders für diejenigen, die das eine oder andere Stück der Wegstrecke mitgegangen sind.

1950 war es fast tollkühn und schien in sich widersprüchlich zu sein, was da einige Sozialdemokraten in Husum unternahmen: nämlich einen weiteren Grenzverband zu gründen, der neben den schon vorhandenen, eher bürgerlich-konservativen Verbänden agieren wollte. Tollkühn war es, weil doch deutsche Grenzarbeit, die Bewahrung des Deutschtums im Lande, in den besten Händen zu liegen schien; und in sich widersprüchlich war es, weil Verständigung mit den Dänen und gleichzeitig Stärkung des Deutschseins gar nicht unter einen Hut passten. Die internationalen Traditionen der SPD legten wohl eine Überwindung der Differenzen zwischen den Völkern nahe, aber nicht die einseitige Stärkung des Deutschseins im Grenzland. Das konnte doch nur gegen die Dänen gerichtet sein. - Das Konzept ging dennoch auf. Der Grenzfriedensbund wendete sich an die Bevölkerungsschicht, die weder durch Besitz noch Bildung privilegiert war und von den anderen Verbänden auch kaum angesprochen wurde. In Hunderten von Reden und Vorträgen in Versammlungen überall im Land, in zahllosen Aufsätzen in unseren Schriften hat damals vor allem Detlef Hansen aus Husum versucht, das deutsche Bekenntnis der sogenannten einfachen Leute zu stärken und zu erhalten. Und mit kleinen materiellen bzw. finanziellen Hilfen in besonderen Familiensituationen hat über viele Jahre Ernst Harms, ebenfalls aus Husum, als Geschäftsführer manchen Leuten ein wenig geholfen, angesichts der attraktiven dänischen Werbung deutsch zu bleiben.

Seit 1949, seit der Kieler Erklärung, waren ja nicht mehr Abstammung und Herkunft Ausweis nationaler Zugehörigkeit, sondern das persönliche, unanfechtbare Bekenntnis des Einzelnen. Dafür Verständnis zu wecken war schwer und hat lange gedauert; man war eher geneigt, es für Verrat zu halten, wenn einer die „Seite“ wechselte. Und schwer war es auch, neben der bewussten Förderung

des Deutschbleibens gleichzeitig glaubhaft die Hand zur Versöhnung mit den dänischen Nachbarn auszustrecken, zumal die Dänen - verständlicherweise - viele Jahre lang skeptisch und misstrauisch blieben. Männer wie Dr. Hans Peter Johannsen, Vorsitzender von 1961 bis 1977, und Ernst Beier, sein Stellvertreter und Redakteur der Grenzfriedenshefte bis Anfang der 80er Jahre, haben mit ihrer redlichen Gesinnung und der Glaubwürdigkeit ihres Auftretens viel für die Verständigung zwischen Deutschen und Dänen geleistet. Sie bleiben unvergessen.

Trotz der Kieler Erklärung 1949, die der Gründung des Grenzfriedensbundes ja vorausging und wohl mit eine Ursache für die Gründung war, und trotz der Bonn- Kopenhagener Erklärungen von 1955, die dann wirklich die Wende einleiteten, waren die Kontakte zwischen Deutschen und Dänen noch lange eher frostig. Der Wandel fand ganz allmählich und ganz langsam statt. Hemmnisse und Hürden gab es auch noch in den 70er Jahren.

Als ich 1979 als Vorsitzender des Grenzfriedensbundes zwischen den beiden Minderheiten eine Gesprächsebene zu schaffen und zu vermitteln suchte, waren die Deutschen in Nordschleswig gleich dabei, die Dänen hier aber meinten, in ihrer Mitgliedschaft gebe es dafür noch keine Mehrheit. Inzwischen hat sich das Problem gelöst.

Als in den letzten 80er Jahren „Slesvigland“ als Postwurfsendung im ganzen Landesteil Schleswig verteilt wurde und mit antideutschem Grundton der Bevölkerung zu suggerieren versuchte, „Schleswig“ sei seinem Charakter nach und eigentlich schon immer dänisch gewesen, wehrten sich die deutschen Grenzverbände. Ich selbst unternahm es, in Reden und Aufsätzen das falsche Bild zurechtzurücken. Es gab Minderheitspolitiker, die mich deswegen noch lange danach für einen „Dänenfeind“ hielten. Aber das war ich nicht; ich mochte nur nicht die falschen Töne.

Das Beispiel des Umgangs mit dem Idstedt-Löwen zeigt, wie ich auch mit deutschen Kreisen in Widerspruch geraten konnte. Noch als Stadtpräsident in den 70er Jahren lehnte ich seine Rückkehr nach Flensburg ab. In vielen Gesprächen lernte ich dann aber, dass es dem Frieden im Grenzland dienen würde, wenn er wieder auf dem Alten Friedhof in Flensburg aufgestellt werden könnte, und änderte daher Anfang der 90er Jahre meine Meinung. Es half allerdings nicht; die Widerstände in konservativ-nationalen deutschen Kreisen waren zu groß; sie sind es wohl immer noch.

In einer anderen Frage halfen Vernunft und ruhige Überlegung auf beiden Seiten: Die Friesen, jahrzehntelang in zwei Gruppen geteilt, nämlich die „nationalen“, politisch vom SSW vertretenen und die deutsch orientierten Friesen, entdeckten ihre Chancen, gemeinsam sehr viel wirksamer das Friesentum fördern

zu können, und überwinden ihre Spaltung. Große Verdienste erwarb sich dabei das Nordfriesische Institut in Bredstedt, das bis heute das maßgebende Sprachrohr aller Friesen geworden ist und die Friesen als zweite Minderheit im Lande erst richtig erkennbar gemacht hat.

Meine Erinnerungen kann ich gar nicht abschließen, ohne an die unendliche Arbeit mit und an den Grenzfriedensheften zu denken. Ich übernahm sie 1977 mit dem altbewährten Redakteur Ernst Beier. Ein paar Jahre später musste er wegen Alters aufgeben. Nach einem Übergang, in dem eine Redaktionskonferenz für die Gestaltung verantwortlich war, bildete sich eine immer engere Zusammenarbeit mit Dr. Jörn-Peter Leppien heraus, der bald die Hauptarbeit für die Hefte leistete und auch heute noch mit Dr. Matthias Scharl maßgeblich die Redaktionsarbeit gestaltet. Wenn die Grenzfriedenshefte ein im Lande anerkanntes Niveau haben, wenn sie wissenschaftlichen Ansprüchen genügen und wenn sie die Grundauffassung des Grenzfriedensbundes von einem deutsch-dänischen Miteinander im Landesteil Schleswig vermitteln, dann ist das in hohem Maße Verdienst von Dr. Leppien. Ich danke ihm herzlich für die gute, erfolgreiche Zusammenarbeit.

In den zwanzig Jahren meiner Verantwortung für den Grenzfriedensbund von 1977 bis 1997 habe ich das Glück gehabt, in Flensburg mit Geschäftsführern zusammen zu arbeiten, die solidarisch zu mir standen, ohne abweichende Meinungen und Kritik im Einzelfall zurück zu halten. Nicht ergebene, sondern kritische Mitarbeiter sind der Glücksfall für eine Organisation und ihren Vorsitzenden. In diesem Sinne gilt mein Dank meinem ersten Geschäftsführer Heinz Olland, seinem Nachfolger Walter Harenberg und der immer noch amtierenden Ingrid Schumann.

Wenn wir die Entwicklung im Grenzland seit 1950 betrachten, lassen sich deutliche Stufen markieren: 1960 begann die Entspannung bereits zu wirken; 1970 gab es jedoch immer auch noch Skepsis; 1980 wurde es üblich, vom Modellfall für europäische Regionen zu reden; seit 1990 wurden Misstöne wirklich zur Ausnahme. Seitdem dürfen wir alle, denen ein gutes deutsch-dänisches Verhältnis am Herzen liegt, uns freuen, dass ganz offenbar nach einem reichlichen Jahrhundert der Spannungen und Kriege von ca. 1830 bis 1950 nun schon ein halbes Jahrhundert der Befriedung und Verständigung vergangen ist, dass Deutsche und Dänen sich nicht mehr bekämpfen, sondern bei Wahrung ihrer Besonderheiten sich gegenseitig respektieren und tolerieren und zu guter Nachbarschaft gefunden haben. Also alles in Butter? Nein, das auch nicht. Jede Partnerschaft bedarf stetiger Aufmerksamkeit, sorgfältiger Pflege und der Vermeidung unnötiger Belastungen. Wir dürfen unsere guten Beziehungen an der Grenze nicht sich selbst überlassen, nicht glauben, dass sie jetzt alles aushal-

ten. Die Schließung des deutschen Generalkonsulats in Apenrade z.B. war in diesem Sinne nicht nur ein Schaden für die deutsche Volksgruppe in Dänemark, sondern ein Schlag gegen die gute Atmosphäre im Grenzland, weil der Eindruck vermittelt wird, man brauche sich um die Dinge hier nicht mehr zu kümmern. Vernachlässigung guter Nachbarschaft aber ist auf Dauer nur schädlich. Und gerade wir Deutschen sollten aufmerksame Nachbarn sein. Wir haben immer noch eine „Bringeschuld“. Werben sollten wir, und zwar mit langem Atem, für die Stabilisierung der Grenzlandbedingungen, vermeiden, was stört, verstärken, was heilt und fördert. Das wollen heute - Gott sei Dank - alle vernünftigen Leute hier, die vielen Einzelnen, auch die Parteien, auch die Grenzverbände. Möge es so bleiben; und möge der Grenzfriedensbund auch in Zukunft das Seine dazu tun.

Beitrag zur Öffnung der Grenze

von *SIEGFRIED MATLOK* und *ULRICH KÜSEL*

Drei deutsche Grenzverbände - Deutscher Grenzverein, Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (SHHB) und Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS) - bestanden bereits, als 15 Persönlichkeiten am 11. März 1950 in Husum den „Bund für deutsche Friedensarbeit im Grenzlande (Grenzfriedensbund)“ gründeten. In der deutschen Volksgruppe in Nordschleswig und auch unter Grenzlandkennern im Landesteil Schleswig wird man sich aufgrund der Namensähnlichkeit an den 1909 von Pastor Johannes Schmidt-Wodder in Nordschleswig ins Leben gerufenen „Bund für deutsche Friedensarbeit in der Nordmark“ erinnert gefühlt haben. Dies kann allenfalls äußerlich gelten, denn die Gründer des Grenzfriedensbundes (GFB) waren zum überwiegenden Teil Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD). Im Gegensatz dazu stammte Schmidt-Wodder, der von 1920 bis 1939 die überragende Führungspersönlichkeit der deutschen Minderheit war, aus einem deutsch-nationalkonservativ denkenden Bürgertum.

Der Grenzfriedensbund „will deutsche Kulturarbeit leisten in europäischem Geiste. Dazu widmet er sich der Förderung kultureller und sozialer Aufgaben und der sozialpädagogischen Jugendarbeit. Der Verein will die Aufmerksamkeit öffentlicher und privater Kreise auf die Aufgaben im nördlichen Grenzland hinlenken“, heißt es seit seiner Gründung nahezu unverändert in der Satzung des GFB. Er dürfte somit sein selbst gesetztes und aus wohlervogenen Gründen gewähltes Aufgabenspektrum bis heute als notwendig und bedeutungsvoll ansehen.

Einer breiteren Öffentlichkeit über den heutigen Mitgliederbestand - 391 Einzelpersonen und 290 Schulen und Verbände - hinaus ist der GFB in erster Linie aufgrund seiner Zeitschrift „Grenzfriedenshefte“ ein Begriff. In den seit Februar 1953 erscheinenden Vierteljahresheften findet sich eine Vielzahl an Aufsätzen, die den politischen und nationalen Wandel im deutsch-dänischen Grenzland nachzeichnet - vom Grenzkampf nach 1945 über die Kieler Erklärung vom 26. September 1949 und die Bonn-Kopenhagener Erklärungen vom 29. März 1955 bis hin zur am 16. September 1997 in Apenrade gebildeten Region Sønderjylland/ Schleswig mit ihrem 42-köpfigen Regionalrat aus Vertretern aus dem Amt Sønderjylland, der Stadt Flensburg und den Kreisen Schleswig-Flensburg und Nordfriesland. Dabei hat sich die Redaktion der Grenzfriedenshefte oft als Vorreiter gezeigt und im besten Sinne eines offenen und demokratischen Meinungsaustausches deutsche ebenso wie dänische Autoren zu Wort kommen lassen. Angemerkt sei, dass dies ebenso für viele Vorträge auf den jährlichen

Mitgliederversammlungen gilt ein Zeichen für eine offenbar kontinuierliche Dialogbereitschaft der GFB-Vorsitzenden. Die Reihe der herausragenden Persönlichkeiten an der Seite des GFB reicht vom Husumer Schulrat Detlef Hansen (1950 bis 1958) über den schleswig-holsteinischen Landesdirektor Jens Nydahl (1958 bis 1961), den Flensburger Bibliotheksdirektor Dr. Hans Peter Johannsen (1961 bis 1977) und den Flensburger Rektor und Stadtpräsidenten Artur Thomsen (1977 bis 1997) bis hin zum Lehrer und heutigen SPD-Fraktionsvorsitzenden im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Lothar Hay aus Flensburg, der in seiner „Doppelrolle“ gerade jetzt für das deutsch-dänische Grenzland unersetzbar ist.

Von nicht zu unterschätzender Bedeutung für geschichtlich interessierte Zeitgenossen sind zudem bisher zwölf erschienene Sonderpublikationen, in denen der GFB weitenteils „vergessene“ Vorgänge aus der Zeit vor 1945 hat darstellen lassen. Das thematische Spektrum spannt sich von 1983 veröffentlichten Berichten über das Konzentrationslager Ladelund 1944 bis hin zu einem erst im März dieses Jahres als Sonderpublikation veröffentlichten Aufsatz über Todesurteile gegen deutsche Marinesoldaten in der Geltinger Bucht (noch) am 10. Mai 1945. Zu diesen vordergründig unbequem erscheinenden, historisch notwendigerweise aber aufzuarbeitenden Themen zählt auch die Beteiligung des GFB an der im September 1998 erfolgten Errichtung eines Mahnmals auf deutscher Seite des Grenzübergangs Harrislee/Pattburg für die 1944 und 1945 nach Deutschland verschleppten und in Konzentrationslagern getöteten Häftlinge aus dem Polizeigefangenenlager Fröslee in Dänemark zur Zeit der deutschen Besetzung des nördlichen Nachbarlandes. Das hat hohen Respekt hervorgerufen - gerade auch auf dänischer Seite.

Während die Publikationen des GFB mit anregend-aufklärendem Charakter in die Öffentlichkeit wirken, geschieht seine soziale Arbeit eher in der Stille, „zwischen den Kulissen“ sozusagen. Der GFB gibt Beihilfen für Schulfahrten, Schullandheimaufenthalte und Jugendbegegnungen und hilft damit in engem Zusammenwirken mit Schulen und Kreis verbänden der Arbeiterwohlfahrt Kindern und Jugendlichen aus sozial in Not geratenen Familien. Dieser Arbeitszweig hat bis heute nichts an Bedeutung verloren - eher ist das Gegenteil der Fall, und das deutet auch auf die wirtschaftliche Strukturschwäche und anhaltende Arbeitslosigkeit im Landesteil Schleswig hin.

„Aufmerksamkeit ... auf die Aufgaben im nördlichen Grenzland lenken“: Dazu zählt natürlich auch Nordschleswig, das Deutschland nach der Volksabstimmung vom 10. Februar 1920 an Dänemark abtrat. Der GFB rückt Nordschleswig mit seiner heute etwa 20.000-köpfigen deutschen Volksgruppe seinen Mitgliedern alljährlich gegenwartsnah ins Bewusstsein. Das geschieht im Sommer im

Rahmen landeskundlicher Studienfahrten nach Nordschleswig, die sich bereits seit 1977 unter den GFB-Mitgliedern einer so regen Beteiligung erfreuen, dass Mal für Mal gleich drei Busse in Richtung Norden fahren.

Diese Ausflüge ergänzt der GFB seit 1982 durch herbstliche Mitgliederfahrten in Kindergärten, Schulen und andere Einrichtungen der deutschen Nordschleswiger. Gerade diese Besuche zeichnen sich durch einen angeregten Meinungsaustausch mit Vertretern der deutschen Volksgruppe an unterschiedlichen Orten aus, und die Mitglieder des GFB haben somit Gelegenheit, aus erster Hand Menschen und Arbeit der deutschen Minderheit kennen zu lernen und sich ein eigenes Bild zu verschaffen. Der Wert dieser Gespräche und Erlebnisse vor Ort lässt sich daher für beide Seiten nicht hoch genug einschätzen. Für die deutsche Volksgruppe besitzen diese Begegnungen ein besonderes Gewicht auch dadurch, dass sie sich in persönlichem Kontakt darstellen kann - ein bedeutungsvoller Aspekt auch deswegen, weil die Kenntnis leider auch im Landesteil Schleswig abnimmt, dass gleich nördlich der Grenze in Dänemark eine deutsche Minderheit lebt.

Vier deutsche Grenzverbände in Schleswig-Holstein: Erscheint die Existenz aller vier Organisationen weiterhin sinnvoll nach mehr als 50 Jahren Nachkriegsentwicklung und einer längst erfolgten Befriedung zwischen Mehrheiten und Minderheiten im deutsch-dänischen Grenzland? Kurze Antwort: ja!

Denn: Zum einen unterscheiden sich alle vier in ihrer Aufgabenstellung deutlich voneinander. Jeder Grenzverband hat seine eigenen Tätigkeitsbereiche, die sich allenfalls am Rande überschneiden mögen. Und zum anderen beweist der Grenzfriedensbund mit seiner Arbeit selbst am besten, dass sein Bestehen auch künftig sinnvoll und bereichernd ist in einem deutsch-dänischen Grenzland, das unter Wahrung der jeweiligen Kulturen von Mehrheiten und Minderheiten europäisch enger zusammenwächst. Dazu bedarf es auch weiterhin des kritischen, motorischen Antriebs durch die Grenzfriedenshefte, denen Jens Nydahl im Februar 1953 die Aufgabe mit auf den Weg gab, dazu „beitragen zu mögen, den Blick für die Zusammenhänge zwischen unseren Völkern an dieser Grenze zu öffnen“. Gut geschultert, Grenzfriedenshefte — herzliche Glückwünsche von der deutschen Tageszeitung Der Nordschleswiger.

Die Grenzfriedenshefte – durch eine dänische Brille betrachtet

von *LARS N. HENNINGSEN*

Bemühungen um die Entwicklung der Verständigung und Zusammenarbeit im deutsch-dänischen Grenzland sind heute nichts Außergewöhnliches mehr. Dies war aber nicht immer der Fall. 1953 erblickte eine neue Zeitschrift das Licht des Grenzlandes, die Grenzfriedenshefte. Sie sollte sich mit den Problemen des Grenzlandes beschäftigen, um „den Blick für die fruchtbaren Zusammenhänge zwischen den beiden Völkern an dieser Grenze zu öffnen“, wie Jens Nydahl, erster Grenzlandbeauftragter des Landes Schleswig-Holstein, im ersten Grenzfriedensheft schrieb. Die Grenzfriedenshefte waren ein Kind des Grenzkampfes der Nachkriegszeit, aber mit Blick auf die Zukunft, in der Tradition des Geistes von Stauning und Wels, welche 1923 für die deutschen und dänischen Sozialdemokraten den damals vor allem in Richtung Norden geführten Kampf um eine Verlegung der 1920 gezogenen Grenze beendeten.

In den Grenzfriedensheften findet der Betrachter - sowohl der zeitgenössische Betrachter als auch der Historiker später - Informationen über die Entwicklung im Grenzland. Solche gibt es jedoch nicht nur in den Grenzfriedensheften, sondern in mehreren anderen Informationsquellen. Es gibt Tageszeitungen, Zeitschriften, Seminarrapporte, Festschriften, wissenschaftliche Arbeiten u.v.m., die alle auf ihre Weise über die Entwicklung berichten. Wo stehen nun die Grenzfriedenshefte in diesem Strom der Informationen?

Niemand kann im Zweifel sein: Die Zeitschrift ist eine eigenartige Persönlichkeit. Hier kommen von Anfang an nicht nur deutsche Verfasser und deutsche Forschungseinrichtungen zu Wort, und nicht nur Publikationen von deutscher Seite werden rezensiert. Im Gegenteil: Dänische Historiker und Repräsentanten dänischer Institutionen traten und treten zahlreich neben deutschen Kollegen hervor. In den letzten Jahren scheint fast als Prinzip zu gelten, dass jedes Heft paritätisch zwischen Verfassern von dänischer und von deutscher Seite aufgeteilt werden soll! Dadurch wurden durch die Jahre viele Untersuchungen und Forschungsergebnisse dänischer Historiker und Forschungseinrichtungen des Grenzlandes - z. B. des Instituts for Grænseregionsforskning und des Landsarkiv for Sønderjylland in Apenrade oder der Studiefdeling ved Dansk Centralbibliotek in Flensburg - den Lesern vorgelegt.

Dieselbe Breite gilt für den nützlichen Abschnitt in den Heften: die „Umschau“, hier gibt es Informationen über wichtige Themen beiderseits der Grenze und

über einschlägige Entwicklungen in Dänemark allgemein. Jedesmal, wenn ein neues Heft erscheint, erhält der Leser leicht zugängliche Informationen zu grenzpolitischen und grenzkulturellen Begebenheiten der letzten Monate beiderseits der Grenze.

Über Minderheitenthemen wird auch vielfach berichtet. Dänische Jahrestreffen werden erwähnt, Themen der dänischen und der friesischen Minderheit, der FUEV, das Verhalten der Dänen gegenüber der EU, Debatten dänischerseits über Regionsthemen usw. werden berücksichtigt. Debatten über brisante Themen des Grenzraumes (z.B. Idstedt-Löwe, Region Sønderjylland/Schleswig) können hier verfolgt werden, wie auch z. B. über die dänischen und deutschen Kulturinstitutionen des Grenzraumes berichtet wird, z. B. über das Museum Danevirkegården, das Arkiv ved Dansk Centralbibliotek for Sydslesvig und das European Centre for Minority Issues ECM1 in Flensburg. Diese Teile der Zeitschrift sind als Schnellinformation für den interessierten und vielbeschäftigten zeitgenössischen Betrachter nützlich. Der Historiker späterer Zeiten wird diese Informationen als ersten Einstieg in die Themen und als Spiegel und Quellenpublikation einiger Entwicklungen im Grenzlande schätzen lernen. Die vorbildlichen Register zu den Grenzfriedensheften, die durch die Jahre publiziert wurden, erleichtern die Übersicht und erschließen die Jahrgänge als Quelle und Orientierungswerk für jetzige und kommende Benutzer.

Die Zeitschrift ist aber mehr als eine Chronik des Grenzlandes. Man findet seriöse, wissenschaftlichen Ansprüchen genügende Aufsätze zur Geschichte und Gegenwart. Die nationalpolitische Entwicklung des 19. und 20. Jahrhunderts, die Geschichte der Arbeiterbewegung und der Jahre unterm Hakenkreuz und die Geschichte der Minderheiten nehmen hier einen breiten Raum ein. Oft werden Seminarreferate abgedruckt und Reden und Grußworte wichtiger Veranstaltungen zu Papier gebracht. Auf diese Weise wird der grenzpolitische Zeitgeist festgehalten, wobei dänische Referenten breit zu Wort kommen. Nicht für jedes Seminar kann ein gedruckter Seminarbericht publiziert werden. Deshalb ist es nützlich, dass die Grenzfriedenshefte es als eine ihrer Aufgaben betrachten, solche Beiträge im Druck festzuhalten. Die Grenzfriedenshefte sind dadurch ein Spiegel des grenzpolitischen Klimas.

Diese Zeitschrift hat also ihre besondere Persönlichkeit, auch wenn der Aufsatzteil in der thematischen Abgrenzung sich gelegentlich mit anderen Zeitschriften (z.B. Informationen zur Schleswig-Holsteinischen Zeitgeschichte/Akens und Demokratische Geschichte) überschneidet. Die bewusst grenzüberschreitende Tendenz und die Offenheit gegenüber dänischen Autoren - und die Bereitschaft der Redaktion, Extraarbeit durch fremdsprachige Autoren auf sich zu nehmen - kann gerne hervorgehoben werden. Diese Linie gibt der Zeitschrift ihre Eigenart.

Dadurch hat sie eine solide Position erworben, die anlässlich des 50-jährigen Jubiläums des Grenzfriedensbundes festgehalten werden sollte.

„Für mich wäre es ein nicht unbeachtlicher Fortschritt..

Die Grenzverbände auf neuen Wegen

von *WILLY DIERCKS*

1. Die Situation zwischen den Verbänden

Als der Vorsitzende des SHHB, Uwe Ronneburger, 1998 auf dem Ildstedt-Treffen mit den oben zitierten Worten für ein Historikergespräch zwischen deutschen und dänischen Grenzverbänden warb, waren die Stimmen nicht nur positiv. Skepsis gab es genau so wie Optimismus. Andererseits: Die Begegnung zwischen den Grenzverbänden und der dänischen Minderheit schien überfällig, ja eigentlich schon längst Realität zu sein. Wozu also ein solches Gespräch?

Dann aber stellte man fest, dass seit dem Kriegsende kein derartiges gemeinsames Gespräch geführt worden war. Wie war es zu dieser unvermuteten Situation gekommen?

Funktionäre, Meinungsführer, Mitglieder von Vereinen aus allen Bereichen begegnen sich vielfach in Gremien, im politischen Geschäft, in Situationen von Lobbyismus. Sie kennen sich alle aus vielen öffentlichen und vertraulichen Gesprächen, sprechen über Formen der Zusammenarbeit, gemeinsame Teilnahme an Veranstaltungen. Über eines aber sprechen sie allerdings nicht miteinander: über ihre ureigensten Motive, die differierenden Interpretationen und Konzepte ihrer Gruppen, über ihre Identität, über die hauptsächlichlichen Unterschiede in kulturellen und politischen Auffassungen, vor allem nicht über ihre Negativerfahrungen miteinander in Geschichte und Gegenwart.

Alle sind froh über den erreichten Status Quo im Grenzland, der gern mit dem Begriff Modell belegt wird. Woran liegt diese Zurückhaltung in der gemeinsamen politisch-historischen Diskussion?

1. Es könnte sein, dass befürchtet wird, dass bei einer ernsthaften Diskussion über die Interessen von Grenzverbänden und dänischer Minderheit alte Konflikte wieder aufbrechen.
2. Es könnte sein, dass die Abgrenzung nicht mehr genügend herausgearbeitet werden kann, so dass die Identität, die für das Fortexistieren von Gruppen und Vereinen notwendig ist, gefährdet wird.
3. Es könnte auch sein, dass das Weiterleben mit dem Status Quo positive Folgen für die Beteiligten hat, der Erhaltung von Förderungen dient, zu internationaler Akzeptanz und Achtung führt, gut funktioniert und daher nicht ge-

ändert werden sollte.

4. Vielleicht fürchten viele Menschen in den Minderheiten und den Grenzverbänden auch, dass eine Diskussion begonnen wird und niemand sich für diese Probleme interessiert. Ohne eine gewisse Menge von Problemen und Reibungszonen könnte das Fortleben von Minderheiten gefährdet sein.

In den letzten Jahren hat es einige Erregungen in der Grenzregion gegeben, dazu gehören z.B. die Diskussion um die Gründung eines Regionalrats für Sønderjylland und Schleswig und die heftige Aufregung über die Rolle der deutschen Sprache als Sprache der Minderheit gemäß dem europäischen Sprachenpakt (Europäische Charta für Minderheiten- oder Regionalsprachen), die in den letzten Wochen zu beobachten war. Beide national gefärbten Auseinandersetzungen wurden auf der nördlichen Seite der Grenze entfacht. Hier wurde ein Ungleichgewicht beschworen: Während Schleswig-Holstein bzw. die Bundesrepublik die Sprache der dänischen Minderheit unter die Schutzformeln der Europäische Charta stellte, gibt es offenbar dänische Kreise, die auch in den Zeitungen auftreten, die den Sprachenpakt nicht auf die deutsche Sprache der Minderheit anwenden wollen. Nun gibt es aber zum Glück Medien und viele Gremien, in denen diese Aufregungen diskutiert werden können, u.a. zum Beispiel auf den gemeinsam von dem Amtsbürgermeister Sønderjyllands und dem Landtagspräsidenten veranstalteten Grenzlandkongressen, so dass viele Gelegenheiten bestehen, eine rationale Position zu diesen Fragen zu entwickeln. Die Beziehungen sind viel stabiler, als es die gelegentlichen Querschüsse erwarten lassen. Die stetige Beschwörung des Modellhaften unserer Region allerdings lässt vermuten, dass mit dieser Behauptung auch Brüche zugedeckt werden sollen.

Für die Analyse der Beziehungen ist es wichtig, einen kurzen Blick auf die vergangenen 50 Jahre zu werfen. Hier zeigen sich positive Entwicklungen, aber auch vertane Chancen, die zu dem metaphorisch „dünnen Eis“ geführt haben. Diese wechselhafte Entwicklung im Grenzraum zu belegen kann vielleicht anhand der Darstellung der Themen in der Zeitschrift des SHHB „Schleswig-Holstein“ symptomatisch gelingen. Selbst wenn der SHHB nicht als Grenzverband allein gewertet werden kann, weil er viele andere große Arbeitsfelder hat, so ist ihm in der zurückliegenden Zeit die Grenzarbeit immer von großer Bedeutung gewesen, wie sich an der intensiven Arbeit seines Paten-/Partnerschaftsausschusses bzw. seines Grenzpolitischen Ausschusses nachweisen lässt.

2. Artikel zum Grenzland in der Zeitschrift Schleswig-Holstein

Die Artikel zum Thema Grenzland nehmen im ersten Jahrzehnt nach dem Weltkrieg mit Abstand den größten Anteil unter allen Artikeln zu den Bereichen Grenzland, Niederdeutsch, Trachten, Medien, Jugend, Natur, Denkmal/Dorf, Geschichte und Volkskunde ein.

Allein anhand der Überschriften der einzelnen Berichte fällt auf, dass sich die Schwerpunkte im Verlauf der Jahrzehnte deutlich verschoben haben. Mehrere Einschnitte sind zu erkennen:

1949-1955

Fast 40 Prozent aller Grenzland-Artikel aus der Zeit von 1949-1999 sind hier erschienen. Nachdem 1949 noch vereinzelt Artikel zum Thema Flucht und Flüchtlinge zu finden sind, werden in den folgenden Jahren fast ausschließlich die anhaltend kontroversen Meinungen der Vertreter von dänischen und deutschen Parteien und Zeitungsverlagen zu Grenzland- und Minderheitenfragen diskutiert. Nach der Kieler Erklärung im September 1949 wird überwiegend von der freundschaftlichen und kooperativen Haltung der Deutschen sowie dem entgegengesetzten Verhalten der dänischen Regierung berichtet.

Ausschüsse und Grenzvereine werden gebildet und nehmen ihre Arbeit auf: Auf beiden Seiten geht es vorrangig um die (Wieder-)Errichtung von Schulen, Büchereien und Kirchen, damit der deutschen Minderheit in Nordschleswig und der dänischen Minderheit in Südschleswig Einrichtungen der eigenen Kultur zur Verfügung gestellt werden. Über allem scheinen die dänischen Bemühungen zu schweben, die Zusammenarbeit mit Deutschland abzulehnen und die Wiedereingliederung Südschleswigs in Dänemark zu fordern. Eine langsame Annäherung findet nach ersten vereinzelt Anzeichen (1952: SSW-Vertreter legen Mandate nieder, um unabhängige Stadtvertreter zu sein, 1953: Programm Nord wird von der dänischen Minderheit in Südschleswig angenommen, von der dänischen Regierung aber strikt abgelehnt) erst 1954 statt, begleitet von zunehmendem Schüler- und Studentenaustausch (seit 1949 u.a. vom SHHB gefördert) und immer stärkerer Teilnahme der Bevölkerung an Festen der Minderheiten. 1954 erscheint in der Zeitschrift „Schleswig-Holstein“ ein Rückblick auf die Grenzverhältnisse seit 1945. Die Bonn-Kopenhagener Erklärung von 1955 über die Rechte der Minderheiten wird von beiden Seiten als Meilenstein bezeichnet, nachdem bereits 1949 der deutschen Minderheit in Dänemark im Kopenhagener Notat ähnliche Rechte zugesichert worden sind, wie ebenfalls 1949 der dänischen Minderheit in Deutschland durch die Kieler Erklärung.

1955-1960

Auffällig ist der sehr rasche Abbruch der Darstellung kontroverser Meinungen zu Minderheiten- und Grenzlandfragen. Sofort nach der Bonn-Kopenhagener Erklärung reduziert sich die Berichterstattung auf Schüleraustausch, Feste und Tagungen; innenpolitische Probleme eines der beiden Länder werden bewusst von den Problemen der Minderheiten getrennt und nicht (wie zuvor) wertend diskutiert. 1956 wird vereinzelt die Frage aufgegriffen, welches Verhältnis Dänemark und Deutschland während des Zweiten Weltkrieges hatten und welche Positionen direkt nach Kriegsende eingenommen worden sind (z.B. Dänemarks Nachkriegsbemühungen als Kriegführender anerkannt zu werden). Bis 1960 erscheinen immer weniger und immer kürzere Artikel zum Thema Grenzland. Selten werden die dänischen Verhältnisse und Bemühungen gelobt; gleichzeitig wird immer seltener vermutet, dass Dänemark den Wunsch, Südschleswig wieder einzugliedern, noch nicht ganz aufgegeben hat.

1960-1975

Im Mittelpunkt des Interesses steht grundsätzlich die in Nordschleswig geleistete deutsche Arbeit, über die dänische Minderheit in Südschleswig wird kaum mehr geschrieben. In den kurzen Artikeln wird bis 1970 überwiegend über Vorkommnisse bei Wahlen oder im Schulwesen bzw. kulturellen Bereich allgemein berichtet. An den entsprechenden Jahrestagen werden die Grenzziehung von 1920 oder die Schlacht bei Düppel reflektiert. Zeitungen oder Wählerverbände werden nicht kontrovers diskutiert bzw. gar nicht angesprochen. Ab 1971 wird stärker auf das politische Mitspracherecht der deutschen Minderheit in Nordschleswig eingegangen, so etwa 1/72: In einem ausführlichen Aufsatz setzt sich Paul Koopmann mit der Wahl zum dänischen Folketing und der Anwendung der Sperrklausel gegenüber der deutschen Minderheit auseinander. Kompetenzen und Zusammensetzung des Kontaktausschusses ändern sich. 1972 war das „Ja“ Dänemarks zum EWG-Beitritt bedeutend.

1975-1988

Im Gegensatz zu der vorherigen Zeitperiode fällt besonders auf, dass die Berichte über das Grenzland nicht mehr unter der Bezeichnung „Unser Nordschleswigisches Tagebuch“, sondern unter „Grenzland Schleswig“ vermerkt werden, d.h. eine Orientierung von Nordschleswig zu Nord- und Südschleswig stattfindet. Für den sehr langen Zeitraum von 13 Jahren wird relativ wenig über das Grenzland veröffentlicht, die Artikel handeln hauptsächlich von kulturellen Ereignissen, Wahlen und kleineren Unstimmigkeiten zwischen der dänischen Minderheit in Südschleswig und der dort herrschenden Politik. Berichte über die

gemeinsame Geschichte beginnen, die Grenzziehung 1920 ist nach wie vor zu dem jeweiligen „Jubiläum“ (alle 10 Jahre) von Bedeutung.

Artikel über die Zeitschrift „Slesvigland“ werden erstmals 1980 veröffentlicht. Ihr Ziel scheint zu sein, die deutsch-dänische Grenze ein Stück nach Süden zu verschieben: Im Oktober 1980 werden schon zum sechsten Mal in einer Auflage von 200.000 Stück die Zeitschriften an Haushalte in Südschleswig verschickt. Anfang 1981 wird über Streitigkeiten zwischen dem SSV und deutschen Politikern berichtet; letztere werfen Dänemark vor, „dass von dänischer Seite Bestrebungen im Gange sind, die dänische Präsenz im Grenzland zu steigern“ (Ausgabe 2/81, S. 25). Kurz danach wird die Regionalisierung von Funk und Fernsehen in Norddeutschland problematisiert, da Dänemark angeblich eine Überfremdung der eigenen Kultur und Sprache durch die neue Überpräsenz der deutschen Medien fürchtet. Im Sommer 1981 wird dennoch von Politikern beider Länder das gute deutsch-dänische Verhältnis betont. Die Situation entwickelt sich wie folgt weiter:

- 8/81 wird „Slesvigland“ einseitige und unvollständige - und deshalb verfälschende - Geschichtsschreibung vorgeworfen
- es werden vermehrt Artikel zu Identitäts- und Zugehörigkeitsfragen veröffentlicht
- 9/84 erscheint eine Aufforderung an die dänische Minderheit, sich deutlich von den „Kampftönen“ in „Slesvigland“ zu distanzieren
- 10/84: Dänische Zeitungen distanzieren sich von „Slesvigland“
- 12/84: Der SSV verurteilt die Annahme eines deutschen Ordens durch einen dänischen Südschleswiger als Verrat
- 12/85: „Flensborg Avis“ verteidigt „Slesvigland“, der von „Schleswig-Holstein“ falsche Geschichtsschreibung vorgeworfen wird
- mehrfache Diskussionen in dieser Zeit drehen sich um das Schleswig-Holstein Lied, das die dänische Minderheit als Provokation empfindet.

Seit Mitte 1986 scheinen diese Spannungen wieder abzuflachen bzw. erscheinen vermehrt Artikel zur gemeinsamen Geschichte Schleswigs und Holsteins.

1988-1990

Von 1988-1990 werden ausschließlich ausführliche Artikel zum historischen Geschehen in Schleswig-Holstein im letzten Jahrhundert veröffentlicht.

Mitte 1989 erscheint erstmals ein Artikel, der über den Beschluss Dänemarks berichtet, der AGEG beizutreten, d. h. das deutsch-dänische Grenzland schließt sich schließlich dem Gremium von Vertretern nahezu aller europäischen Grenzregionen an.

1990-1999

Es erscheinen in erster Linie Artikel zur Geschichte von Minderheit und Mehrheit auf der deutschen und dänischen Seite. Schleswig-Holstein und Dänemark werden als Partner in Europa angesehen. Berichte über Dänemarks Rolle im Verhältnis zur Europäischen Union lassen den historischen Grenzbezug in den Hintergrund treten. Selbst das Heft über Nordschleswig gibt keinen Raum für eine aktuelle Minderheitendebatte. Die Probleme, mit denen man umgehen will, sind weitgehend gelöst, andere werden nicht zugelassen. Auffällig ist der Artikel, in dem sich Harald Kracht mit der Nichtteilnahme der Minderheit am Schleswig-Holstein-Tag auseinandersetzt.

5. Uwe Ronneburgers Rede zum Idstedt-Tag 1998

Der 1. Vorsitzende des SHHB, Uwe Ronneburger, setzte sich mit dieser Situation in seiner Rede zum Idstedt-Tag 1998 auseinander.

Er wendete sich in erster Linie der gegenwärtigen politischen Situation im Landesteil Schleswig und nördlich der Grenze zu, um den Stand der Beziehungen zwischen Minderheiten und Mehrheiten der Nachbarvölker zu untersuchen und zu beschreiben. Bei allem öffentlichen Lob auf diese Region beschäftigte er sich erneut mit der Frage nach den Schwachpunkten und den Verbesserungsmöglichkeiten des Zusammenlebens in dieser grenznahen und neuerdings grenzüberschreitenden Region. Für die politische Wertung der heutigen Situation gehöre neben die Bewertung der staatlichen Förderung, der politischen Rolle von Grenze, Minderheiten und Mehrheiten auch die Frage nach den neuralgischen Punkten in den Beziehungen sowie nach offenen, ungelösten Problemen zwischen den Völkern, seien sie nun juristischer, ökonomischer oder sozialer Art.

Das rechtliche Ungleichgewicht in Bezug auf das öffentliche Zeigen von Flaggen bringe immer wieder Proteste, und letztlich gebe es auch aufgrund der unterschiedlichen und zum Teil bis zum heutigen Tag feindseligen Interpretation der Geschichte des 19. Jahrhunderts immer wieder Anlässe für unnötige Zwiste. Die Frage liege nahe, ob denn Gedanken an die Verlagerung der Grenze nicht in manchen Köpfen immer noch eine Rolle spielten. Dabei sei festzuhalten, dass es zwei problematische Gruppen in Bezug auf die deutsch-dänischen Verhältnisse gebe: eine Gruppe, die den Grenzraum immer noch unter nationalistischen Aspekten sehe; die zweite Gruppe, die nichts vom Grenzraum und seiner Geschichte wisse.

Eine für alle akzeptable Rolle der Minderheiten mit dem oft genannten bereichernden Status werde nur aufgrund guter historischer Kenntnisse weiterentwi-

ckelt werden können. Bei aller positiven Bewertung des hier u.a. durch die Bonn-Kopenhagener Erklärungen Erreichten gebe es noch zu Verbessermes. Gut sei es, wenn diese Fragen ernst genommen würden und an ihrer Lösung gearbeitet würde. Und dies könne und müsse geschehen, ohne dass etwa den Minderheiten der Boden für die eigene Identitätsfindung unter den Füßen weggezogen werde.

Die schleswig-holsteinische Geschichte müsse erneut von beiden Seiten betrachtet werden. Das Thema der demokratischen Erhebungen in Europa werde oft mit einem gewissen Anklang von Enttäuschung und Melancholie betrachtet. Die Nationalversammlung in Frankfurt sei nicht von Dauer gewesen, ebenso nicht die Verabschiedung der Grundrechte; die Liberalisierung bzw. die Lockerung der Gesetze sei wieder aufgehoben, die Entwicklung eines Parteienwesens gar nicht erst vollständig gelungen.

Es habe noch Jahrzehnte gedauert, bis demokratische Staatsformen sich in Europa durchsetzten. Nationale, ökonomische und kulturelle Bewegungen seien im 19. Jahrhundert überall in Europa verbreitet gewesen, die Entdeckung des sprachlichen, kulturellen und politischen Zusammenhangs innerhalb eines Volkes und die Aufdeckung und Durchsetzung bürgerlicher Leistungen gegenüber dem feudalen genealogischen älteren Prinzip das demokratische Ziel des Zeitalters.

Das Eintreten eines Volkes für seine Freiheit und für seine Rechte habe für alle, die wir die Früchte der Entwicklung der bürgerlichen Freiheiten in den Auseinandersetzungen, ja, in den Kämpfen des 19. Jahrhunderts genießen dürften, etwas Aufrüttelndes, ja Bewunderung Verlangendes. Menschen, die mit ihrer ganzen Person für ihre und die Freiheit ihrer Nachkommen einstanden, fänden in allen Völkern Anerkennung.

Als das Grundgesetz durch die Nationalversammlung 1848 erlassen worden sei, habe es bereits keine Zukunft mehr gehabt. In allen Staaten wurden die Verfassungen wieder zurückgenommen bzw. eingeschränkt. Die Nationalversammlung habe schon vorher ihre Bedeutung verloren. Als sie die Bestimmungen zum Rückzug der Preußen aus Dänemark akzeptieren musste und sich gezwungen sah, dem Willen der Großmächte zu folgen, sei es zu einem Verlust des Ansehens der Nationalversammlung gekommen. Sie repräsentierte nun nicht mehr die freiheitsgesonnenen Bürger Deutschlands. Dies sei der Anlass für heftige Auseinandersetzungen in den Straßen Frankfurts gewesen - der Anfang vom Ende der Demokraten und der Demokratie in Deutschland für viele Jahrzehnte. Auch dies bewegte und bewegt die Schleswig-Holsteiner.

Ronneburger meinte, dass es notwendig sei, dass sich Mehrheit und Minderheit in dieser Frage der Geschichtsinterpretation noch einmal verständigten. Seit

vielen Jahren gebe es bereits Absprachen zwischen deutschen und dänischen Historikern. Schwierig sei auch nicht das Verhältnis zwischen Historikern, vielmehr gebe immer wieder die Interpretation von Geschichte in den national gesonnenen großen Verbänden Anlass zur Sorge.

„Für mich wäre es ein nicht unbeachtlicher Fortschritt, wenn auch die Verbände der dänischen und der deutschen Seite sozusagen einmal ein Historikergespräch miteinander führten, in dem sie ihre Geschichtsinterpretationen, ihre Meinungen und Auffassungen miteinander verglichen.“

Nicht zu verkennen sei nämlich, dass eine Reihe von Gegensätzen in der wissenschaftlichen Geschichtsschreibung inzwischen sehr gut aufgearbeitet sei. Verbände nähmen aber solche Informationen nicht immer und nicht grundsätzlich auf, so dass sie Standpunkte, Auffassungen und Urteile ohne Überprüfung weitergäben. Derartige Traditionen seien immer gefährlich bzw. für die Verständigung hinderlich gewesen. Zwar könne man mit Traditionen sehr gut zur Entwicklung von Gemeinsamkeiten in der Gruppe, also zu ihrer Identität beitragen. Unüberprüfte Positionen trügen, gerade weil sie nicht überprüft würden, zur Erhaltung von Autorität von Führung in Gruppen bei und würden deshalb gern genutzt. Sie stünden aber Weiterentwicklungen im Wege und gerieten gelegentlich außer Kontrolle.

In einer offenen Gesellschaft, in der Menschen ihren Zugang zu Institutionen und Vereinen auf freiwilliger Basis fänden, blockierten sie auch den Zugang von neuen Interessenten. Jugendliche ließen sich auf derartige Traditionsauffassungen ungern ein. Tatsächlich aber liege die Übernahme solcher Positionen gerade im Interesse der Minderheiten.

In solchen Gesprächen könne auch vieles dafür getan werden, um die Positionen für unsere Zeit wieder verständlicher, weniger belastet und akzeptabel zu machen.

Eine gemeinsame Interpretation unserer Auseinandersetzungen des letzten Jahrhunderts werde wahrscheinlich nicht möglich und nicht erforderlich sein. Vielleicht Sorge dieses Gespräch ja auch für eine Schärfung der Profile, insofern als man in Zukunft vielleicht wisse, welches die wirklichen Angelpunkte der unterschiedlichen Anschauungen sind. Für ein verständnisvolles Umgehen miteinander sei die Kenntnis der Positionen unabdingbar. Dazu gehört nach Ronneburgers Auffassung auch, dass man in unserem besser informierten Zeitalter abwertende Begriffe für die freiheitsbewegten Schleswig-Holsteiner allmählich aufgeben.

Die beleidigenden Bezeichnungen für die dänische Minderheit nach dem Zweiten Weltkrieg gelten heute als zeittypisch und unangemessen.

Unter einem globaleren Aspekt meinte Ronneburger, dass in wenigen Jahren

Gruppen, die ihre Kultur, ihre Sprache und ihre Geschichte erhalten und bewahren wollen, miteinander viel stärker kooperieren müssen, ja Verbündete werden gegen konkurrierende Interessen etwa der Medienkultur, der Wirtschaft, die an diesen Gebieten uninteressiert Vorbeigehen, wie in der Vergangenheit deutlich geworden sei. Wir können die gute Entwicklung der zurückliegenden Jahre fortsetzen, und wir können durch eine Intensivierung des Gesprächs zur Verbesserung der Situation beitragen. Kenntnisse, Verständnis und Achtung voreinander sind dabei die wesentlichen Mittel für ein gutes Miteinander.“

5. Der Beginn der Gespräche

Im Jahre 1998 gab es dann ein erstes Gespräch zwischen Vorstandsmitgliedern des SHHB und des Sydslesvigsk Forening (SSF), in dem festgestellt wurde, dass die mangelnde Kenntnis über die Verbände in den jeweiligen Organisationen geradezu erschreckend sei, so dass ein erster Schritt zur Begegnung zwischen Verbänden der Mehrheitsbevölkerung und solchen der Minderheit zunächst einmal nur das gegenseitige Kennenlernen fördern sollte. Erstes Ziel sollte es sein, eine über die Jahre gewachsene Schicht von Vorurteilen und Unterstellungen zu klären und möglichst zu beseitigen. Als nächster Schritt sollten Punkte ins Auge gefasst werden, die es ermöglichen, die Positionen der Verbände klar abzugrenzen und z.B. zu einem Konzept konkurrierender Kulturen in einer Landschaft analytisch beizutragen. Schließlich: Von herausragender Bedeutung sollte die Erarbeitung von Differenz und Übereinstimmung in der Interpretation historischer Ereignisse der letzten beiden Jahrhunderte sein. Im Hintergrund dieses Aspekts stand und steht die Auffassung, dass Minderheit und Mehrheit an einer Verbesserung der Informationen über das 19. und 20. Jahrhundert in Schulen und Gesellschaft größtes Interesse haben müssten, tragen doch auch die historischen Zuordnungen neben den kulturellen zur Identitätsbildung und damit zur inneren Bindungskraft von Minderheiten nördlich und südlich der Grenze bei.

Am 19. März 1999 kamen im Kieler Landeshaus - sozusagen auf neutralem Boden - Vorstandsmitglieder von allen Grenzverbänden und alle Vorstandsmitglieder des „Samraadet“ der dänischen Minderheit zusammen und waren sich der Bedeutung dieses Zusammentreffens - ohne gleich das Wort historisch zu benutzen - bewusst. Sie gingen freundlich und wissbegierig miteinander um. Die beiden Versammlungsleiter Heinrich Schultz (Vorsitzender des SSF) und Uwe Ronneburger (Vorsitzender des SHHB) äußerten beide ihr Interesse an einer Aufnahme und Fortsetzung der Gespräche.

Wie geplant, kam es dann zu einem längeren Tagungsteil, in dem Prof. Dr. Manfred Jessen-Klingenberg und Herr Gerhard Wehlitz einerseits historisch wägend,

andererseits biographisch berichtend die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Mehrheit und Minderheit seitdem Zweiten Weltkrieg darstellten und gleichermaßen auf die grundsätzliche Verbesserung des Verhältnisses seit den Bonn-Kopenhagener Erklärungen hinwiesen.

Mit dieser Veranstaltung ist ein Anfang gemacht für einen intensiveren Austausch über die historischen und gegenwärtigen Schwerpunkte noch vorhandener Auseinandersetzungen und ein Anfang zu einer analytischen Beschäftigung mit Urteilen und Vorurteilen.

Eine vertiefende bzw. tiefergehende Analyse sollte an den zugrunde liegenden Motiven des Gegensatzes ansetzen, die vielleicht zur Zeit durch die öffentliche Anerkennung zugedeckt sind. Möglicherweise stellen sich diese Motive als generationstypisch und im Abbau begriffen dar, vielleicht bleiben aber auch eine Reihe von Motiven zur Wahrung der Gegensätzlichkeit deutscher und dänischer Kultur erforderlich, seien es Unterschiede in der Lebensart, im Schulwesen, in der politischen Arbeit etc.

Eine Tagung, auf der z.B. die Rolle von Sprache, Region und Nation erörtert werden soll, wird aus den genannten Gründen geplant.

Wenn sich hier Ergebnisse einstellten, könnte hieraus ein sehr gutes Fundament für die Weiterentwicklung der beiden Kulturen in einem für die beiden Staaten wichtigen exemplarischen Raum geschehen. Im europäischen Zusammenhang könnten derartig bewusst entwickelte Strukturen ihren Bestand leichter finden und mit anderen Kulturen konkurrieren. Es bleibt abzuwarten, ob die Kraft der Minderheiten im Verhältnis zu den Mehrheiten ausreicht, um eigenständige kulturelle Entwicklungen weiter zu erhalten und zu fördern. Zu wünschen wäre dies der Minderheit und der Mehrheit.

Neue Felder, neues Profil

Einige Vorschläge zur zukünftigen Arbeit des Grenzfriedensbundes

von *ROLF FISCHER*

1. Vorbemerkung

Die Frage ist schon häufig und von vielen gestellt worden, meist zu runden Geburtstagen unseres, aber auch der anderen Grenzverbände. Stellvertretend soll aus dem Jahre 1990 der frühere Landessekretär von Dansk Grænseforening Frederik Rudbeck zitiert werden: „Was sollen wir eigentlich mit den Grenzverbänden in einer Zeit, wo man nicht länger von Grenzkampf, sondern mehr von der Überbrückung und dem Abbau der Grenzen spricht?“¹

Von einer völligen Veränderung der Aufgaben der Grenzverbände ist die Rede, vom Überflüssigwerden gar, wie Artur Thomsen mit Verweis auf eine Journalistenfrage anführt². Und tatsächlich erschließt sich auch das historisch-politische Aufgabenfeld eines Grenzverbandes in einer Zeit der Grenzüberwindungen und der Annäherungen dem beiläufigen Beobachter nicht auf den ersten Blick.

Somit soll auch mein Beitrag - zwar aus Anlass des 50-jährigen Bestehens, aber weniger in der Rückschau - diese Frage wieder stellen und thematisieren, verbunden allerdings mit dem Versuch, neue Aufgaben- und Arbeitsfelder für unseren Grenzverband zu formulieren. Vielleicht entsteht an der Jahrtausendschwelle eine fruchtbare Diskussion über das Profil unseres Verbandes?

Denn eines ist klar: Wer nicht mit der Zeit geht, geht mit der Zeit.

2. Die Grundwerte

Die vier Grenzverbände, Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig (ADS), Deutscher Grenzverein, Grenzfriedensbund (GFB) und Schleswig-Holsteinischer Heimatbund (SHHB), regelten auf dem Vertragswege 1997 unter Beibehaltung ihrer Eigenständigkeit die gemeinsame Zielsetzung ihrer Arbeit und versicherten sich ihrer Loyalität. „Nach §1 des Vertrages vom 1. Juli 1997 wollen sich die Verbände für das Wohl des Landesteils Schleswig einsetzen und dessen wirtschaftliche, soziale und kulturelle Entwicklung fördern. Überschneidungen werden vermieden. Ihre Arbeit wird von der Überzeugung bestimmt, dass zu einem erfolgsversprechenden und gedeihlichen Nebeneinander der dänischen und der deutschen Kultur auch im Verhältnis zur internationalen Kultur- und Sozialarbeit unverzichtbar ist.“³

Damit sind die drei Säulen, die Grundwerte der Arbeit des GFB, wie der Kern seit der Gründung unseres Verbandes gelten, deutlich zum Ausdruck gebracht:

- Erhaltung und Stärkung des Deutschtums in der gesamten Region
- Verständigung und gute Nachbarschaft mit Dänemark in europäischem Geist
- soziales Engagement für die Menschen.

Diese Grundwerte haben - dies sei vorweg angemerkt - auch weiterhin Bestand und sollten nicht geändert werden. Allerdings muss gerade zum 50-jährigen Bestehen gefragt werden, ob nicht die schon erfolgten und die bereits absehbaren Veränderungen der politischen Rahmenbedingungen im Grenzland eine Diskussion und evtl, auch eine Anpassung unserer Arbeit erforderlich machen.

Also: Welche politischen Veränderungen sind dies?

3. Veränderungen

Vier Bereiche möchte ich nennen, die deutlich machen, welche Bedingungen und Strukturen sich im Grenzland verändert haben bzw. sich verändern werden. Sie sind - in Thesenform gefasst - die inhaltliche Folie für die Diskussion.

These 1:

Europapolitik ist unverzichtbar geworden. Die Architektur des modernen Europa bildet sich langsam heraus, wird deutlicher. Das Zusammenwachsen der europäischen Staaten ist vorgezeichnet, die Verträge sind ratifiziert, der politische Wille ist da. Sicher aber ist schon jetzt, dass gerade die Grenzregionen, fast könnte man schon von „ehemaligen“ Grenzregionen sprechen, in diesem neuen Europa ihre Bedeutung als besondere „psychologische Räume“ nicht verlieren werden. Dort wird sich zuerst und vor allem entscheiden, ob Menschen, die durch eine Grenze über lange Zeit getrennt waren, miteinander leben wollen und können.

These 2:

Die Grenze verliert ihren trennenden Charakter. Grenzlandpolitik ist heute vielfältig geworden. Sie ist ein Geflecht aus vielen Bereichen; die „grenzüberschreitende Kooperation“ ist ein auf beiden Seiten der Grenze anerkanntes Ziel, für das es viele positive Beispiele gibt. Insbesondere vor dem Hintergrund der ökonomischen Entwicklung gewinnen Wirtschafts- und Verkehrs-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik im Grenzland grenzüberschreitend an Bedeutung, im übrigen durch aus mit dem Ziel ein gemeinsames Bewusstsein für die Region zu entwickeln.

These 3:

Minderheitenpolitik ist selbständig geworden. Sie war lange Zeit fast identisch mit Grenzlandpolitik. Mit der Überwindung des Grenzkampfes, in dessen Zent-

rum die jeweiligen Minderheiten standen, emanzipierte sich die Minderheitenpolitik zu einem eigenständigen Politikfeld innerhalb der Grenzlandpolitik, das alle Züge einer Querschnittsaufgabe trägt. Einer aktiven Minderheitenpolitik kann sich kein politisches Gremium diesseits und jenseits der Grenze entziehen; sie schafft Identität und gemeinsame Entwicklungen.

These 4:

Neue Grenzland-Ideen schaffen neues Grenzland-Bewusstsein. Dies gilt insbesondere, wenn diese Ideen in institutionelle Formen gegossen werden. Gerade in den letzten Jahren sind im Grenzland solche neue Institutionen geschaffen worden:

So konnte 1997 die Vereinbarung zur Gründung einer Euro-Region Sønderjylland-Schleswig unterzeichnet werden. Dem Regionalrat gehören 42 Vertreter, paritätisch mit Deutschen und Dänen besetzt, an.

Ein weiteres neues Instrument ist die sog. INTERREG-Förderung, d.h. die Verteilung von Geldern aus dem europäischen Topf, die an eine grenzüberschreitende Kooperation gebunden sind. Dies wird in Millionenhöhe genutzt.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag hat, in Zusammenarbeit mit dem dänischen Folketing, einen „Grenzlandpreis“ ausgelobt, der die Förderung der deutsch-dänischen Kontakte zum Ziel hat. Artur Thomsen wurde 1997 mit dem Preis für seine Arbeit ausgezeichnet.

Infolge dieser Entwicklung sind bei uns eine Reihe von Regelungen oder Institutionen entstanden, die das Bewusstsein der Menschen in unserer Grenzregion und damit das Leben im Grenzland im Sinne eines dauerhaften Zusammenwachsens verändern werden und die auch für die Arbeit der Grenzverbände Konsequenzen zeitigen.

Wenn diese vier Thesen stimmen, und vieles spricht dafür, dann wird sich auch die Arbeit des Grenzfriedensbundes darauf einstellen müssen. Welche Problemlinien und Konsequenzen lassen sich aufzeigen? Welche Kreuzungspunkte im politischen Koordinatensystem „Grenzland“ sind erkennbar? Wie könnten neue Arbeitsfelder für den GFB aussehen?

4. Neue Felder

Der Strukturwandel im Grenzland, der sich auffällig in den letzten 15 bis 20 Jahren vollzogen hat, beinhaltet Probleme, aber auch Chancen. Ich neige in jedem Fall zu einer positiven Sicht der Dinge, denn in der Arbeit des GFB sind Traditionen und Strukturen angelegt, um diese Herausforderungen zu bestehen.

Dazu kommt, dass der GFB einen Generationenwechsel im Vorsitz hinter sich hat, ein Aspekt, der nicht unterschätzt werden sollte. Es ist Tilmann Eysholdt

/n/.ustimmen, wenn er schreibt: „Wesentlich für die Prägung des Grenzfriedenshundes waren stets seine ersten Vorsitzenden, die seit Ende der fünfziger Jahre immer mehr in den Vordergrund traten. (...) Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sowohl für Detlef Hansen und Hans Peter Johannsen als auch für Artur Thomsen (also fast drei Generationen) die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus während der Hitler-Diktatur stark ausschlaggebend dafür waren, den Verständigungsgedanken in der Grenzarbeit hervorzuheben.“⁴

Wenn aufgrund der veränderten Rahmenbedingungen - nicht heute, aber in absehbarer Zeit - weitere Zusammenarbeit und grenzüberschreitende Kooperation im Grenzland Realität werden, der Verständigungsgedanke also erfüllt wird, dann muss der neue Vorsitzende Lothar Hay und der GFB insgesamt eine Diskussion über neue Arbeitsfelder führen, um nicht den Anschluss zu verlieren.

Dies muss geschehen ohne die traditionellen Felder zu vernachlässigen. Dies mag geschehen auch unter dem Gesichtspunkt der öffentlichen Förderung, auf die der GFB angewiesen ist und die immer stärker zweck-, ziel- und erfolgsorientiert eingesetzt werden wird.

Dass auch die anderen Grenzverbände bereits Konsequenzen ziehen, zeigt das Beispiel „Deutscher Grenzverein“: Im Jahr 1999 veränderte er - wenn auch angestoßen durch interne Gründe - seine Strukturen und schuf mit der „Europäischen Akademie Schleswig-Holstein e.V.“ eine neue Profilierung, dem Wandel der Region angepasst und auf Zukunft ausgelegt.

Diese neuen Felder im Programm des GFB beziehen sich auf drei Ebenen:

- Sie betreffen die interne Arbeit in unserem Verband.
- Sie betreffen die Kooperation mit, aber auch die Konkurrenz zu den anderen Grenzverbänden.
- Sie betreffen die Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung im Grenzland allgemein.

Ich will deshalb die politischen Konsequenzen aus den von mir genannten Veränderungen kurz zusammenfassen und auf die drei Grundwerte der GFB-Arbeit beziehen:

- Erhalt und Förderung des Deutschtums im Grenzland sind in Zeiten eines neuen Europa, einer politischen Harmonisierung und einer fortschreitenden kulturellen Kooperation immer schwieriger zu vermitteln.
- Der Wille zur Verständigung zwischen Deutschen und Dänen ist heute grundsätzlich vorhanden; er wird institutionell organisiert und konsequenterweise aus Nachbarn Partner machen, im günstigen Falle durchaus konstruktive.
- Die soziale Frage bleibt nach wie vor wichtig und richtig, löst sich aber mehr und mehr von der nationalen Frage zugunsten der europäischen.

Aus diesen Prämissen und den genannten vier Thesen leiten sich für mich vier

neue Arbeitsfelder ab, die auch unter dem Gesichtspunkt der Unterscheidbarkeit von anderen Institutionen zu sehen sind. Außerdem gilt die eherne Regeln, dass man sich - um Erfolg zu haben - auf seine ureigensten Aufgaben konzentrieren solle und jeder das zu machen habe, was er am besten könne. Profilschärfung und Profilerneuerung - das sind die Ziele und Wege. Deshalb möchte ich drei inhaltliche Arbeitsfelder und eine strukturelle Maßnahme Vorschlagen:

Feld 1: Das „Soziale Europa“

Kein Grenzverband wird zukünftig ohne einen europäischen Ansatz in seiner Programmatik auskommen können, denn aus (mindestens) zwei Gründen wird er von Wichtigkeit sein:

Zum ersten ist Europa in seinen neuen Grenzen Realität; die Verträge von Maastricht und Amsterdam, Wirtschaftsunion und EURO - um nur wenige Beispiele zu nennen - sind Schlüsselbegriffe für eine - jedenfalls auf friedlichem Wege - wohl unumkehrbare Entwicklung, mit allen Konsequenzen für die Grenzregionen. Zum zweiten wird das gewollte und gewünschte „Europa der Regionen“ nur verwirklicht, wenn die Menschen ein europäisches Bewusstsein für ihre Region entwickeln, wenn sie Europa wollen.

Damit ist im übrigen eine nur scheinbar gegenläufige Situation beschrieben; nämlich sowohl die Hinwendung zum Großen, zur europäischen Identität als auch zum Kleinen, zur Identität der eigenen Region. Beides gehört zusammen, sind zwei Seiten einer Medaille, die den Namen „Europa“ trägt. Gleichwohl liegt in diesem Spannungsbogen eine durchaus neue Aufgabe für die Grenzverbände in ihren Regionen. Sie müssen diese Entwicklung beobachten, analysieren und auch gestalten im Sinne von Vielfalt in der europäischen Einheit. In diesem Zusammenhang kann der Ansatz „Pflege des Deutschtums“ eine besondere Rolle spielen, wie noch zu zeigen sein wird.

Der GFB sollte sich dieser europäischen Dimension der Arbeit selbstbewusst stellen, denn er kann auf eine besondere Tradition im europäischen Engagement setzen: Erinnert sei stellvertretend an die sog. Grund- und Leitsätze der Arbeit, die im ersten der „Grenzfriedensbriefe“ - den Vorläufern der „Hefte“ - Anfang der 50er Jahre veröffentlicht wurden. Dort heißt es bereits: „Es muss möglich sein, dass zwei so hochgesittete Völker wie Deutsche und Dänen unter Beiseitesetzung aller historischen Belastung die gemeinsamen Angelegenheiten im Begegnungsfeld so ordnen, dass sie ein Vorbild bieten für die Zusammenarbeit europäischer Völker und für die Entwicklung europäischer Kultur“.⁵

Schwerpunkt der zitierten Zielsetzung ist die Verwirklichung des europäischen Gedankens, den alle Vorsitzenden auch immer betont haben; allerdings stand dann insbesondere die Kulturarbeit im Vordergrund. Der so wichtige soziale

Ansatz wird z.B. in der finanziellen Unterstützung von Eltern und Schülern bei Schulreisen sichtbar. Dieses Arbeitsfeld ist von großer Bedeutung, weil es häufig die grenzüberschreitenden Kontakte für viele erst ermöglicht hat. Hier konnte sich der GFB große Verdienste erwerben, hier wird ein zukünftiger Schwerpunkt der Arbeit bleiben. Diesen sozialen Ansatz muß man aber verstärken.

Und deshalb kann der GFB eine neue und besondere Aufgabe für Schleswig-Holstein und für das Grenzland übernehmen. Ich schlage als neues Arbeitsfeld vor:

Der GFB widmet sich dem Thema des „Sozialen Europa“; d.h. er legt einen Schwerpunkt auf die Diskussion und Entwicklung einer zukunfts wichtigen Frage: Es geht um eine gemeinsame europäische Arbeitsmarktpolitik, um die Zukunft einer europäischen Sozialpolitik, um berufliche Bildung und soziale Sicherheit. Verbunden mit Fragen der grenzüberschreitenden Sozial- und Arbeitspolitik lässt sich eine Klammer zum Grenzland herstellen(z.B. Situation der Grenzpendler, um nur ein regionales Problem zu nennen), lassen sich europäische und regionale Angelegenheiten miteinander verbinden. Diesen Schwerpunkt setzt kein anderer Grenzverband.

Der Wille zur deutsch-dänischen Verständigung wird neue Dynamik erhalten und der GFB ein eigenständiges Profildfeld, das nicht zuletzt an seine sozialdemokratischen Traditionen und sozialpolitischen Aktivitäten anschließt, entwickeln können.

Konkret könnte dies bedeuten:

- die Durchführung von entsprechenden deutsch-dänischen Kongressen,
- die kontinuierliche Dokumentation bzw. Darstellung in einer ständigen Rubrik der Grenzfriedenshefte,
- die interne Information der Mitglieder über die Entwicklung des Bereichs „Sozialunion“,
- die enge Zusammenarbeit mit den entsprechenden Sozialverbänden, Gewerkschaften und Institutionen auf Landesebene und in Dänemark,
- die entsprechende Diskussion mit dem „Bund deutscher Nordschleswiger“.

Feld 2: Das Projekt „Identität und Kindheit“

Auf die Pflege des Deutschtums und deutscher Kultur im Grenzland als Aufgabe des Grenzfriedensbundes ist bereits hingewiesen worden. Dies geschieht z.B. in der kritisch-historischen Aufarbeitung und auch im aktuellen Bezug, wie eine Reihe von Veranstaltungen gezeigt hat und viele Beiträge in den Grenzfriedensheften eindrucksvoll belegen, die auf hohem Niveau die Diskussion führen. Der

historisch-didaktische Ansatz ist richtig und verbindet in vorbildlicher Weise den Verständigungsgedanken zwischen Deutschen und Dänen mit der Pflege der deutschen Kultur im Grenzland.

Dazu gehört auch der regelmäßige Kontakt zum Bund deutscher Nordschleswiger, der sich in informativen Besuchen in Nordschleswig widerspiegelt.

Zentraler Punkt bleibt die Frage nach der Identität; dabei ist festzustellen, Identität ist niemals eindimensional. Eindimensionalität kennen nur die fundamentalistischen und nationalistischen Bestrebungen in ihren unterschiedlichen Ausprägungen. Wenn sich also in den Grenzregionen eines neuen Europa nicht diese negativen Formen der Identitätsbegründung durchsetzen sollen, dann bedarf es der ständigen Diskussion über Normen und Werte. Diese stellen den Kompass der Menschen dar, die an Grenzen leben und Grenzen überwinden wollen. Nicht zuletzt deshalb spielte der Begriff „Identität“ in den Reden der Minderheitenvertreter im Jahr 1999 ein so große Rolle.

Wen nun betrifft diese Identitätsdiskussion? Minderheiten und Mehrheiten, Junge und Alte im Grenzland, diesseits und jenseits der Grenze. Identität ist beeinflusst von den Erfahrungen, die Menschen in ihrer Region machen und die Bewohner von Grenzregionen entwickeln eine ganz besondere Sensibilität für Veränderungen.

Der GFB ist dieser Fragestellung in seinen 50 Jahren immer treu geblieben, in allen Reden und in vielen Beiträgen spielte die Frage der Identitätssuche und -findung ein zentrale Rolle.

Gleichwohl aber zeigt die Mitgliederstruktur des GFB, dass es immer schwerer fällt junge Mitglieder zu werben oder entsprechende Aktivitäten durchzuführen, die eben jüngere Menschen für die Grenzlandarbeit aktivieren. Es wird aber für die Zukunft unseres Verbandes von großer Bedeutung sein, diesen Trend zu stoppen.

Was ist „Deutschtum“, wie definiert sich „Grenzlandidentität“, wie könnte ein gemeinsames „Grenzlandbewusstsein“, ein gemeinsames „Gefühl für die Region“ aussehen? Diese Fragen werden sich alle Grenzverbände stellen müssen, wenn sie nicht ihre Existenz verlieren wollen.

Für den GFB bietet sich hier eine neue Chance. Abgeleitet aus den vorangehenden Bemerkungen, schlage ich deshalb als „Feld 2“ für den GFB einen besonderen Aspekt des Themas vor:

Der GFB widmet sich dem Thema „Identität und Kindheit“. In einem Projekt, das über eine festzulegende Zeitspanne laufen soll, muss versucht werden, zwei Bereiche miteinander zu verbinden: Kindheit im Grenzland: früher und heute. Unsere Mitglieder können kompetent Auskunft geben über ihre Erfahrungen im Grenzland im Wandel der Zeiten. Damit entsteht ein historischer Bogen,

der allerdings auf die Phase der Kindheit bezogen sein muss. Setzt man voraus, dass die Erfahrungen als Kind den Menschen lebenslang begleiten, dann ist daraus abzuleiten, welcher Wandel im Bewusstsein der Menschen erfolgte, wie Identität sich verändert hat und welche grenzlandpolitischen Wege in die Zukunft erfolgversprechend sein können. Auch dieses neue Arbeitsfeld bezieht sich auf die typische soziokulturelle Tradition des GFB und wird von keinem anderen Grenzverband thematisiert.

Das Thema „Identität und Kindheit“ ist für einen Grenzverband neu, es könnte mobilisierend nach innen wirken, denn es stellt die meist passiven Mitglieder vor eine Aufgabe; es könnte attraktiv nach außen wirken, indem z.B. die Kooperation mit Schulen und Hochschulen angestrebt wird. Damit werden auch jüngere Menschen auf den GFB aufmerksam gemacht. Überdies kann der Aspekt „Deutschtum“ eine neue und zeitgemäße Interpretation erfahren, wenn auf der Basis von Aufklärung und Toleranz über die „europäische Heimat Grenzland“ diskutiert wird. Konkret könnte dies wie folgt aussehen:

- eine Mitgliederbefragung über ihre „Grenzlandkindheit“ mit Auswertung,
- eine Dokumentation,
- eine öffentliche Diskussion über deutsche und dänische Erfahrungen,
- eine entsprechende interne Seminar-Veranstaltung,
- evtl. verbunden mit einer zu fertigenden Ausstellung,
- eine Kooperation mit Schulen und Hochschulen.

Feld 3: Die „neuen Minderheiten“

Der Grenzfriedensbund findet die Basis seiner Arbeit in der minderheitenpolitischen Situation im Grenzland. Es wurde aber bereits angemerkt, dass sich mit der Entwicklung „Vom Grenzkampf zur Euro-Region“ auch die Schwerpunkte in der Minderheitenfrage vom Gegeneinander zum Miteinander verschoben haben. Die Grenze liegt fest, gleichzeitig wird sie durch europäische Regelungen überwunden. Das Schengener Abkommen und die Europa-Volksabstimmung in Dänemark werden diesen Prozess verstärken. Die Minderheiten diesseits und jenseits der Grenze konnten sich in den letzten Jahren öffnen und seit etwa 15 Jahren gilt Minderheitenpolitik in Schleswig-Holstein auch ausdrücklich für die Friesen und die deutschen Sinti und Roma. Die sog. „traditionellen“ Minderheiten arbeiten heute vielfach - bei Wahrung ihrer Identität und ihres Eigenseins - zusammen. Dass die Arbeit der Grenzverbände immer noch eine minderheitenpolitische Dimension hat, die auch öffentlich anerkannt und gewürdigt wird, mag man daran ersehen, dass sie im „Minderheitenbericht“ der Landesregierung aufgeführt und ihre Tätigkeit umfassend dargestellt wird. Viele Aufsätze in den „Grenzfriedensheften“ sind ebenfalls Beleg.

Wenn die Annäherung zwischen Deutschen und Dänen, zwischen der dänischen Minderheit in Schleswig-Holstein und der deutschen Mehrheit, zwischen der deutschen Minderheit in Nordschleswig und der dänischen Mehrheit heute fast spannungsfrei ist, im Vergleich zu anderen europäischen Regionen sogar harmonisch, dann sollte ein neuer minderheitenpolitischer Ansatz gefunden werden.

Dies bedeutet nicht, sich von der großen Aufgabe unseres Verbandes zu verabschieden, weiter zwischen Deutschen und Dänen zu vermitteln und für Verständigung zu werben. Dies sei ausdrücklich betont.

In der Grenzregion ist Minderheitenpolitik vielfältiger geworden. Die Etablierung des ECM1 (Europäischen Zentrums für Minderheitenfragen) in Flensburg, das sich mit den europäischen Aspekten von Minderheitenpolitik befasst, ist nur ein Beispiel dafür.

Für uns bedeutet dies: Über den traditionellen minderheitenpolitischen Ansatz - Verständigung von Deutschen und Dänen - hinaus: Nachdenken über eine Ergänzung, vordenken für ein neues Arbeitsfeld.

Ich schlage deshalb als „Feld 3“ für den GFB vor:

Der Grenzfriedensbund sollte sich den „neuen Minderheiten“ im Grenzland widmen. Schon heute leben diesseits und jenseits der Grenze Menschen aus vielen europäischen Ländern, die sich den jeweiligen nationalen Lagen angepasst haben, aber trotzdem ihre kulturelle Eigenständigkeit bewahren wollen. Ein neues minderheitenpolitisches Profil des GFB könnte darin liegen, sich diesen „neuen Minderheiten d.h. den ausländischen Bürgern und den neu eingebürgerten Menschen, die bereits seit langer Zeit im Grenzraum leben, zuzuwenden - und zwar sollten die dänischen Erfahrungen einbezogen werden. Die Problematik des „neuen Miteinanders“ im Grenzraum - auf beiden Seiten der Grenze - zu diskutieren, das wäre eine lohnende Aufgabe, die in der sozialen, demokratischen und europäischen Tradition unseres Verbandes steht.

Vor dem Hintergrund der neuen Staatsbürgerschaftsregelung vom Januar des Jahres ist absehbar, dass die Zahl dieser „Minderheiten“ zunehmen wird. In den kommenden Jahren werden durch europaweite Ausschreibungen und die Harmonisierung in der Beschäftigungspolitik weitere Grenzen fallen. Gerade in den Grenzregionen wird dies zu neuen Problemen führen, die mit Integration und Identität zu tun haben. Schleswig-Holstein als Motor einer aktiven Ostseekooperation, der Verbesserung der Verkehrsstrukturen rund um die Ostsee und die Öffnung zu Nord- und Osteuropa führen Menschen vieler Nationen auch in unsere Grenzregion: vom dänisch-deutschen Pendler (oder umgekehrt) über den skandinavischen Wissenschaftler bis zum chinesischen Koch. Sie alle werden das Grenzland verändern. Wie diese Veränderung aussieht, das sollten wir

erforschen, diskutieren und als Grenzverband mitgestalten.

Konkret könnte dies bedeuten:

- Formulierung einer neuen minderheitenpolitischen Zielvereinbarung unseres Verbandes,
- ein „Runder Tisch Grenzland“, der sich in Form einer Tagung mit neuen Minderheiten befasst,
- ein deutsch-dänisches Kolloquium, mit dem Schwerpunkt grenzüberschreitender Rechtsfragen.

Feld 4: Eine strukturelle Maßnahme: Die „Kooperations-Initiative“

Der Grenzfriedensbund sollte sich angesichts der immer komplexer werdenden Grenzlandpolitik und der wachsenden Herausforderungen, die die Grenzverbände durch die europäische Integration erleben, als erster für eine „Kooperations-Initiative“ mit den anderen Grenzverbänden einsetzen.

Es wird ohne eine möglichst kontinuierliche und vertiefte Zusammenarbeit nicht mehr gehen. Ansätze sind zwar immer wieder erfolgt, wie u.a. die gemeinsame Erklärung von 1997 zeigt, und auf persönlicher Ebene existieren eine Reihe von Kontakten, doch fehlen institutionalisierte Beziehungen. In diesem Zusammenhang ist auch zu diskutieren, welche Formen der Kooperation mit den dänischen Verbänden Realisierungschancen hätten. Für den gemeinsamen Weg im Grenzland wäre dies von hoher Bedeutung.

Hier sollte der GFB die Initiative ergreifen. Als „Feld 4“ schlage ich vor: *Der GFB initiiert einen „Grenzverbandstag“. In vorbereitenden Gesprächen mit den anderen drei Grenzverbänden sollte vorgeschlagen werden, ein Gremium zu schaffen, das im Jahr 2000 erstmals tagt, - wenn von ihnen gewünscht - unter Beteiligung von dänischen Institutionen. Dieser „Grenzverbandstag“ könnte sich - bei Wahrung der jeweiligen Eigenständigkeit — auf wechselseitige Einladung und unter wechselseitigem Vorsitz regelmäßig treffen und über die Entwicklung im Grenzland, die grenzüberschreitende Kooperation und evtl. gemeinsame Aktivitäten der Grenzverbände im Plenum und in Ausschüssen beraten.*

Wenn sich Grenzlandpolitik als facettenreiches Politikfeld darstellt, bedarf es eines koordinierten Vorgehens. Insbesondere dann, wenn mit dem „Regionalrat“ ein Gremium existiert, das den kommunalen Einfluss stärker werden lässt. Der „Grenzverbandstag“ könnte gerade den sonst immer etwas zurückhaltend geförderten Bereichen Kultur und Bildung regional neue Chancen eröffnen.

Konkret könnte dies bedeuten:

- der GFB nimmt sein 50-jähriges Bestehen zum Anlass in diesem Jahr 2000 zu einer vorbereitenden Tagung einzuladen,
- das erste Treffen könnte in Flensburg sein.

5. Schlussfolgerung: Regional, Sozial, Europäisch

Vieles ist neu; vieles wird den Eindruck machen: Schaffen wir das überhaupt? Wer soll das leisten? Ich weiß, dass es leicht ist, Vorschläge zu machen, und ich kenne auch den schönen Satz: Es gibt nichts Gutes, außer man tut es. Aber trotzdem: Wenn man uns die Frage stellt, ob im neuen Jahrhundert, Grenzverbände noch Zukunft haben, dann müssen wir Antworten parat haben.

Dies mag anderen Verbänden, wie z.B. dem SHHB, der nicht nur Grenzlandarbeit leistet, oder dem Grenzverein, der neue Strukturen entworfen hat, vielleicht heute leichter fallen. Dem Grenzfriedensbund nimmt die Antwort niemand ab, deshalb sollen die genannten neuen Felder - die vielleicht aus der Sicht eines 50-jährigen Verbandes gar nicht so neu sind - helfen, ein zukunftsfähiges Profil zu finden. Dabei ist für unseren Verband festzuhalten: Die Grundwerte bleiben bestehen, sie haben sich als stabil und durchaus zukunftsfähig erwiesen, aber es müssen meiner Meinung nach Anpassungen und Erweiterungen erfolgen. Auf den Punkt gebracht heißt das:

- Der GFB muss „regional stark“ bleiben, indem er neu Identität und Kooperation im Grenzland fördert.
- Der GFB muss „sozial aktiv“ bleiben, indem er grenzüberschreitend neue Gruppen anspricht.
- Der GFB muss „europäisch orientiert“ bleiben, indem er Europa und Region neu verbindet.

Für alle drei Punkte „Regional, Sozial, Europäisch“ gilt auch weiterhin das Ziel, dass Deutsche und Dänen die „gemeinsamen Angelegenheiten im Begegnungsfeld zu ordnen“ haben.⁶ Diese Aufgabe bleibt, solange es zwei Staaten gibt, die eine bewegte Geschichte miteinander teilen.

Dieser Aufsatz ist ein Anstoß zur Diskussion; nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Anmerkungen:

- 1 Fr. Rudbeck, Grenzverbände in heutiger Zeit, in: Grenzfriedenshefte, H. 4., 1990, S. 238.
- 2 A. Thomsen, Der Grenzfriedensbund 1950-1990, in Grenzfriedenshefte, H.2., 1990, S. 95.
- 3 zit. nach Minderheitenbericht 1996-2000, hrsg. v. Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Kiel 1999, S. 58. Siehe auch Grenzfriedenshefte H.3,1997, S.208f.
- 4 T. Eysholdt, Im Spannungsfeld von Nation und Europa, Flensburg 1990, S.134.
- 5 zit. nach Grenzfriedenshefte, H.2., 1980, S.59.
- 6 ebenda

Professor Dr. Christian Degn zum 90. Geburtstag

Der Nestor der schleswig-holsteinischen Geschichtsforschung und -schreibung, Professor Dr. Christian Degn, feierte am 13. Dezember 1999 seinen 90. Geburtstag, und zwar in alter Frische; das hohe Alter ist ihm weder anzusehen noch anzumerken.

Von seiner Jugendzeit an ist Christian Degn in der Familie, als Forscher, als Lehrer und Vortragender für eine deutsch-dänische Verständigung tätig gewesen. Es war daher nahezu selbstverständlich, dass er bereits vor Jahrzehnten dem Grenzfriedensbund beitrug, der ihn 1998 für seine vierzigjährige Mitgliedschaft auszeichnete.

An seinem hohen Geburtstag fand im Kieler Schloss eine Festveranstaltung statt, zu der die Landesbibliothek, das Historische Seminar der Universität, die Geschichtsgesellschaft und der Heimatbund geladen hatten. Eine große Zahl von Freunden, Weggenossen und Schülern – unter diesen der Kieler Oberbürgermeister Norbert Gansel – füllte das Fördefoyer des Schlosses bis auf den letzten Platz. Der Verfasser dieser Zeilen hielt die Laudatio auf Christian Degn; deren Text wird im Folgenden, hier und da der Schriftform angepasst, wiedergegeben:

„Wem die schöne Aufgabe zufällt, die Verdienste Professor Christian Degns zu würdigen, der hat es, so mag es zunächst scheinen, leicht. Denn es gibt deren überaus viele, und an Stoff herrscht wahrlich kein Mangel. Will man es indessen nicht mit einer bloßen Aufzählung der Aktivitäten und Werke Christian Degns belassen, dann wird die Aufgabe schon schwieriger und somit eine dankbare oder besser: Dankbarkeit erzeugende, nämlich Dankbarkeit für alles, was uns Christian Degn gegeben hat und ständig gibt.

Wo aber soll man anfangen? Machen wir es in gut schleswig-holsteinischer Art und Weise und fragen: ‚Wat is he för'n Landsmann?‘ Im modernen Hochdeutsch heißt das schlicht und einfach ausgedrückt: Welche lokalen und regionalen Bedingungsfelder waren für seine identitätstiftende Sozialisation konstitutiv? Geboren ist Christian Degn in Bremen, aufgewachsen in Kiel und zum guten Teil auch in Nordschleswig, in Scherrebek, wo der Bauernhof der väterlichen Familie steht. Mit dem seinerzeit nicht einfachen deutsch-dänischen Verhältnis ist er also von klein auf vertraut, und dieses Vertrautsein schließt auch immer Kenntnis der Geschichte ein. Der Anfang vieler Arbeiten des späteren Historikers Degn ist demnach in der Familie zu suchen, auch der Ursprung seiner auf gegenseitiges

Verständnis, Ausgleich und gedeihliche Nachbarschaft zwischen Dänen und Deutschen zielenden Bestrebungen.

Schon von der Nona, nicht erst von der Sexta an besuchte Degn die Kieler Gelehrtenschule; der Schüler Degn kannte sich schon vorzüglich in den Sprachen aus, deren wenigstens passive Beherrschung Thomas Otto Achelis (1887-1967), der bislang nicht übertrifftene Universitätshistoriker, von einem guten Landeshistoriker zu Recht verlangte: außer Hochdeutsch, Griechisch, Lateinisch, Niederdeutsch und Dänisch. Die Kenntnis des Englischen und Französischen war für Achelis eine Selbstverständlichkeit – und für Christian Degn auch. Übrigens las der Tertianer Degn bereits Heinrich Rantzaus *Cimbriae chersonesi ... descriptio nova*, die Beschreibung der cimbrischen Halbinsel, in der Originalsprache, versteht sich, ein Werk, von dem ich als Abiturient nicht einmal gehört hatte.

Zurück zur Frage, ‚Wat is he för'n Landsmann?‘ Er ist zunächst Kieler, auch Nordschleswiger, aber schon in seiner Jugend ist er wohl zu einem Schleswig-Holsteiner geworden, dessen Heimat das historische Schleswig-Holstein zwischen Königsau und Elbe wurde und blieb. Damit hat es aber, wie mir scheint, nicht sein Bewenden: Degns geistige und historisch-politische Orientierung ist auch sehr stark vom 1864 zerbrochenen dänischen Gesamtstaat beeinflusst. Es wird kein Zufall sein, daß Degn nicht nur in Kiel und Freiburg, sondern auch in Kopenhagen Geschichte, Geographie und Lateinische Philologie studiert hat.

‚Geschichte‘, so hat Kurt Hector (1909-1981), der verdienstvolle Leiter des Landesarchivs, gesagt, ‚bringt nicht nur näher, sie distanziert auch, sie verschafft nicht nur Einsicht, sondern auch Übersicht.‘ Beides, Distanz zur eigenen, der deutschen Seite, und durch diese Distanz gefördertes Verständnis für die andere, die dänische Seite, kennzeichnet die wissenschaftlich gewichtige Dissertation Degns über den dänischen Nationalliberalen Orla Lehmann. So wie zuvor Hermann Hagenah (1890-1948) die deutschen Schleswig-Holsteiner historisch zugeordnet und die Subjektivität ihres Rechtsbewußtseins erkannt hatte, so hat Christian Degn als deutscher Historiker zum ersten Male die Zielsetzungen und Aktivitäten O. Lehmanns und der dänischen Nationalliberalen, der Eiderdänen, analysiert und dargestellt sowie deren relatives Recht klargemacht. So hat er den historischen Persönlichkeiten, die Anfang der dreißiger Jahre hierzulande immer noch als machtbesessene Gegner, wenn nicht als Feinde aufgefasst wurden, historische Gerechtigkeit zukommen lassen. Und er hat dies noch einmal getan in seinem mutigen Aufsatz von 1937 über die Legende von den blutigen Schlägen für die Schleswiger (*Zeitschr. d. Ges. für S-H Gesch.*).

Degns Dissertation beruht auf umfassender Kenntnis und gründlichem Studium aller einschlägigen, überwiegend dänischsprachigen Quellen und der Fachliteratur. Dass er zugleich ein hervorragender Kenner der nordischen Mythologie, der Geschichte und der Literatur überhaupt ist, das verrät seine

akademische Erstlingsarbeit schon nach wenigen Seiten der Lektüre. Und da wir gerade dabei sind: Degns Leser und Hörer wissen, dass er ein belesener Mann ist auch in der deutschen, französischen und englischsprachigen Literatur, in der lateinischen sowieso. Seinen Lesern bleibt auch nicht verborgen, dass Degn ein bemerkenswert guter Kunstkenner ist, und diejenigen, die Frau und Herrn Degn als regelmäßige Besucher der Sinfoniekonzerte hier im Schloss treffen, wissen längst, dass auch die Musik zum unverzichtbaren Lebenselement im Hause Degn gehört.

Was interessiert den Historiker Christian Degn? Fast hätte ich geantwortet: ‚alles‘ und damit nicht einmal Unrecht gehabt. In erster Linie aber ist es der Träger der Geschichte, der Mensch, und zwar der Mensch mit seinen inneren Widersprüchen, seinen Leistungen und seinem Versagen, seinem Wollen und Können, seinen Wunschträumen und seiner Realität, seinem Altruismus und seinem Profitstreben; es ist der Mensch in schwierigen, oft nicht zu bewältigenden Lebenssituationen. Degn hat ein Gespür für die Antinomien im Menschen; er erkennt sie, stellt sie dar und bereichert somit auch die Menschenkenntnis seiner Leser. Deutlich wird das z.B. bei seiner Darstellung O. Lehmans, in dem wegweisenden Aufsatz über Harro Harring und ganz besonders an der Persönlichkeit Ernst Schimmelmans, den Christian Degn uns in seinem opus maximum mit Distanz und Sympathie zugleich nahegebracht hat.

Aber den Geographen Degn, der über Jahre hin maßgeblich an dem renommierten Unterrichtswerk Seydlitz, an *dem* Seydlitz, mitgearbeitet hat, interessieren immer auch die räumlichen, sozialen, wirtschaftlichen neben den geistigen und politischen Bedingungen für das menschliche Denken, Planen und Handeln. Er hat es vielfach bewiesen, für mich zuerst am eindruckvollsten in seiner Darstellung der Geschichte Schleswig-Holsteins von 1773 bis 1830 im Band 6 der ‚großen‘ schleswig-holsteinischen Geschichte, deren vollständiges Erscheinen unseren Urenkeln einst zur Freude gereichen wird. Degns Beitrag erschien mit dem von Olaf Klose schon vor 39 Jahren, und diese Darstellung ist trotz ihres Alters nicht nur lesenswert, sondern nach wie vor unentbehrlich. Hier hat Degn sich u.a. – wie auch mehrfach andernorts – mit den großen Agrarreformen des 18. Jahrhunderts auseinandergesetzt, mit den Verkoppelungen, Meliorationen und mit dem problemreichen Verfahren zur Aufhebung der Leibeigenschaft. Die vielen anderen in dem Beitrag behandelten Themen aus Politik, Geistesleben, Wirtschaft und Gesellschaft können hier nicht einmal genannt werden. Insgesamt handelt es sich um ein bestfundiertes Handbuch zur Landesgeschichte im aufklärerischen und vorindustriellen Zeitalter. Und doch ist es mehr als ein Handbuch gewöhnlicher Art, das ja nicht selten nach wenigen Seiten dem Leser einen süßen Schlaf zu beschern pflegt. Degn liefert an keiner Stelle Phanodorm in gedruckter Form. Ein Beispiel: Da ist die Rede davon, daß Prinz Friedrich von Augustenburg

Luise Augusta, die Tochter des geisteskranken Christians VII. (1766-1808), heiratete – sie war ja in Wirklichkeit eine Tochter Struensees. Und nun der Text Degns: ‚Es war ein ungleiches Paar – auch äußerlich: er klein, zart, schwächlig; sie eine blühende, majestätische Erscheinung, Dänemarks Venus‘. Als der Prinz bei der Trauung tief ergriffen ‚Gott leite mich!‘ ausrief, hatte der König in einem sarkastischen Geistesblitz, wie er so manches Mal seine geistige Umnachtung durchzuckte, gesagt: ‚Bitten Sie lieber Gott, dass er Sie stärken möge, denn leiten wird Sie meine Tochter schon.‘ Natürlich liest man eine solche Anekdote gern; aber – und darauf kommt es an – der Leser ist nun neugierig gemacht; er will wissen, wie es weitergeht. Und noch etwas macht dieses gewiss kurze Degn-Zitat klar: Christian Degn ist auch ein Meister der Sprache; er schreibt, aus reichem Wortschatz schöpfend, klar, der Sache angemessen und, den Fachjargon souverän anderen überlassend, verständlich, was längst keine Selbstverständlichkeit mehr ist.

Der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts zugehörig ist auch das schon erwähnte opus maximum Christian Degns: Die Schimmelmans im atlantischen Dreieckshandel, mit dem für Degn bezeichnenden dichotomischen Zusatz: Gewinn und Gewissen. Vordergründig geht es hier um Flinten, Zucker, Schnaps und Kattun, deren Fabrikation und Verkauf, um Handel mit afrikanischen Sklaven, um Profitmaximierung – Gewinn – und humanitäre Reformbestrebungen – Gewissen. Wir sehen hier, wie Degn schreibt, ‚ein breites Spektrum von Wirtschafts-, Sozial- und Ideengeschichte.‘ Unzählig sind die Fragen, die der Verfasser sich und dem Leser stellt. Gleichsam eine kleine Kostprobe möge das zeigen:

- Wie ist das Verhältnis von Arbeit und Kapital?
- Wie funktionierte der atlantische Dreieckshandel?
- Wieviel kostete ein Sklave?
- Was geschah auf den Sklavenschiffen?
- Wie wurden die Zuckerplantagen betrieben?
- Wie lebten und dachten die Unternehmer und Nutznießer in Europa?
- Wie lebten, wie reagierten die Ausgebeuteten?

Die sehr kleine Auswahl zeigt, daß es um wichtige Fragen geht in diesem Standardwerk, einem fesselnden und anregenden Buch, das auch bei mehrfach wiederholter Lektüre den Leser nicht losläßt, weil er stets Neues für sich entdeckt. Viele der in diesem Buch und in den anderen Publikationen Christian Degns behandelten Fragen sind durchaus überzeitlicher, grundsätzlicher Natur; sie stellen sich – freilich in jeweils anderen Zusammenhängen – dem Historiker immer wieder, also auch in der Gegenwart.

In der Tat: Für Christian Degn, den erfolgreichen und hochgeachteten Lehrer am Gymnasium, an der Pädagogischen Hochschule und zuletzt an der Universität

Kiel, ist Geschichte immer auch Gegenwartskunde. Welche Bedingungen und Entscheidungen in der Vergangenheit waren es, die unsere Welt so und nicht anders hervorgebracht und gestaltet haben? Welche Chancen und Gefahren für unsere Zukunft werden auf diese Weise deutlich?

Eine besonders enge Verknüpfung von Vergangenheit und Gegenwart finden wir in den Atlanten, dem Topographischen Atlas und den Luftbildatlanten, die Christian Degn und Uwe Muuß zusammen herausgegeben haben. Die soeben genannten Fragen scheinen mir die Leitfragen zu sein, die den vielen gediegenen, instruktiven und wegweisenden Artikeln in diesen Werken zugrunde liegen. Die Atlanten sind inzwischen oft kopiert, ihre Substanz und ihr Niveau scheint mir indessen kaum je erreicht worden zu sein.

Eine schwierige, immer wieder diskutierte und auch stets neu zu erörternde Frage ist die nach dem adäquaten Urteil über das Denken und Handeln der Menschen in der Geschichte. Christian Degn hat darüber schriftlich (Zeitschr. d. Ges. f. S-H Gesch. 1970) mit Wolfgang Prange diskutiert. Beider Beiträge haben an Aktualität nichts eingebüßt, und sie sind der Lektüre wohl wert. Hier sei dazu nur folgendes gesagt: Degn ist der festen und richtigen Überzeugung, dass der Historiker auf sein Urteil nicht verzichten darf. Warum ihm das nicht gestattet ist, erfahren wir am besten von Degn selbst: „Der Historiker sollte schon beizeiten das Wagnis eines Urteils im Sinne einer kritischen Würdigung auf sich nehmen, gegebenenfalls mit den nötigen Vorbehalten, auf die Gefahr hin sowie mit dem freimütigen Eingeständnis, seine Auffassung eventuell revidieren zu müssen. Letzten Endes kann man überhaupt nur so Geschichte schreiben, sonst stirbt man über der Arbeit – und die Geschichte mit!“

Degn fällt seine Urteile nicht in höchstrichterlicher Selbstherrlichkeit; am liebsten zieht er seine Schöffen, seine Leser also, zu Rate, oder er überlässt ihnen allein das Urteilen. Manche Absätze und Kapitel bei Degn enden mit einem Fragezeichen und also mit der Aufforderung an den Leser, nachzudenken und sich selbst ein Urteil zu bilden. Der Leser, den Degn dabei im Sinne hat, ist nicht der Fachkollege – er ist es gewiß auch –, vor allem ist es der historisch Interessierte. Für ihn schreibt Christian Degn, der immer Forscher und Lehrer zugleich war und ist, in erster Linie. Ich wüsste kaum jemanden zu nennen, bei dem Forschung und Lehre sich in solch enger, gleichgewichtiger Symbiose finden. Dass der Lehrer Degn auch lehrhaft zu schreiben vermag, bedarf keiner Erörterung. Jedoch zieht er entschieden eine Art Dialog mit seinen Lesern vor. Auf die Fragezeichen ist bereits hingewiesen. Schon als Studenten sind mir die vielen Ausrufungszeichen in Degns Publikationen aufgefallen, zunächst allein deswegen, weil mein Deutschlehrer sie außer bei grammatisch einwandfreien Imperativen nicht zuließ. Bei Degn haben die Zeichen auch eine auffordernde Funktion. Sie bedeuten etwa: Lies das noch einmal! Oder: Bemerke das

Einzigartige, das Besondere, das Großartige, das Ungeheuerliche! Denke darüber nach! Beurteile den Sachverhalt!

Zum Verhältnis des Forschers und Lehrers Degn zu seinen Lesern ist noch mehr zu sagen. Degn nimmt den Leser nicht nur ernst, vielmehr fordert er ihn nicht selten zur partnerschaftlichen Mitarbeit auf. Sein letztes großes Werk, ‚Schleswig-Holstein. Eine Landesgeschichte – Historischer Atlas‘ ist ein Musterbeispiel für diese Kooperation zwischen Autor und Leser. Hier werden dem Lesenden Bilder, Quellentexte, Schaubilder und Statistiken zur eigenen Bearbeitung und Auswertung vorgelegt, auch zur Beurteilung und zur Diskussion mit anderen Interessierten. So kann, ja soll jeder mehr Erkenntnisse gewinnen, als der Text des Autors allein bietet. Das Buch bleibt so eine kaum je versiegende Quelle des Wissens und der Einsicht.

Aus diesem überaus reichhaltigen Werk, das auch dem Fachmann immer wieder neue Zusammenhänge zeigt, seien hier nur zwei Zitate wiedergegeben. Das eine zeigt uns den Historiker und Staatsbürger Degn in seinem moralisch fundierten Engagement: Er schreibt zur 1993 vor dem Oberlandesgericht in Schleswig aufgestellten Plastik ‚Der Gehenkte‘ folgendes: ‚Es ist gut, dass solch ein wahrhaft erschreckendes Denkmal an einer so repräsentativen Stelle unseres Landes steht. Welcher Platz wäre geeigneter? Dieser Gehenkte soll uns zugleich erinnern an die grausamen Mißhandlungen von politischen Gegnern, von Verhafteten und von Gefangenen vieler Nationen, die in den Konzentrationslagern von Ladelund und Schwesing, im Arbeitserziehungslager Russee usw. umgekommen sind: Erinnerung an das beschämendste Kapitel unserer Geschichte, zugleich eindringliche Mahnung vor einem Wiederaufleben einer menschenverachtenden Ideologie.‘

Das andere Zitat zeigt uns den Menschen Degn mit seiner Fähigkeit zum unvoreingenommenen, natürlichen Empfinden, mit seiner Abneigung gegen das hohle, die Menschlichkeit erstickende Pathos. Im Zusammenhang mit Kriegerdenkmälern schreibt Degn: ‚Nicht Stolz, sondern Wehmut erfüllt mich im Gedenken an meine beiden Brüder, die vor 50 Jahren – 1943 – ihr Leben hingeben mußten, der eine am Dnjepr, der andere im Nordmeer.‘ – Mich haben diese Sätze nicht unbewegt gelassen.

Zum Schluß soll die erfreuliche Feststellung nicht fehlen, daß Christian Degn das vollkommen in die Tat umgesetzt hat, was Nikolaus Falck (1784-1850) 1833 im Vorwort zur Zeitschrift Neues Staatsbürgerliches Magazin von den Historikern verlangte. Dort heißt es u.a.: ‚Zuvörderst ist ... darauf abgesehen ..., die Kenntnis des Zustandes unserer heimischen Lande in der Gegenwart, wie nicht minder der wechselvollen Zustände, durch welche Volk und Land im Laufe der Jahrhunderte hindurchgegangen sind, das heißt aller Elemente, aus welchen die Gegenwart sich entwickelt hat, möglichst zu befördern, zu vervollständigen, zu berichtigen und

vor allen Dingen immer allgemeiner zu verbreiten ... Demnächst sollte es auch die Aufgabe sein, über vaterländische Angelegenheiten ein gesundes, begründetes und richtiges Urteil, eine gerechte Würdigung unserer Zustände, namentlich des Zustandes der Gegenwart vorzubereiten, eine Würdigung, bei der die Mängel und Gebrechen keineswegs verschleiert und beschönigt werden dürfen, in welcher aber auch das Gute und Gelungene mit freudiger Dankbarkeit muss anerkannt werden ... um das bloße Faktum an und für sich und ohne seine höhere Bedeutung ist es niemandem zu tun. Aus der Vergegenwärtigung vergangener Zeiten soll sich das entschiedene Urteil über Recht und über Ungerechtigkeit, über das Verdienst und die Verschuldung der Handelnden ergeben.'

Wir freuen uns auf weitere ‚Vergegenwärtigungen des Vergangenen‘ aus dem Munde und aus der Feder Christian Degns, in der Art, wie Falck sie für geboten hielt und wie sie Degn zu eigen ist, und an das Ende dieses Satzes sei ein kräftiges Degnsches Ausrufungszeichen gesetzt!

Manfred Jessen-Klingenberg

Honorarprofessur für Dr. Manfred Jessen-Klingenberg

Ministerpräsidentin Heide Simonis hat Dr. Manfred Jessen-Klingenberg, einem der profiliertesten Landeshistoriker, den Titel Honorarprofessor verliehen. Mit der Honorarprofessur würdigt die Ministerpräsidentin Manfred Jessen-Klingenberg als einen der besten Kenner und maßgeblichen Vermittler der schleswig-holsteinischen Geschichte. Als Schul- und Hochschullehrer sowie als Autor wissenschaftlicher Veröffentlichungen und landeshistorischer Periodika hat sich der neue Honorarprofessor einen über die Landesgrenzen hinausreichenden Ruf erworben. Der Rektor der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel (CAU), Prof. Dr. Ruprecht Haensel, überreichte Jessen-Klingenberg heute (7. Februar) im Namen von Ministerpräsidentin Heide Simonis die Urkunde für seine Honorarprofessur. Die Auszeichnung wurde auf Vorschlag des Konvents der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der CAU verliehen.

Der 66-jährige Jessen-Klingenberg unterrichtete vor seinem Ruhestand hauptberuflich Geschichte und Latein am Gymnasium Kronwerk in Rendsburg. Von 1986 bis 1990 sowie von 1996 bis 1999 arbeitete er im Rahmen von Abordnungen im Historischen Seminar sowie im Institut für Kulturwissenschaften. Auch zwischen den Abordnungen und danach war er als Lehrbeauftragter an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät tätig. Diese Lehrtätigkeit wird Manfred Jessen-Klingenberg fortsetzen.

Die Ministerpräsidentin verleiht Honorarprofessuren an Fachleute, die

hauptberuflich außerhalb der Hochschule tätig sind oder waren, die in ihren Leistungen den Voraussetzungen einer Professorin oder eines Professors entsprechen und bereit sind, an einer Hochschule zu lehren.

Regierungspressestelle, 7.2.2000

Institut auf der Suche nach neuen Geldquellen

Minderheiten-Zentrum stellte neues Arbeitsprogramm vor

FLensburg (fju) Es wird noch einige Zeit dauern, bis wir unseren Platz in der Forschungslandschaft gefunden haben.“ Mit dieser Erkenntnis wartete gestern der amtierende Direktor des Flensburger „European Centre for Minority Issues“, François Grin, auf, als er das Programm des Minderheitenzentrums für das Jahr 2000 vorstellte. „Wenn das ECMI seine Mission erfüllen soll, brauchen wir mehr Geld“, sagte Grin.

Noch sieht Grin „kein aktutes Finanzloch“. Allerdings drohe diese Gefahr, „wenn es uns nicht gelingen sollte, innerhalb eines Jahres weitere Geldquellen zu sichern.“ An reinen Projektmitteln stehen für dieses Jahr gut 100 000 Mark zur Verfügung, gezahlt von der Europäischen Union, dem Europarat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Der amtierende Direktor verbindet allerdings mit dem vor wenigen Monaten rundum neu besetzten Vorstand große Hoffnungen bei der Finanzsuche.

Auch stimmt ihn optimistisch, dass die Europäische Kommission in diesem Jahr erstmals eine Finanzspritze für eine Konferenz des ECMI gewährt: Das ermöglicht eine Tagung in Flensburg Ende Juni, die der Politik das Handwerkszeug vermitteln soll, um die Charta des Europarats zum Schutz von Minderheitensprachen umzusetzen.

Diese auf 30 bis 40 Teilnehmer ausgerichtete Konferenz ist beispielhaft für das Profil, das das ECMI nach den Worten Grins betonen will: weg von Einzelfällen und inhaltlichen Menschenrechtsfragen hin zu allgemeinen Fragestellungen und Instrumenten für die Politik, um Minderheitenschutz in der Wirklichkeit zu organisieren. Dieses Feld sei in der Forschungsszene am wenigsten bestellt und: „Wir können mit unseren vier Wissenschaftlern nicht ganz Europa abdecken“, räumte Grin ein. Einer der vier Kollegen ist obendrein nur halbtags beschäftigt.

Auftaktveranstaltung ist vom 20. bis 21. Januar ein Seminar in Prag über Erziehungs- und Ausbildungsfragen für die Kinder der Sinti und Roma. In New York wird das ECMI im April ein Forum über Gesetze zum Gebrauch von Minderheiten sprachen abhalten.

Eine Tagung in Südtirol soll im September Konzepte für die Autonomie ethnischer

Gruppen im Verhältnis zu nationalen Regierungen entwickeln. Ein Forum in Flensburg nimmt sich im November der Frage an, inwieweit Volksgruppen selbst die Kosten für Minderheitenpolitik tragen sollen. In Flensburg sind zudem vier öffentliche Vorlesungen geplant, die erste am 26. Januar über das Zusammenleben von Russen und Esten.

Flensburger Tageblatt, 15.1.2000

Dank für engagierte Arbeit

Schulrat Hans Andresen in den Ruhestand verabschiedet

FLENSBURG (buh) Die Ära Hans Andresen geht zu Ende: Der Schulrat („Skoleledirektør“) des dänischen Schulvereins wurde offiziell in den Ruhestand verabschiedet. Zu seinem Abschiedsempfang kamen über 100 Gäste in den Flensburger „Borgerforeningen“, unter ihnen Flensburgs Oberbürgermeister Hermann Stell und der dänische Generalkonsul Dr. Henrik Becker-Christensen.

„Du hast nicht nur Spuren hinterlassen. Du hast den dänischen Schulverein durch deine intensive und engagierte Arbeit geprägt“, würdigte die Vorsitzende des Schulvereins, Lone Schuldt, den scheidenden Schulrat. Über 41 Jahre diente Andresen dem dänischen Schulverein Südschleswig. Seine Laufbahn begann er als Lehrer an der Gustav-Johannsen-Skole. Bereits 1960 avancierte er zum Leiter der Jørgensby-Skole. Ab 1970 arbeitete Hans Andresen dann als Vize-Schulrat, bevor er 1989 die Position des Schulrates für den dänischen Schulverein übernahm.

Flensburgs OB Stell würdigte Andresen als Impulsgeber für die pädagogische Landschaft in und um Flensburg: „Wir haben hier in der Fördestadt von dem Miteinander beider Kulturen profitiert. Hans Andresen hat sich vor allem um den Austausch zwischen deutschen und dänischen Schulen verdient gemacht“, hob Stell hervor. Er bedauere, dass mit Andresen nun ein sehr verlässlicher und engagierter Gesprächspartner in den Ruhestand gehe. Neuer dänischer Schulrat ist Anders Molt Ipsen.

Flensburger Tageblatt, 15.1.2000

Das jüngste Opfer war 17 Jahre alt

KZ-Gedenkstätte Schwesing: Totenliste mit 296 Namen erinnert an Nazi-Terror

HUSUM / SCHWESING (pj) Grau ist das Papier und mit einer schemenhaften Skizze der Schwesinger Gedenkstätte versehen. In Husum präsentierten Kreispräsident Helmut Wree und Landrat Dr. Olaf Bastian eine neue Broschüre

mit der in mehrjähriger mühevoller Recherche erstellten Totenliste des KZ Schwesing mit 296 Namen – 55 Jahre nach dem grauenhaften Treiben deutscher Nazi-Gewalttäter am Rande Husums. Kreispräsident Helmut Wree sieht in der Totenliste, die gleichzeitig eine kleine Informationsbroschüre über den Tatort ist, eine angemessene Darstellung, „die dem gerecht wird, was da geschehen ist.“

Die kleine Schrift, so ergänzend der Landrat, könne die Erinnerung über den Kreis der damals Betroffenen hinweg wachhalten mit dem Ziel, „dass so etwas nicht wieder passiert.“ Er erinnerte daran, dass „das KZ vor der Haustür hier in Husum lange Zeit verdrängt worden ist“. Für den Kreispräsidenten ist es daher ein „Glücksfall“ gewesen, dass man mit dem Halebüller Bildhauer Uli Lindow seinerzeit einen Künstler und Architekten gefunden hatte, der 1987 eine einfühlsame Gedenkstätte der Öffentlichkeit übergeben konnte.

Perke Heldt, Autorin der Schrift (Gestaltung Rainer Kühnast), spricht von einer für sie schrecklichen Recherche, das Grauen des NS-Terrors an Personen festzumachen. Die heute noch feststellbaren Opfer seien vor allem Niederländer und junge Leute gewesen – Pastoren und Ärzte, Bäcker und Werftarbeiter, Widerstandskämpfer und wahllos von den Nazis Verhaftete. Das jüngste Opfer sei gerade 17 Jahre alt gewesen. Sie vermutet, dass es noch mehr Opfer des Neuengammer KZ-Außenlagers Schwesing gegeben hat.

Flensburger Tageblatt, 17.1.2000

Vorschlag: Gemeinsames Lehrbuch für Schulen beiderseits der Grenze *Deutsch-dänische Historikerkonferenz in der Akademie Sankelmark*

SANKELMARK (bph) Mit dem Vorschlag, ein gemeinsames Lehrbuch für Schulen in Schleswig-Holstein und in Nordschleswig zu erarbeiten, ging am Sonnabend eine zweitägige deutsch-dänische Historikerkonferenz zu Ende, die vom Institut für schleswig-holsteinische Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) zusammen mit der Europäischen Akademie in Sankelmark organisiert worden war.

Wissenschaftler beider Seiten seien inzwischen zu einem weitgehenden Grundkonsens in Analyse und Bewertung der Grenzlandpolitik während der Herrschaft der Nationalsozialisten und in der Nachkriegszeit gelangt – eine wesentliche Voraussetzung für ein solches Buchprojekt, resümierten die IZRG-Historiker Robert Bohn und Uwe Danker die Fachtagung, die unter dem Motto „Zwischen Hoffnung, Anpassung und Bedrängnis – Minderheiten im Genzraum in der NS-Zeit“ stand und bei Fachleuten und interessierten Laien auf ein großes Interesse stieß. Beeindruckt von dieser Resonanz, vereinbarten Institut und Akademie spontan, künftig im Zwei-Jahres-Rhythmus jeweils zusammen mit

dänischen Partnern zu einer Konferenz zur Geschichte des deutsch-dänischen Grenzlandes einzuladen.

Danker würdigte in der Tagungsbilanz vor allem, dass deutsche und dänische Experten inzwischen unverkrampft und vorurteilsfrei historische Berührungspunkte diskutieren könnten. Das sei beispielsweise vor 30 Jahren noch nicht der Fall gewesen. Auf beiden Seiten habe ein Lernprozess stattgefunden, ergänzte Bohn. Letzte Tabus seien entmystifiziert worden. Nun stehe allein das „saubere Handwerk des Historikers“ im Vordergrund.

Nachdem Danker aus deutscher und Jørgen Kühl vom Institut für Grenzregionsforschung in Apenrade aus dänischer Sicht den Forschungsstand bilanziert hatten, referierten neun ausgewiesene Fachhistoriker über den Nationalsozialismus in Schleswig-Holstein und Dänemark und über Einzelaspekte dieses weiten Themenkomplexes. Ihre Beiträge und eine Tagungszusammenfassung werden noch in diesem Jahr in einem Aufsatzband in der Reihe der IZRG-Veröffentlichungen publiziert, kündigte Danker an. War die Konferenzsprache Deutsch, werden die Texte in dem Tagungsband in Deutsch und Dänisch veröffentlicht. Ralf Stegner, Staatssekretär im Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, begrüßte während eines Empfanges, an dem auch zahlreiche Vertreter der Minderheiten beiderseits der deutsch-dänischen Grenze teilnahmen, ausdrücklich die IZRG-Initiative für eine deutsch-dänische Historikerkonferenz. Er versprach, dass sein Haus Projekte dieser Art weiterhin fördern werde. Eine intensive und engagierte Minderheitenpolitik sei ein erklärter Schwerpunkt der schleswig-holsteinischen Landesregierung.

Flensburger Tageblatt, 7.2.2000

Nationalistische Töne gegen die deutsche Minderheit

KOPENHAGEN (Ino) Zu harten und in manchen Ohren nationalistisch bis fremdenfeindlich klingenden Tönen hat in Dänemark eine Debatte über die sprachlichen Rechte der deutschen Minderheit geführt. Die Sprecher der 15 000 bis 20 000 Angehörigen dieser in Nordschleswig lebenden Gruppe seien dabei, „einen neuen Sprachenstreit zu entfachen“, schrieb die Zeitung „Jydske Vestkysten“ und meinte weiter: „Sie schwingen die deutsche Fahne so hoch, dass sie völlig die Bodenhaftung verloren haben.“ Damit kommen die Minderheiten aber „80 Jahre zu spät“, weil die Bevölkerung von Südjütland 1920 für die Zugehörigkeit zu Dänemark gestimmt habe.

Nachdem auch die größte dänische Boulevard-Zeitung „Ekstra Bladet“ in ähnlicher

Tonlage berichtet hatte („Jetzt sollen wir in Dänemark deutsch sprechen. Die dänische Sprache hat erneut einen Schuss vor den Bug bekommen“), mahnte gestern Außenminister Niels Helveg Petersen zu „Besonnenheit“ und verwies darauf, dass alle Parlamentsparteien für die von der deutschen Minderheit beanspruchten Rechte seien. Es werde sich im Alltag kaum etwas ändern, wenn der 1992 international ausgehandelte „Sprachenpakt“ in Kraft sei, mit dem allen Minderheiten in Europa das Recht zur Anwendung ihrer Sprache garantiert werden soll.

In Deutschland gilt dieser vom Bundestag ratifizierte Sprachenpakt seit dem 1. Januar 1999 bereits für die im Landesteil Schleswig lebende dänische Minderheit, ohne dass es darüber nennenswerte Aufregung gegeben hätte. Aber das Verhältnis der Deutschen zu „ihrer“ dänischen Minderheit sei eben auch eindeutig positiv, was umgekehrt nicht der Fall sei, meint Siegfried Matlok, Chef des deutschen Minderheiten-Büros in Kopenhagen und Chefredakteur der deutschsprachigen Zeitung „Der Nordschleswiger“. „Natürlich steckt hinter der Sprachen-Debatte die auch in Dänemark spürbare Fremdenfeindlichkeit.“ Dass Zeitungen dies in „nationalistischer Weise ausnutzen“, sei enttäuschend. Doch den wenig konflikträchtigen Alltag der deutschen Minderheit im Süden Dänemarks sieht auch niemand als Hintergrund der bitteren Untertöne in der derzeitigen Debatte. „Wir bewegen uns weiter auf vulkanischem Grund“, meinte Hans Heinrich Hansen, Vorsitzender des „Bundes deutscher Nordschleswiger“, in dänischen Medien immer wieder, und die meisten in Kopenhagen wissen, was er meint.

Behörden kassieren die deutsche Flagge

Als die Wehrmacht am 9. April 1940 in Dänemark einmarschierte, bejubelten die meisten Angehörigen der deutschen Minderheit den Überfall. Deutsche Urlauber spüren die Nachwehen der Besatzungszeit, wenn sie aus Begeisterung über die vielen dänischen Flaggen auch mal eine deutsche vor ihrer Ferienbehausung aufziehen. In der Regel vergeht nicht viel Zeit, ehe die Polizei nach Beschwerden Einheimischer das Einholen der illegal gehissten fremden Fahne verlangt.

Matlok sieht in den Vorbehalten gegen die deutsche Sprache aber auch Folgen einer generell zu beobachtenden Ausländerfeindlichkeit. „Man hat Angst, dass nach Deutsch dann auch Türkisch kommt. Und dann wäre die Hölle los.“ Dass solche Stimmungen in Dänemark auf dem Vormarsch sind, zeigt vor allem der Erfolg der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, die laut Umfragen ihren Stimmenanteil seit den jüngsten Wahlen vor zwei Jahren um das Doppelte auf über 15 Prozent steigerte. Aber es gibt auch Mahner. Die große Zeitung „Berlingske Tidende“ meinte zum Wahlerfolg des SSW bei den Landtagswahlen: Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund muss man sich selbst fragen, ob wir hier zu Hause uns nicht der Debatte schämen sollten, die über das Recht der deutschen

Minderheit in Südjütland zum Gebrauch der eigenen Sprache bei Behörden entbrannt ist.“

Flensburger Tageblatt, 2.3.2000

Friislon – Nordfriesland – Freesland 2100

Schreibwettbewerb im Rahmen der Aktion „Sprachenland Nordfriesland“ ist entschieden

BREDSTEDT (Nfl) An der Wende des Jahrhunderts veranstaltete das Nordfriisk Instituut in Zusammenarbeit mit der Raiffeisenbank Südtondern-Bredstedt/Land eG den Wettbewerb Friislon – Nordfriesland – Freesland 2100. In den kleinen Sprachen der Region – Friesisch, Plattdeutsch, Sønderjysk – sollten Visionen aufgeschrieben werden, wie Nordfriesland wohl am Ende des 21. Jahrhunderts aussehen wird. Aus den Händen von Raiffeisenbank-Geschäftsführer Klaus Sievers und Institutsdirektor Prof. Dr. Thomas Steensen nahmen die Gewinnerinnen und Gewinner am 6. März in Niebüll ihre Preise entgegen. Die Laudatio auf die Preisträgerinnen und Preisträger hielt der aus dem nordfriesischen Bordelum stammende, in Hamburg tätige Autor und Publizist Peter Nissen.

Der Wettbewerb war Teil der vom Nordfriisk Instituut initiierten und von den regionalsprachlichen Gemeinschaften Nordfrieslands gemeinsam getragenen Aktion „Sprachenland Nordfriesland“, die das Bewusstsein für die kulturelle Bedeutung der Mehrsprachigkeit fördern will. Die preisgekrönten und eine Reihe von anderen Wettbewerbsbeiträgen sollen abgedruckt werden in der vom Nordfriisk Instituut publizierten Zeitschrift „Nordfriesland“.

Es gab keinen ersten, dafür aber zwei mit je 300 EURO dotierte zweite Preise. Diese gingen an die Flensburger Studentin Hilke Rudolph und die gebürtige Amrumerin Antje Tadsen-Erichsen, die mit ihrer Familie in Kiel lebt. Einen Sonderpreis in Höhe von 100 EURO ging an Dr. Karin Haug, in Flensburg lebende engagierte Wahlfriesin. Der einzige Beitrag, der sowohl Plattdeutsch als auch in einer friesischen Mundart – nämlich dem auf Sylt gesprochenen Sölring – eingereicht wurde, stammt von dem Hamburger Hans-Joachim Meyer, und erhielt ebenfalls einen Sonderpreis von 100 EURO

Nordfriisk Instituut, 6.3.2000

Erinnerung an Drama in der Geltinger Bucht

KREIS SL-FL (sh:z) Mit einem dunklen Kapitel deutscher Geschichte sahen sich die Kreistagsabgeordneten in ihrer Sitzung am Mittwoch konfrontiert: Vor ihnen lag eine Broschüre auf dem Tisch, in der Dr. Matthias Schartl, der Leiter des Gemeinschaftsarchivs in Schleswig, ein Drama schildert, das sich am 10. Mai 1945, also zwei Tage nach Kriegsende, in der Geltinger Bucht abspielte: An Bord des vor der Küste ankernden Schnellbootbegleitschiffes „Buea“ wurden drei junge Marinesoldaten wegen „Fahnenflucht“ von einem NS-Marinestandgericht zu Tode verurteilt.

Die Broschüre zeigt exemplarisch auf, mit welchen drakonischen Mitteln die nationalsozialistische Militärjustiz gegen von der Norm abweichende Verhaltensweisen vorging. Selbst nach Kriegsende setzte sie ihr „blutiges Geschäft“ ungehindert fort. Dokumentiert wird darüber hinaus die Aufarbeitung des damaligen Geschehens durch die bundesrepublikanische Justiz. Auch auf die politischen Entscheidungen, die zur Errichtung des Gedenksteines am 9. Juli 1999 geführt haben, wird eingegangen.

Die Broschüre erschien in Kooperation der Kulturstiftung des Kreises Schleswig-Flensburg mit dem Grenzfriedensbund und ist erhältlich im Haus der Kulturstiftung in Schleswig und beim Grenzfriedensbund in Flensburg.

Flensburger Tageblatt, 10.3.2000

Abschied: Der Mann für die Minderheiten geht

KIEL (fly) Als einen „exzellenten Berater in allen Fragen der Minderheitenpolitik“ würdigte Ministerpräsidentin Heide Simonis den ausscheidenden Grenzlandbeauftragten Kurt Schulz. Besonderen Anteil habe er als Beauftragter für Niederdeutsch an der Aufnahme des Friesischen in die „Europäische Charta der Regional- oder Minderheitensprachen“ gehabt, so Simonis. Auch die SSW-Vorsitzende Anke Spoorendonk dankte Schulz und sagte, dass durch ihn „die Institution des Grenzlandbeauftragten heute auf ein parteiübergreifendes Wohlwollen stößt“.

An der Festveranstaltung nahmen gut 100 Gäste aus Politik und den verschiedenen Minderheiten beiderseits der Grenze teil. Nachfolgerin des 78-jährigen Schulz wird die langjährige Kreipräsidentin von Nordfriesland, Renate

Schnack.

Schulz versprach, sich auch weiterhin einzumischen, wenn die künftige Arbeit nicht seinen Vorstellungen entsprechen sollte. Schulz hatte sich vor allem um das von seinem Vorgänger Kurt Hamer erstrebte Europäische Minderheitenzentrum in Flensburg verdient gemacht. Das Zentrum wurde 1996 eingerichtet. Intensiv bemühte er sich auch um öffentliche Aufmerksamkeit für die Anliegen der in Schleswig-Holstein lebenden Roma und Sinti. Besonders hob Simonis daneben die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem dänischen Parlament und der Amtskommune Sønderjylland hervor. Hier habe Schulz eine „vertrauensvolle Arbeitsatmosphäre geschaffen“.

Flensburger Tageblatt, 21.3.2000

Renate Schnack: Grenzland als Aufgabe

Politische Arbeit im deutsch-dänischen Grenzland ist für Renate Schnack (46) nichts Neues. Von 1997 bis 1998 war die gebürtige Sylterin die deutsche Vorsitzende des 42-köpfigen Regionalrates Sønderjylland/Schleswig: Die künftige Grenzlandbeauftragte setzte auf eine behutsame Annäherung der Bevölkerung im Landesteil Schleswig und im Amt Sønderjylland – wohl wissend, „dass es greifbarer Erfolge bedarf, um die Menschen für die neuen Möglichkeiten in der zusammenwachsenden Region zu begeistern.“

Als erste Kreispräsidentin Nordfrieslands erarbeitete sich die Sozialdemokratin – auch über Parteigrenzen hinweg – schnell den Ruf einer fairen und kompetenten Pragmatikerin. Sich zum Wohl der Allgemeinheit einbringen und für andere da sein – so beschrieb Renate Schnack 1994 kurz vor ihrer Wahl durch den Kreistag die Triebfeder ihres gesellschaftlichen und politischen Engagements.

Während ihrer vierjährigen Amtszeit lernte die in Braderup lebende Kommunalpolitikerin Dänisch; sie engagierte sich im Vorstand des Landkreistages und als Vorsitzende der Akademie für die ländlichen Räume. Drei Jahre stand Renate Schnack dem Verein Europäisches Zentrum für Minderheitenfragen vor. Auf dem bisherigen Höhepunkt ihrer politischen Karriere kandidierte sie bei der Direktwahl, um Niebüller Bürgermeisterin zu werden – gegenüber dem parteilosen Bewerber Wilfried Bockholt hatte die als Favoritin gehandelte SPD-Kandidatin am Ende das Nachsehen. Nach der deutlich verlorenen Wahl wurde es still um Renate Schnack.

Aufgewachsen ist sie auf der Nordseeinsel Sylt. Ihr Abitur machte sie in Niebüll, es folgte ein Auslandsjahr in Schweden. 1974 begann Renate Schnack als Stipendiatin der Studienstiftung des Deutschen Volkes an der Uni Kiel ihr Studium

für das höhere Lehramt. Inzwischen verheiratet, unterbrach die Norddeutsche die Ausbildung nach dem Grundstudium – in der Kinderpause widmete sie sich intensiv ihren beiden Söhnen und der Familie. „Das hat uns allen gut getan“, sagte sie rückblickend.

Über die Elternarbeit fand Renate Schnack dann den Weg in die Politik: In ihrem Heimatdorf Braderup war sie Gemeindevertreterin, Anfang der 90er Jahre zog sie dann als Abgeordnete in den nordfriesischen Kreistag ein.

*Thomas Graue, in:
Flensburger Tageblatt, 21.3.2000*

Zwangsarbeiter in Schleswig-Holstein: Gutachten soll Geschichte aufhellen

KIEL (em) Unter welchen Bedingungen haben die rund 300 000 nach Schleswig-Holstein verschleppten Zwangsarbeiter gelebt? Woher kamen sie, wo waren sie beschäftigt? Mit diesen Fragen will sich das Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG) im Auftrage der Landesregierung beschäftigen und das Ergebnis Ende Mai in einem Gutachten veröffentlichen. Einzelheiten der Forschungsarbeit erläuterten gestern vor Journalisten in Kiel Kultusministerin Ute Erdsiek-Rave sowie die IZRG-Professoren Uwe Danker und Robert Bohn. Die Kultusministerin wies darauf hin, dass Schleswig-Holstein das erste Bundesland ist, in dem das Schicksal der Zwangsarbeiter wissenschaftlich erforscht wird. Ute Erdsiek-Rave appellierte gleichzeitig an die Bevölkerung, Dokumente, Fakten, aber auch persönliche Erinnerungen über dieses „finstere Kapitel der deutschen Geschichte“ dem IZRG zur Verfügung zu stellen.

Die Studie, für die die Landesregierung 55 500 Mark zur Verfügung stellt, soll nach den Worten der Kultusministerin das Thema Zwangsarbeiter nicht nur als wichtigen Teil der jüngsten Geschichte in das Bewusstsein der Bevölkerung rücken, sondern auch als eine Entscheidungshilfe für die Beteiligung des Landes am Entschädigungsfond für Zwangsarbeiter sein. Nach ersten Schätzungen wird sich das Land mit etwa 60 Millionen Mark beteiligen.

Danker und Bohn versicherten, es gehe bei dem Forschungsvorhaben nicht darum, Schuldzuweisungen vorzunehmen. In dem Gutachten soll vielmehr versucht werden, aufzuzeigen, aus welchen Ländern die Zwangsarbeiter kamen, unter welchen Bedingungen sie in der Landwirtschaft in großen und kleinen Betrieben, aber auch im öffentlichen Dienst arbeiteten. Das vorhandene Quellenmaterial über die insgesamt acht Millionen im Deutschen Reich eingesetzten Zwangsarbeiter bezeichnen die Wissenschaftler als sehr gut und

reichlich. Das Gutachten soll im September auch als Buch erscheinen.

Kontakt-Adresse:

Institut für Zeit- und Regionalgeschichte (IZRG), Gottorfstraße 6b, 24837 Schleswig

Flensburger Tageblatt, 21.3.2000

„Interreg“-Büro nach Flensburg?

Die Kreise Nordfriesland und Schleswig- Flensburg möchten zusammen mit der Stadt Flensburg die Wirtschaftsförderung in der Region Sønderjylland/Schleswig stärker in eigene Hände nehmen. Landrat Jörg-Dietrich Kamischke stellt auf der Sitzung des Regionalrats im Schleswiger Kreishaus Pläne für ein „Interreg“-Büro in Flensburg vor.

SCHLESWIG (obj) In den vergangenen sechs Jahren hat die Region 11,1 Millionen Euro (21,7 Millionen Mark) Fördermittel aus dem EU-Interreg-Programm erhalten. Bis 2006 wird voraussichtlich noch einmal derselbe Betrag zur Verfügung stehen. Mit dem Programm werden grenzüberschreitende Wirtschaftsprojekte gefördert. Auf deutscher Seite werden die Mittel bisher im Kieler Europaministerium verwaltet, während auf dänischer Seite das Sønderjyllands Amt in Apenrade zuständig ist. Angesichts der fortgeschrittenen Kooperation im Grenzraum stellt sich die Frage, ob die Platzierung des Sekretariats in Kiel noch zeitgemäß ist“, sagte Kamischke. Die Projektträger bräuchten eine kompetente Anlaufstelle vor Ort. Anstellungsträger könnte die Wirtschaftsförderung- und Regionalentwicklungsgesellschaft Flensburg/Schleswig (WIREG) mit Sitz in Flensburg sein, eine weitere Ansprechstelle bei der Projektgesellschaft Westküste in Tönning angesiedelt werden.

Bisher seien in der Region 29 Interreg-Projekte gefördert worden, berichtete Amtsdirektor Finn Hansen vor dem Regionalrat. Über die Bereiche Wirtschaft, Energie, Umwelt, Bildung und Arbeitsmarkt solle die Handlungspalette künftig um Gesundheit, Soziales und Kultur erweitert werden. Der Regionalrats-Vorsitzende und Amtsborgmester von Sønderjylland, Kresten Philipsen, bezweifelte, dass die Verlagerung des Sekretariats das Gewicht der Region wirklich stärken werden. Neben der Grenzregion Sønderjylland/Schleswig gibt es zwei weitere deutsch-dänische Interreg-Regionen: Die K.E.R.N.-Region Kiel-Rendsburg und der Kreis Ostholstein kooperieren jeweils über die Ostsee hinweg mit Ämtern auf den dänischen Inseln. Über die Verteilung des schleswig-holsteinischen Anteils der Interreg-Mittel werde weiterhin die Landesregierung in Kiel entscheiden, meinte

Philipsen. Ohnehin habe er den Eindruck, dass es „in Kiel und in Kopenhagen Leute gibt, die gern ihre Finger in Geld stecken möchten, dass wir bekommen haben“.

Der andere Regionalrats-Vorsitzende, Kreispräsident Johannes Petersen, zog eine ernüchternde Zwischenbilanz der Arbeit des Regionalrates. „Die Gegner der Regionsbildung wollen verhindern, dass der Regionalrat Handlungsspielraum gewinnt – damit er sich ad absurdum führt. Die Befürworter könnten den Regionalrat bald in Frage stellen, weil er zu wenig Gestaltungsmöglichkeiten hat.“ Deshalb müsse untersucht werden, welche Kompetenzen dem Rat übertragen werden könnten. „Nur wenn es uns gelingt, Projekte zu verwirklichen, die für die Bürger sichtbar sind, werden wir Erfolg haben.“

Ein konkretes Projekt stellte die dänische Vertreterin des Regions-Jugendforums, Britt Hinrichs, vor: Derzeit laufen die Planungen für ein grenzüberschreitendes Schul-Sportfest.

Nordfrieslands Landrat Dr. Olaf Bastian regte an, die Region nach außen symbolisch durch Straßenschilder erkennbar zu machen. Das „Sønderjylland/Schleswig“-Logo sollte an den Südgrenzen der Kreise Nordfriesland und an der Nordgrenze des Amtes Sønderjylland an den Straßenrändern prangen.

Flensburger Tageblatt, 22.3.2000

Historiecenter Dybbøl Banke 1864

Einen zusammenfassenden Beitrag von René Rasmussen über die anhaltenden innerdänischen Auseinandersetzungen um die Erweiterungspläne und die Gesamtkonzeption des Düppeler Geschichtszentrums bringen wir im nächsten Heft.

Die Redaktion